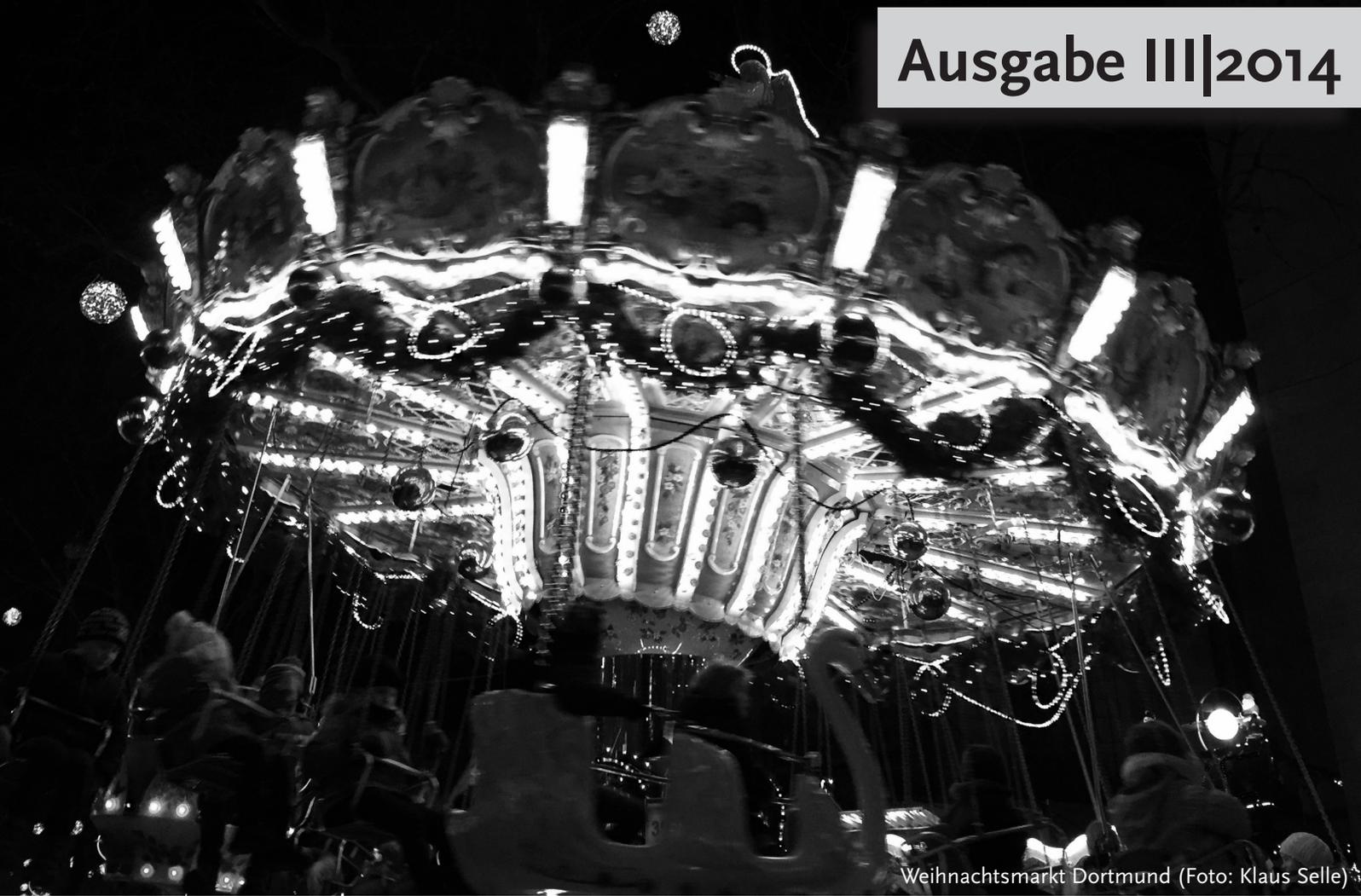


Ausgabe III|2014



Weihnachtsmarkt Dortmund (Foto: Klaus Selle)

pnd | online
www.planung-neu-denken.de



Inhaltsverzeichnis

Editorial III|2014

Schwerpunkt: Transition (Fortsetzung)

Markus Egermann & Gérard Hutter: Perspektiven für die Annäherung der Raum- und Transitionforschung – am Beispiel des EU-Projekts ARTS

Uwe Schneidewind: Urbane Reallabore – ein Blick in die aktuelle Forschungswerkstatt

Jan-Tobias Doerr & Constance Carr: Dreißig Jahre Transformation und trotzdem noch ganz am Anfang? Der Wandel in Beckerich von der Agenda 21 zur *Transition Town*

Umschau

Johann Jessen: Qualifizierte Dichte im Städtebau

Anca Cârsteian & Florian Kluge: Baukultur konkret. BBSR-Forschungsprojekt unterstützt Baukulturinitiativen

Katharina Hackenberg, Magdalena Leyser-Droste, Andreas Wesener und Claus-C. Wiegandt: Öffentliches Bauen im Spannungsfeld zwischen Governance und Repräsentation: Der baukulturelle Umgang mit Rathäusern in Deutschland

Kerstin Gothe: Umgang mit Kirchenräumen in Deutschland und den Niederlanden

Daniela Karow-Kluge: Vom Alltagsraum zum besonderen Ort. Erkenntnis- und Wirkungsprozesse von temporären Raumsituationen

Lesetipps

Raum auf Zeit: Ein Lesetipp von Daniela Karow-Kluge

The Human Scale: Ein Filmtipp von Klaus Selle

Raum – Mensch – Gerechtigkeit: Eine Rezension von Fabian Thiel



Editorial III|2014

Die dritte Ausgabe des Jahres erscheint in weihnachtlichem Gewand und steht noch einmal ganz im Zeichen des Wandels. Sie führt damit fort, was die letzte Ausgabe begann:

Themenschwerpunkt Transition – Eine Fortsetzung

In unserem letzten Themenschwerpunkt eröffneten wir die Diskussion, wie sich ein Wandel hin zu einer nachhaltigen Entwicklung unserer Lebensräume gestalten lässt. In der *Ausgabe II|2014* lieferten einige Autorinnen und Autoren zunächst einen Überblick über aktuelle Transition-Forschungsfelder, andere zeichneten den Beitrag unterschiedlicher Akteure zu Veränderungsprozessen nach. In dieser Ausgabe geht es insbesondere um die Frage, wie und warum Transformationsprozesse überhaupt auf den Weg gebracht werden.

Markus Egermann und Gérard Hutter knüpfen direkt an die Ausgabe II|2014 an, wenn sie in ihrem Beitrag die Annäherung von der Raum- an die Transitionsforschung beschreiben. Sie machen die räumliche Kontextualisierung von »sustainability transition« insbesondere anhand des EU-Projektes ARTS deutlich, in dessen Rahmen in fünf europäi-

schen Stadtregionen vergleichende Fallstudien durchgeführt werden.

Uwe Schneidewind wirft danach einen Blick auf die noch in ihren Anfängen steckende Forschungslandschaft der »Urbanen Reallabore«. Er skizziert in seinem Beitrag die Idee und damit verbundene Herausforderungen, durch Realexperimente das Wissen über Veränderungsprozesse zu verbessern und gleichzeitig solcherlei Prozesse konkret anzustoßen. Dabei kommt insbesondere den Städten als Orte für Reallabore eine besondere Bedeutung zu. Dies zeigt sich dann auch in den sieben von der baden-württembergischen Landesregierung geförderten Raumlaboren, die der Autor im Überblick vorstellt.

Dass die bisher beschriebenen Fallstudien und Raumlabore noch einen langen Weg vor sich haben, verdeutlicht der Beitrag von **Jan-Tobias Doerr und Constance Carr**. Sie rekonstruierten einen 30-jährigen Transformationsprozess in der kleinen Luxemburger Gemeinde Beckerich und zeigen dabei auf, dass Transformationsprozesse sich nicht von



Weihnachtsmarkt Dortmund
(Foto: Klaus Selle)

heute auf morgen vollziehen. Sie benötigen neben der Bewusstseinsbildung und der Beteiligung einer engagierten Mehrheit vor allem Kontinuität, Durchhaltevermögen und nicht zuletzt etwas Anerkennung von außen.

Umschau

Neben der Fortführung des Themenschwerpunktes enthält diese Ausgabe einen bunten Strauß an Beiträgen zu anderen Themen der Stadtentwicklung, die – wenn auch auf sehr unterschiedliche Weise – ebenfalls allesamt vom Wandel und von Veränderungen erzählen.

Johann Jessen beschreibt den ständigen Wandel städtebaulicher Dichte in der fachlichen und gesellschaftlichen Bewertung. Er führt dafür zahlreiche aktuelle wie vergangene Siedlungs- und Quartierentwicklungen in Europa an, in denen die Baudichte als eine wesentliche Steuerungsgröße fungiert. Um sie zu qualifizieren, muss sie jedoch im Zusammenhang mit der Funktionsmischung, der Umfeldqualität sowie dem sozialen und ökologischen Kontext betrachtet und immer wieder neu bestimmt werden.

Um die Qualität des Gebauten geht es in dem Beitrag von **Anca Cârstea und Florian Kluge**, die über Initiativen zur Unterstützung und Erhöhung der lokalen Baukultur berichten. In drei ländlichen Gemeinden werden im Rahmen eines Forschungsvorhabens Baukulturstrategien entwickelt und Arbeitsformate durchgeführt, die insbesondere auf die Unterstützung durch ein breites Akteursnetzwerk aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Bürgerschaft setzen. Die Autorin und der Autor verbinden ihren Bericht mit einem Projektauftrag für 2015 und 2016.

Um Baukultur geht es auch in dem Beitrag von **Katharina Hackenberg, Magdalena Leyser-Droste, Andreas Wesener und Claus-C. Wiegandt**: Vor dem Hintergrund veränderter wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen sowie neuer Akteurskonstellationen steht der Umgang der öffentlichen Hand mit öffentlichen Bauvorhaben im Fo-

kus des Textes. Die Autorinnen und Autoren zeigen anhand von vier Beispielen aus NRW, wie sich die Zielsetzungen und Ansprüche an das öffentliche Bauen von Rathäusern im Spannungsfeld zwischen Governance und Repräsentation auf deren Gestaltung auswirken.

Passend zur Weihnachtszeit geht es in dem Beitrag von **Kerstin Gothe** um den Umgang mit Kirchen. Die Autorin beschreibt angesichts leer stehender Kirchen und rückläufiger Zahlen regelmäßiger Kirchgänger (von Weihnachten einmal abgesehen) das Spektrum der Nachnutzungen sakraler Gebäude, das von Nutzungsänderungen und -erweiterungen bis hin zum Abriss reicht. Die Autorin formuliert Empfehlungen an verschiedene Akteure und richtet abschließend den Blick auf einige Erfahrungen in den Niederlanden.

Im letzten Beitrag dieser Umschau beschäftigt sich **Daniela Karow-Kluge** mit dem Wert und der Wirkung von temporären Raumsituationen. Anhand von sieben Schlaglichtern versucht sie die wissenschaftliche, praktische und lebensalltägliche Bedeutung kurzzeitiger Interventionen im Raum herzu-leiten und zu illustrieren. So könnten schon durch kleine Eingriffe aus Alltagsräumen besonderer Orte entstehen. (In Anlehnung an unser Titelbild könnte man der Frage nach dem Wert und der Wirkung temporärer Rauminstallationen zur Weihnachtszeit wiederum eine eigene Ausgabe widmen.)

Vermischtes

Der letzte Umschau-Beitrag zum »Raum auf Zeit« stellt die Einführung in ein gleichnamiges Buch dar, auf das in den Lesetipps verwiesen wird. Außerdem enthält diese Ausgabe einen Filmtipp sowie eine ausführliche Buchbesprechung.

Die pnd|online-Redaktion wünscht viel Vergnügen beim Lesen, frohe Festtage und ein gutes neues Jahr!

Sarah Ginski



Ausgabe III|2014

Weihnachtsmarkt Dortmund (Foto: Klaus Selle)

Themenschwerpunkt: Transition

pnd | online
www.planung-neu-denken.de



Perspektiven für die Annäherung der Raum- und Transitionforschung – am Beispiel des EU-Projekts ARTS

Abstract

Arbeiten zu »sustainability transitions« haben sich als eigenständiges Forschungsfeld etabliert. In letzter Zeit finden sich allerdings vermehrt Hinweise für das Erfordernis einer verstärkt räumlichen Kontextualisierung von »sustainability transitions«. Solche Hinweise entstehen sowohl innerhalb der Transitionforschung selbst als auch durch ihre kritische Würdigung in der Geographie sowie in den Umwelt-, Planungs- und Politikwissenschaften. Der Beitrag skizziert deshalb drei Perspektiven für die Annäherung der Raum- und Transitionforschung: (1) die Transitionforschung selbst, (2) räumliche Kontextualisierung sowie (3) Planung und Steuerung. Er verdeutlicht diese drei Perspektiven am Beispiel des EU-Projekts ARTS (2013-2016), das einen vergleichenden Fallstudienansatz in fünf Stadtregionen verfolgt (Budapest, Brighton, Dresden, Genk, Stockholm).

1 Einleitung

Etwa seit der Jahrtausendwende hat sich mit der Transitionforschung ein interdisziplinäres Forschungsfeld entwickelt, welches neue Impulse in der Debatte um eine nachhaltige Entwicklung von Städten und Regionen setzt. Besondere Aufmerksamkeit innerhalb der Geographie sowie der Umwelt-, Planungs- und Politikwissenschaften (im Folgenden auch kurz: »Raumforschung«) hat dieses Forschungsfeld auch deshalb erhalten, weil die Verknüpfung mit dem Ziel der Nachhaltigkeit inzwischen in das Zentrum vieler theoretischer und empirischer Arbeiten der

Transitionforschung gerückt ist. Es ist deshalb berechtigt, von einem eigenständigen Bereich »sustainability transitions« innerhalb der Transitionforschung zu sprechen. Damit verbindet sich die Erwartung, dass, wenn die grundlegenden Mechanismen und Abläufe einer Systemtransformation bekannt sind, die Steuerung oder zumindest Beeinflussung dieser in Richtung Nachhaltigkeit in greifbare Nähe rückt.

Die in der Transitionforschung entwickelten Modelle und Konzepte eröffnen neue Zugänge zum komplexen Untersuchungsgegenstand einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung hin zu mehr Nachhaltigkeit.



Markus Egermann, Geograph, wissenschaftlicher Mitarbeiter am IÖR, koordiniert dort das FP-7 Projekt ARTS, Forschungsthemen: Steuerungsansätze in der Stadt- und Regionalentwicklung, Steuerungstheorie, Stadt-Land-Partnerschaften, Metropolregionen, Planungssysteme und –instrumente, Transition-Theorie.

Dr. Gérard Hutter, Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e. V. in Dresden, ist Projektleiter im IÖR. Forschungsschwerpunkte: Strategische Planung Hochwasserrisiko-management, Strategien zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels; Netzwerke in Städten und Regionen; Vertretungsprofessor an der Fakultät »Raumplanung« der TU Dortmund von 10/2013 bis 09/2014.

Zugleich blenden sie jedoch wichtige Aspekte aus, deren Relevanz im Rahmen der Nachhaltigkeitsforschung durch andere wissenschaftliche Teilgebiete bereits aufgezeigt wurde und die als Einflussfaktor als unbestritten gelten können. Es verwundert daher nicht, dass auf die dynamische Entwicklung der Transitionforschung¹ seit der Jahrtausendwende eine ebenso dynamische Reaktion seitens der Raumwissenschaften erfolgte.

Die jüngste Auseinandersetzung von raumwissenschaftlichen Arbeiten mit der Transitionforschung stellt die Grundlage dieses Artikels und zugleich einen Ausgangspunkt des EU-Forschungsprojekts ARTS (»Accelerating and Rescaling Transitions to Sustainability«) dar (Laufzeit: 12/2013 bis 11/2016, Budget insgesamt ca. 3 Mio EUR). Die raumwissenschaftlichen Arbeiten vereint die Kritik einer fehlenden Sensibilität der bisherigen Transitionforschung für räumliche Aspekte, der man sich leicht anschließen kann. Heterogen hingegen fallen die Vorschläge aus, welche raumbezogenen Aspekte seitens der Transitionforschung stärkere Beachtung finden sollten. Es fehlt bisher vor allem an Beiträgen, die aufzeigen, wie eine Annäherung oder gar Synthese von Raum- und Transitionforschung konzeptionell gelingen könnte. Auch dieser Beitrag vermag diese Lücke selbstverständlich nicht zu schließen. Er zeigt jedoch am Beispiel von ARTS verschiedene Perspektiven für eine konzeptionelle Annäherung von Raum- und Transitionforschung auf.

Das zweite Kapitel gibt zunächst einen Überblick über die inhaltlichen Schwerpunkte und Kritikpunkte der raumwissenschaftlichen Arbeiten zur Transitionforschung. Diese Literatur war unter anderem Ausgangspunkt für die Konzeptionierung von ARTS, in dem durch die Fokussierung auf *lokale Nachhaltigkeitsinitiativen und Beschleunigungsmechanismen in fünf europäischen Stadtregionen* eine räumliche Kontextualisierung von »sustainability transitions« stattfindet. Das dritte Kapitel stellt zentrale Aspekte von ARTS (www.acceleratingtransitions.eu) in den Mittelpunkt, die aus Sicht der Autoren neue Perspektiven für eine Annäherung von Raum- und Transitionforschung eröffnen. Der Beitrag endet mit einem kurzen Fazit (Kapitel 4).

¹ Die Anzahl der aus diesem Forschungsfeld hervorgegangenen Publikationen zum Thema Transition seit dem Jahr 2000 seien Belege hierfür. Eine Übersicht dazu findet sich MARKARD et al. 2012: 96off.

2 Zur Kritik der mangelnden räumlichen Kontextualisierung in der Transitionforschung

Die Transition zu nachhaltigeren Lebens- und Wirtschaftsweisen ist eine der großen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit (COENEN & TRUFFER 2012: 367). Besser zu verstehen, wie sich eine solche Transition vollzieht und welche Steuerungsmöglichkeiten diesbezüglich bestehen, ist Gegenstand eines vergleichsweise jungen Forschungsfeldes, in dem unter der Überschrift »sustainability transitions« seit der Jahrtausendwende eine Vielzahl theoretischer und empirischer Arbeiten entstanden ist (vgl. MARKARD et al. 2012 für einen Überblick).

Parallel dazu haben sich viele Städte und Regionen dazu bekannt, vor allem in den letzten zwei Dekaden, die eigene Entwicklung nachhaltiger gestalten zu wollen (vgl. z.B. den europäischen Zusammenschluss »Covenant of Mayors« oder das globale Netzwerk ICLEI). Die Wege zu mehr Nachhaltigkeit und auch das bisher Erreichte stellen sich höchst unterschiedlich dar. So genügt ein grober Blick auf ausgewählte Indikatoren in unterschiedlichen Politikfeldern, um zu erkennen (z.B. Anteil erneuerbarer Energien im Energiemix oder Model-Split-Analysen bezüglich des Mobilitätsverhaltens), dass sich eine Entwicklung hin zu mehr Nachhaltigkeit in Städten und Regionen, in verschiedenen Staaten, aber auch innerhalb desselben Staates in hohem Maße unterschiedlich darstellt.

Aus Sicht der Raumforschung ist es wenig überraschend, dass sich eine Transition nicht im »luftleeren« Raum, sondern in unterschiedlichen räumlichen Kontexten auch sehr unterschiedlich vollzieht.

Die Transitionforschung hat diese »Tatsache« gleichwohl bisher weitgehend ausgeblendet, zumindest wenn man die, mit MLP, SNM, TM und TIS², prägenden analytischen und steuerungsorientierten Konzepte des Forschungszweiges zugrunde legt (vgl. MARKARD et al. 2012: 957). Bezüglich der empirischen Arbeiten sieht dies (nur) auf den ersten Blick etwas anders aus. Diese fokussieren im Rahmen von Einzelfallstudien in der Regel auf ein spezifisches Politikfeld und auf eine politisch-administrative, häufig die lokale oder nationalstaatliche Ebene, etwa auf die Energietransition in UK (vgl. KERN 2012)

² MLP = Multi-Level Perspektive, SNM = Strategic Niche Management, TM = Transition Management, TIS = Technological Innovation Systems.

oder die Wasserpolitik in den Niederlanden (vgl. VAN DER BRUGGE et al. 2005). Die damit stattfindende räumliche Kontextualisierung ist dabei eher zwangsläufig und zumeist kein Gegenstand des Erkenntnisinteresses.

Es mag vielfältige Ursachen haben, dass sich die Transitionforschung bisher so wenig mit räumlichen Aspekten beschäftigt hat (COENEN et al. 2012; SMITH et al. 2010: 443). Eine Ursache ist vermutlich die Heterogenität der aus Geographie, Umwelt-, Planung- und Politikwissenschaften kommenden Vorschläge, die nur wenig Ansatzpunkte für eine konzeptionelle Integration bietet.

Hansen und Coenen (2014) geben jüngst einen zusammenfassenden Überblick zu Arbeiten, die sich aus geographischer Sicht mit »sustainability transitions« beschäftigt haben (weshalb auf eine ausführliche Darstellung der einzelnen Aspekte im Rahmen dieses Beitrags verzichtet wird). Laut der beiden Autoren befassen sich entsprechende Beiträge bisher mit sechs Teilthemen, denen aus geographisch-räumlicher Sicht eine Relevanz bezüglich der Transition zur Nachhaltigkeit zuzusprechen ist (HANSEN & COENEN 2014: 7):

- Städtische und regionale Visionen und Politiken,
- Informelle territoriale Institutionen,
- Lokale naturräumliche Ausstattung,
- Lokale technologische und industrielle Spezialisierung,
- Lokale Wissensverbreitung (»Spill-Over«),
- Konsumenten und lokale Marktformation.

Die Studien zu diesen sechs Teilthemen verdeutlichen, dass verschiedene lokale Effekte bezüglich einer Transition zur Nachhaltigkeit als relevant angesehen werden müssen, welche in vorhergehenden Arbeiten vernachlässigt wurden (HANSEN & COENEN 2014: 16).

Den Studien ist allerdings wenig konzeptionell Generalisierbares zu entnehmen. HANSEN & COENEN (2014: 17) fordern folglich weitere empirische und theoretische Arbeiten, insbesondere vergleichende Forschungsansätze, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede bezüglich verschiedener räumlicher Kontexte herauszuarbeiten. Auch bemängeln sie, dass nur wenige Studien alternative analytische Rahmen zum Studium von »sustainability transitions« vorschlagen, um die bestehende Theoriebildung innerhalb der Transitionforschung herauszufordern.

WOLFRAM (2014: 8) sieht allerdings auch die Transitionforschung in der Pflicht zur verstärkten Berücksichtigung von räumlichen Kontexten, wenn er ausführt, dass es »gerade

die Verbindung von lokaler Einbettung (physisch, institutionell, kulturell) und intensiven Beziehungen zu anderen Governance- und Maßstabsebenen« ist, »die Städte auszeichnet« und dass diese daher auch in den Modellen der Transitionforschung (namentlich dem MLP) abgebildet werden müsse. Des Weiteren zeigt er im Hinblick auf den Themenbereich »Stadtentwicklung« sehr anschaulich auf, dass die pfadabhängig bedingte Parallelität von Transition- und Raumforschung nur bedingt tragfähig ist, da bereits bei einem ersten groben Blick in städtische »Lebenswirklichkeiten« beide Bereiche stark miteinander verschwimmen, sodass eine Trennung bestenfalls zur analytischen Schärfung taugt und spätestens im Zuge einer Steuerungsdiskussion kaum mehr sinnvoll erscheint.

3 Zur Konvergenz der Raum- und Transitionforschung ...

Basierend auf der aktuellen Diskussion innerhalb der Transitionforschung sowie auf der Basis ihrer kritischen Würdigung in den Raumwissenschaften wurde das EU-Projekt »Accelerating and Rescaling Transitions to Sustainability« (ARTS) konzipiert. Es stellt lokale Nachhaltigkeitsinitiativen und deren Rolle bezüglich eines beschleunigten Wandels hin zu nachhaltigen Stadtregionen in den Mittelpunkt. Dabei knüpft es an den aktuellen Forschungsstand innerhalb der Transitionforschung an, versucht aber zugleich den Mangel einer fehlenden räumlichen Kontextualisierung zu beheben. Mit der Implementation eines vergleichenden Fallstudienansatzes (»Multiple case studies with embedded unit of analyses«, vgl. YIN 2008) greift ARTS eine weitere häufig vorgetragene Kritik auf, wonach in den vielfach durchgeführten Einzelfallstudien vor allem die räumlichen Spezifika hervorgehoben werden (HANSEN & COENEN 2014: 17). Damit sind nur begrenzt Rückschlüsse bezüglich einer Generalisierung auf die zugrunde gelegten Modelle und Annahmen möglich. Im Folgenden sollen die mit der Konzeptionierung des ARTS-Projekts verbundenen Ansatzpunkte zur Konvergenz von Raum- und Transitionforschung aus drei Perspektiven näher betrachtet werden.

3.1 ... aus der Perspektive der aktuellen Diskussion innerhalb der Transitionforschung

Die bisher im Rahmen der Transitionforschung entwickelten Konzepte und Modelle

haben in vielerlei Hinsicht zum besseren Verständnis von Transitionprozessen und ihren Einflussfaktoren beigetragen. Insofern baut auch ARTS auf verschiedenen Teilaspekten dieser Konzepte und Modelle auf (insbesondere MLP, SNM, TM, »Multi-Phase«-Konzept und das Konzept der »Co-evolution«, siehe GRIN et al. 2010 für einen Überblick).

Retrospektive Untersuchungen zu bisher identifizierten Transitionen lassen vermuten, dass der Wandel eines Systems von einem dynamischen Gleichgewichtszustand zum anderen nicht linear verläuft (vgl. GRIN et al. 2010: 4 und 130 sowie ROTMANS et al. 2001 zu dieser gängigen Beschreibung des Wandelprozesses). Vielmehr wurde innerhalb der Transitionforschung auf Basis von historischen Beispielen (vgl. u. a. GEELS 2002: 1263 ff.) ein »Multi-Phase«-Konzept entwickelt, welches sich in eine

- Vorentwicklungsphase (»pre-development«),
- eine Startphase (»take-off«),
- eine Beschleunigungsphase (»acceleration«),
- und eine Stabilisierungsphase (»stabilisation«)

gliedert. Demnach finden in der Vorentwicklungsphase erste Veränderungen im Hintergrund statt, sind aber noch nicht sichtbar. In der Startphase gewinnen strukturelle Änderungen an »Momentum« und in der Beschleunigungsphase werden diese sichtbar. In der Stabilisierungsphase wird ein neuer dynamischer Gleichgewichtszustand erreicht.

Übertragen auf den Untersuchungsgegenstand der Transition zur Nachhaltigkeit kann man davon ausgehen, dass sich »die Gesellschaft« derzeit in einer Startphase befindet. Strukturen von nicht nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweisen sind also nach wie vor dominant; in verschiedenen Teilbereichen ist jedoch ein gewisses »Momentum« zu konstatieren (Energiewende, Nachfrage nach Bioprodukten etc.); gleichwohl ist es bisher nicht gelungen, die »Weichen« in Richtung eines beschleunigten Wandels zu stellen, trotz vieler technischer und sozialer Innovationen. Ein beschleunigter Wandel in Richtung Nachhaltigkeit wäre dadurch gekennzeichnet, dass nicht nachhaltige Strukturen (z.B. anhaltende Dominanz fossiler Energieträger) kontinuierlich durch alternative gesellschaftliche Strukturen ersetzt werden.

Das ARTS-Projekt bezieht sich auf dieses »Multi-Phase«-Konzept, indem es nach Mechanismen fragt, die dazu beitragen können, eine Beschleunigung des Wandels in Rich-

tung Nachhaltigkeit (»acceleration phase«) herbeizuführen. Bezüglich der *Beschreibung der Ausgangssituation* greift es auf zwei weitere Konzepte der Transitionforschung zurück: MLP mit der Unterscheidung von »niche«, »regime« und »landscape« sowie auf das Konzept der »co-evolution«. So ist ein weiterer Ausgangspunkt in ARTS die Erkenntnis, dass in vielen europäischen Städten und Regionen bereits eine große Anzahl von lokalen Nachhaltigkeitsinitiativen existiert, die aktuell schon nachhaltige Routinen und Praktiken in verschiedenen Lebensbereichen (z.B. Energie, Ernährung, Mobilität) entwickelt und umgesetzt haben. Diese Routinen und Praktiken sowie die damit verbundenen technischen und sozialen Innovationen bleiben jedoch häufig »Insellösungen« (»niche«) und existieren parallel (»co-evolution«) zu den bestehenden (nicht nachhaltigen) und dominanten Strukturen (»regime«), die ihrerseits eine hohe Persistenz aufweisen.

Mit dieser analytischen Einordnung folgt ARTS einer klassischen Perspektive der Transitionforschung. Mit der Fokussierung auf Beschleunigungsmechanismen steht darüber hinaus ein Aspekt im Mittelpunkt, der innerhalb der Transitionforschung bisher als kaum untersucht gilt und knüpft dabei vor allem an der bisherigen Literatur zu »grassroots-innovation« und potenziellen Mechanismen zur Förderung von »bottom-up« initiierten Innovationen an (siehe hierzu beispielhaft SEYFANG & HAXELTINE 2012 sowie VAN DEN BOSCH & ROTMANS 2008). Doch wo liegen die Ansatzpunkte für eine Annäherung an eine raumwissenschaftliche Perspektive?

Mit der traditionellen Fokussierung der Transitionforschung auf einzelne Gesellschaftsbereiche bzw. Politikfelder blieb der Aspekt einer Kopplung von (in Nischen agierenden) Nachhaltigkeitsinitiativen bisher weitestgehend ausgeblendet oder wurde zumindest nicht systematisch untersucht. Die in ARTS angelegte Fokussierung auf Stadtregionen und die damit verbundene räumliche Kontextualisierung von lokalen Nachhaltigkeitsinitiativen bietet hingegen neue Möglichkeiten für die Erforschung von Potenzialen und Hemmnissen des *Zusammenwirkens von Initiativen aus gleichen, aber auch unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen (Energie, Mobilität, Ernährung, Bildung usw.)*. ARTS untersucht beispielsweise empirisch, ob eine strategische Allianz von mehreren Initiativen eine Transition in einer Stadtregion beschleunigen hilft oder ob die Konkurrenz zwischen den Initiativen (z.B. Wettbewerb um begrenzte Ressourcen

cen) sich diesbezüglich negativ auswirkt. In jedem Fall sollen neben der Betrachtung von Einzelinitiativen auch die Dynamiken Beachtung finden, die mit der Existenz von mehreren Initiativen in räumlicher Nähe und deren Einbettung in einen gemeinsamen stadtreionalen Kontext verbunden sind.

Letztlich basiert dieser Zugang auch auf einer sich längst vollziehenden Realität des Versuchs einer ganzheitlichen Betrachtung und lokalen Vernetzung von Initiativen, wie sie derzeit am prominentesten durch die »Transition Town Bewegung« (vgl. SEYFANG & HAXELTINE 2012) erprobt und repräsentiert wird.

3.2 ... aus der Perspektive einer räumlichen Kontextualisierung von Transitionsprozessen

Die Darstellungsformen des MLP als »Drei-Ebenen-Modell« und die aktorsbezogenen Aussagen in mit Hilfe dieses Modells durchgeführten, empirischen Fallstudien verleiten offensichtlich immer wieder dazu, die im MLP verwendeten analytischen Kategorien (»niche«, »regime«, »landscape«) unmittelbar mit räumlichen Ebenen oder auch Aktorsgruppen zu verknüpfen. So wurden jüngst auch in dieser Fachzeitschrift beispielsweise die Stadtpolitik und Stadtverwaltung in ihrer Rolle als Repräsentanten einer politisch-administrativen Ebene als *Regimeakteure* konzeptualisiert (SINGER-BRODOWSKI et al. 2014: 5).

In dieser Tatsache findet die bisher unzureichende Thematisierung und vor allem konzeptionelle Diskussion zwischen Raum- und Transitionforschung wohl am deutlichsten ihren Ausdruck. Denn eine solche Zuordnung ist weder von den Protagonisten des MLP intendiert (GRIN et al. 2010: 4), noch erscheint sie konzeptionell sinnvoll möglich. Vor allem ist sie aber empirisch nicht durchhaltbar, beispielsweise mit Blick auf die Heterogenität des lokalen Politik- und Parteiensystems (z.B. Ortsbeiräte, freie Wählervereinigungen) und der oftmals kontroversen Zielsetzungen, Präferenzen und kognitiven Orientierungen von Politikern und Verwaltungsangestellten.

Die durch eine solche Zuordnung entstehende – von den Akteuren zum Teil auch selbst so empfundene und mitunter bewusst gepflegte – Dialektik von den »guten« zivilgesellschaftlichen Nischenakteuren und den »bösen« Regimeakteuren aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft scheint zudem mit Blick auf die dadurch ausgeblendeten Potenziale zur Lösung von gesellschaftlichen Herausforderungen als wenig hilfreich. Die auch der

bisherigen Transitionforschung innewohnende Neigung, vor allem die zivilgesellschaftlich organisierten »Graswurzelbewegungen« als Innovatoren und andere Aktorsgruppen pauschal als potenzielle »Verhinderer« zu fassen, sollte deshalb weder für die Raum- noch für die Transitionforschung forschungsleitend sein. Vielmehr sollten gerade die Mehrfachrollen von Einzelpersonen stärkere Beachtung finden (z.B. ein Stadtratsmitglied, das in einer solidarischen Landwirtschaft aktiv ist), da gerade hierin ein Potenzial zur »Verankerung« (ELZEN et al. 2012) von in Nischen entwickelten nachhaltigen Praktiken innerhalb unnachhaltiger Regimestrukturen liegt.

Wenn eine solche Verknüpfung also nicht sinnvoll erscheint, dann bleibt das von Seiten der Raumwissenschaften zu Recht angesprochene Problem der mangelnden Sensibilität der Transitionforschung für eine räumlich-politische Einbettung von Akteuren und Handlungen, z.B. von lokalen Nachhaltigkeitsinitiativen, zunächst weiter bestehen.

Von dieser Kritik ausgehend werden die im Fokus von ARTS stehenden lokalen Nachhaltigkeitsinitiativen nicht als Nischen betrachtet, die einem abstrakten stadtpolitischen Regime gegenüberstehen, sondern vor allem mit Blick auf ihre Einbettung in stadtreionale Governance-Strukturen und -Dynamiken sowie den damit verbundenen wechselseitigen Beeinflussungen analysiert. Mit dieser Form der räumlichen Kontextualisierung verbindet sich die Erwartung, mehr darüber zu erfahren, wie spezifische stadtreionale Strukturen und Dynamiken einen beschleunigten Wandel unterstützen oder auch verhindern können. Dabei erfolgt in Anlehnung an die aktuelle raumwissenschaftliche Debatte um »soft spaces« und »fuzzy boundaries« (vgl. HAUGHTON et al. 2010) keine klare räumlich-funktionale oder administrative Abgrenzung der Stadtreionen. Vielmehr wird mit Blick auf die Bedeutung von »urban-rural-partnerships« (vgl. EGERMANN forthcoming) konzeptionell mit »flexiblen Geometrien« gearbeitet, wie sie in verschiedenen stadtreionalen oder metropolitanen Kooperationen bereits erprobt werden (vgl. u. a. EGERMANN 2009: 279).

Auch bezüglich der unterschiedlichen Aktorsgruppen nimmt das ARTS-Projekt eine neutrale »Position« ein und lenkt die Aufmerksamkeit gleichermaßen auf Initiativen aus der öffentlichen Verwaltung und Politik, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft, die somit nicht über die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Aktorsgruppe

konzeptionell voneinander getrennt, sondern durch einen gemeinsamen stadtreionalen Kontext miteinander verbunden werden. Dabei sind Initiatoren von zivilgesellschaftlich organisierten »Graswurzelbewegungen« ebenso auf verschiedenen Wegen mit aktuellen Regimestrukturen verbunden und tragen ggf. sogar zu deren Festigung bei, wie Verwaltungsangestellte oder Lokalpolitiker aktiv an der Entwicklung von Nischen, sozialen Innovationen etc. beteiligt sein können.

Über die Einbettung in stadtreionale Governance-Strukturen und -Dynamiken hinaus sollen in ARTS auch Hinweise zur Relevanz des nationalen, transnationalen und europäischen Kontextes herausgearbeitet werden. So ist beispielsweise im Energiebereich der Einfluss nationaler Gesetzgebungen (z.B. EEG) auf lokale Initiativen (z.B. Energiegenossenschaften) unverkennbar. Zudem ist davon auszugehen, dass die Einbindung von lokalen Akteuren in transnationale Netzwerke (z.B. ICLEI, Covenant of Mayors, Eurocities) und in projektbasierte Kooperationen von Bedeutung für lokale Aktivitäten ist, sei es beispielsweise durch das Kopieren von »good« oder »best practices«, zur Legitimierung eigener Aktivitäten oder auch zur Bereicherung des lokalen Nachhaltigkeitsdiskurses. Ferner soll betrachtet werden, inwieweit die Politik der Europäischen Union und die Aktivitäten der EU-Kommission die Entwicklung von lokalen Nachhaltigkeitsinitiativen beeinflussen.

Mit der Implementation eines vergleichenden Fallstudienesign in ARTS ist darüber hinaus die Erwartung verbunden, aus dem Quervergleich von fünf sehr unterschiedlichen europäischen Stadtregionen (Budapest, Brighton, Dresden, Genk, Stockholm), die in verschiedenen nationalen Kontexten (Ungarn, Großbritannien, Deutschland, Belgien, Schweden) situiert sind, erste Ansatzpunkte für eine Unterscheidung von kontextspezifischen und kontextunabhängigen Mechanismen zur Beschleunigung eines Wandels zur Nachhaltigkeit herauszuarbeiten.

3.3 ... aus der Perspektive von Planung und Steuerung

Die Transitionforschung hatte schon früh einen steuerungs- bzw. managementorientierten Fokus (vgl. MARKARD et al. 2012: 957). Gegenwärtig stehen vor allem das TM und das SNM im Vordergrund. MLP und TIS sind eher »wirkungsanalytische« Ansätze, die den Gesamtzusammenhang von Nischen bzw. Initiativen einerseits und Regimen, ihren

Wandel und »Landschaften« andererseits thematisieren. Planungsforscher sprechen auch von »Theorien in der Planung« (MLP, TIS, »Multi-Phase«-Konzept) und »Theorien der Planung« (TM und SNM).

Der Begriff der »Planung« spielt bisher in der Transitionforschung eine wichtige, wenn auch keine zentrale Rolle. KEMP und Kollegen (2007: 10) beispielsweise verwenden ihn eher im Sinne einer Kontrastfolie für das, was sie aus Governance-Sicht auf der Basis der Transitionforschung für einen Erfolg versprechenden Managementansatz halten (»transition management as a third way«). Sie assoziieren Planung mit Bürokraten und Experten, Hierarchie, geringer Anpassungsfähigkeit, Spezialisierung, und dem Versuch der antizipativen Kontrolle der Zukunft. Dieses Verständnis von Planung ist auch in der Governance-Forschung anzutreffen. So kontrastiert z.B. JESSOP (2011: 114) die Governance-Modalität des »Kommandierens« mit »Austausch«, »Dialog« und »Solidarität« und nennt u. a. Planung und Bürokratie als wichtige Merkmale von Ersterem.

Planung als Leitbegriff der Planungsforschung hingegen weist eine Vielfalt von Bedeutungen auf (SELLE 2007). SCHÖNWANDT (2002) beispielsweise gibt einen Überblick über »Sieben Planungsmodelle« und erarbeitet seinen eigenen planungstheoretischen Ansatz. WIECHMANN (2008) befasst sich mit dem »alte(n) Streit zwischen Rationalisten und Inkrementalisten« (13ff.) und sucht anschließend, wie KEMP und Kollegen (2007), nach einem »Dritten Weg« – dem Weg der »reflexiven Konfiguration« (238ff.). Das, was Transition- und Governance-Forscher wie Kemp und Jessop unter »Planung« verstehen, findet sich auch in Monographien zu »Planungstheorien« – allerdings als eine Theorie unter anderen (vgl. z.B. ALLMENDINGER 2009 zu »Systems and rational theories of planning« und u. a. »Pragmatism«, »Collaborative planning«). Planungsforscherinnen wie Patsy Healey analysieren Planungsepisoden und -prozesse bereits seit einigen Jahren aus Governance-Sicht (vgl. z.B. COAFFEE & HEALEY 2003, HEALEY 2010).

Der Beitrag möchte vor diesem Hintergrund die Anregung zur Annäherung zwischen Arbeiten zu TM und SNM einerseits und Studien der Planungsforschung andererseits geben. Dies erfordert allerdings ein gewisses, in künftigen Arbeiten noch näher zu bestimmendes *Minimum an gemeinsamer terminologischer Orientierung*, was nicht unbedingt heißt, dass identische Hierarchien von

Begriffen verwendet werden müssen. Es geht vermutlich eher um »Übersetzungsleistungen« auf der Basis eines vertieften Verständnisses der Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Planung und Transition.

Der Ausdruck »Transition Management als Dritter Weg« bietet dabei einiges Potenzial zur Annäherung zwischen der Transition- und Planungsforschung. KEMP und Kollegen (2007) sagen explizit, dass sie Ähnlichkeiten zwischen dem von ihnen vorgeschlagenen dritten Weg der »zielorientierten Modulation zwischen Planung und Inkrementalismus« und dem in Planungskreisen wohlbekannten »Perspektivischen Inkrementalismus« sehen. Letzteres spielt im deutschsprachigen Raum vor allem bei Arbeiten zur strategischen (räumlichen) Planung eine wichtige Rolle (vgl. z.B. HUTTER 2006, WIECHMANN 2008, KÜHN & FISCHER 2010).

Der »Perspektivische Inkrementalismus« ist allerdings ein konkreter Planungsansatz unter anderen (vgl. z.B. FÜRST 2012) und dürfte kaum als zentrale konzeptionelle Grundlage für eine Annäherung zwischen der Transition- und Planungsforschung ausreichen. Eher breit zu verstehende theoretisch-konzeptionelle Zugänge wie »Governance«, »Strategische Planung« und »Kommunikative Planung« befördern ebenfalls den Austausch von Planung und Transitionforschung³.

Annäherungen zwischen TM und SNM sowie Planungsarbeiten sind zudem voraussichtlich nicht allein über das vertiefte Verständnis von Unterschieden und das gemeinsame Streben nach mehr Austausch über komplementäre Stärken möglich. Annäherungen können sich auch aus dem Verständnis für bisher »gemeinsam« vernachlässigte Dimensionen von Governance und Planung ergeben. Eine solche Dimension ist die Dimension der »Zeit« (HUTTER et al. 2014).

In Arbeiten zu »sustainability transitions« finden sich zahlreiche Zeitbezüge. Auffallend sind z.B. (1) der typische Verweis auf mehrere Dekaden für Regimewechsel von »50 Jahren und mehr« als Daumenregel (vgl. z.B. MARKARD et al. 2012: 956) und (2) die Unterscheidung von »Transition Manage-

ment Typen« (LOORBACH 2010: 168ff.) u. a. nach Zeitbezügen (z.B. *strategischer* Typus mit Langzeitorientierung von 30 Jahren und *taktischer* Typus mit der Orientierung auf 5 bis 15 Jahre). Auch Planungsforscher und Planungspraktikerinnen nutzen wie selbstverständlich zahlreiche Zeitbezüge in formellen und informellen Planungsprozessen. Dabei liegt es nahe anzunehmen, dass ein Verständnis von »Zeit« als »objektive Zeit« (bzw. »rationale«, »quantitative Zeit«) dominiert (HUTTER et al. 2014). Es gibt aber noch weitere Verständnisse von »Zeit«, die in der Planungsforschung zunehmend an Bedeutung gewinnen (vgl. z.B. DAVOUDI 2012 zu einem interpretativen Zugang zur Dimension der »Zeit« in Planungsstudien).

Auch der für ARTS zentrale Ausdruck der »acceleration« (Beschleunigung) beinhaltet im Kern einen deutlichen Bezug auf die Dimension »Zeit«. Perspektivisch liegt es nahe, diesen Zeitreferenzen in Arbeiten zu »sustainability transitions« und zur »Planung« mehr Aufmerksamkeit zu widmen – als ein erster Schritt der *Explikation* einer stärker zeitsensitiven Forschung. Ein zweiter Schritt könnte dann die Dimension der »Zeit« als *eigenständige Analysedimension* theoretisch-konzeptionell und empirisch-methodisch verstärkt in den Blick nehmen (vgl. dazu POOLE 2004). In einem dritten Schritt wäre es möglich, die Bedeutung der *Regulierung von Zeitstrukturen* für die Transition- und Planungsforschung anzusprechen (vgl. HENCKEL & EBERLING 2002). Zeitfragen sind für Versuche der Planung und Steuerung von Nachhaltigkeitsinitiativen in Städten und Regionen von hoher Bedeutung, nicht zuletzt im Hinblick auf die Formulierung des Anspruchsniveaus und der konkreten Ziele von Interventionen und ihrer Evaluierung.

ARTS wird auf der Basis seines vergleichenden Fallstudiendesigns auch empirisch fundierte Beiträge zur Weiterentwicklung der managementorientierten Ansätze der Transitionforschung vorlegen.

4 Fazit

Versuche der Annäherung zwischen den Raumwissenschaften einerseits und der Transitionforschung andererseits brauchen in erheblichem Maße ein pragmatisches Vorgehen. Weder ist eine »Grand theory of transitions«, noch eine »Grand theory of and in planning«, noch gar eine übergreifende Synthese in Sicht. Es liegt deshalb nahe, verglei-

³ Die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), Hannover, hat gegenwärtig einen Arbeitskreis eingerichtet, der mit Blick auf die Vielfalt an »Planungstheorien« einen Überblick vermitteln wird (»Bestandsaufnahme«). Die an die Bestandsaufnahme anschließenden Überlegungen zu den Perspektiven von »Planungstheorie« könnten auch die Kommunikation mit der Transitionforschung befördern (vgl. z.B. MARKARD et al. 2012 für die Transitionforschung).

chende Fallstudien in wenigen europäischen Stadtregionen durchzuführen, die vertiefende Einblicke z.B. in Beschleunigungsmechanismen von »sustainability transitions« und in ihre Gestaltungspielräume ermöglichen. Die Fokussierung auf »Mechanismen« wird bereits seit geraumer Zeit als ein pragmatischer Weg für generalisierende (also wissenschaftliche) und zugleich kontextsensitive Analysen gesehen. Das Projekt ARTS schließt hierfür

an den aktuellen Stand der Transitionforschung an und berücksichtigt darüber hinaus in besonderem Maße Konzepte und Ergebnisse der Raumwissenschaften (einschließlich Planung und Governance). Es ist zu hoffen, dass die zu erwartenden ARTS-Ergebnisse auch Planungspraktiker/innen zu neuen Einblicken in Gestaltungs- und Handlungsmöglichkeiten inspirieren.

Literatur

- ALLMENDINGER, Philip (2009): Planning Theory. Houndmills.
- COAFFEE, JON; HEALEY, Patsy (2003): »My Voice: My Place«: Tracking Transformations in Urban Governance. In: *Urban Studies*, 40(10), 1979-1999.
- COENEN, Lars; Benneworth, Paul; Truffer, Bernhard (2012): Toward a spatial perspective on sustainability transitions. In: *Research Policy*, 41, 968-979.
- COENEN, Lars; TRUFFER, Bernhard (2012): Places and Spaces of Sustainability Transitions: Geographical Contributions to an Emerging Research and policy Field. In: *European Planning Studies*. 20(3), 367-374.
- DAVOUDI, Simin (2012): The Legacy of Positivism and the Emergence of Interpretative Tradition in Spatial Planning. In: *Regional Studies*, 46(4), 429-441.
- EGERMANN, Markus (forthcoming): The European Metropolitan Regions Concept: German Spatial Policy on a Way to Strengthen the Strongest to the Disadvantage for Weaker Regions? In: *International Planning Studies*. Vol. 19.
- EGERMANN, Markus (2009): The Saxon Triangle – a Polycentric Metropolitan Region from an Actor-oriented Perspective. In: *Urban Research & Practice*, 2(3), 269-286.
- ELZEN, Boelie; van Mierlo, Barbara; Leeuwis, Cees (2012): Anchoring of innovations: Assessing Dutch efforts to harvest energy from glasshouses. In: *Environmental Innovation and Societal Transitions*, 5, 1-18.
- FÜRST, Dietrich (2012): Internationales Verständnis von »Strategischer Regionalplanung«. In: Vallée, Dirk (Hrsg.): *Strategische Regionalplanung*. Hannover, 18-30.
- GEELS, Frank W. (2002): Technological Transitions as Evolutionary Reconfiguration Processes: a Multi-level Perspective and a Case-Study. In: *Research Policy*, 31(8-9), 1257-1274.
- GRIN, John; Rotmans, Jan; Schot, Johan (2010): *Transition to Sustainable Development. New Directions in the Study of Long Term Transformative Change*. New York/London.
- HANSEN, Teis; COENEN, Lars (2014): The Geography of Sustainability Transitions: A Literature Review. Unveröffentlichter Beitrag im Rahmen der »5th International Sustainability Transitions Conference« in Utrecht. Zum Download unter: <http://programme.exordo.com/ist2014/>.
- HEALEY, Patsy (2010): *Making Better Places. The Planning Project in the Twenty-First Century*. Houndmills.
- HENCKEL, Dietrich; EBERLING, Matthias (Hrsg.) (2002): *Raumzeitpolitik*. Opladen.
- HAUGHTON Graham; Allmendinger, Philip; Counsell, Dave; Vigar, Geoff (2010): *The New Spatial Planning: Territorial Management with Soft Spaces and Fuzzy Boundaries*. London.
- HUTTER, Gérard (2006): Strategische Planung – ein wiederentdeckter Planungsansatz zur Bestandsentwicklung von Städten. In: *RaumPlanung*, 128, 210-214.
- HUTTER, Gérard; Wiechmann, Thorsten; Günzel, Marian (2014): Zeit zur Anpassung? Planungstheoretische Reflexionen zu Zeitverständnis und Zeitverwendung. In: *Planungsrundschau*, 22, 443-459.
- JESSOP, Bob (2011): Metagovernance. In: Bevir, Mark (Hrsg.): *The SAGE Handbook of Governance*, London et al., 106-123.
- KEMP, René; Loorbach, Derk; Rotmans, Jan (2007): Transition Management as a Model for Managing Processes of Co-evolution Towards Sustainable Development. In: *International Journal of Sustainable Development & World Ecology*, 14, 1-15.
- KERN, Florian (2012): The Discursive Politics of Governing Transitions Towards Sustainability: the UK Carbon Trust. *Int. J. Sustainable Development*, 15(1/2), 90-106.

- KÜHN, Manfred; FISCHER, Susen (2010): Strategische Stadtplanung. Strategiebildung in schrumpfenden Städten aus planungs- und politikwissenschaftlicher Perspektive. Detmold.
- LOORBACH, Derk (2010): Transition Management for Sustainable Development: A Prescriptive, Complexity-Based Governance Framework. In: *Governance*, 23(1), 161-183.
- MARKARD, Jochen; RAVEN, Rob; TRUFFER, Bernhard (2012): Sustainability Transitions: An Emerging Field of Research and its Prospects. In: *Research Policy*, 41, 955-967.
- POOLE, Marshall Scott (2004): Central Issues in the Study of Change and Innovation. In: Poole Marshall Scott, Van de Ven, Andrew H. (Hrsg.): *Handbook of Organizational Change and Innovation*, Oxford, 3-31.
- ROTMANS, Jan; KEMP, Rene; VAN ASSELT, Marjolein (2001): More Evolution Than Revolution: Transition Management in Public Policy. In: *Foresight*, 3(1), 15-31.
- SCHÖNWANDT, Walter L. (2002): *Planung in der Krise? Theoretische Orientierungen für Architektur, Stadt- und Raumplanung*. Stuttgart.
- SELLE, Klaus (2007): Neustart. Vom Wandel der shared mental models in der Diskussion über räumliche Planung, Steuerung und Entwicklung. In: *DISP*, 169(2), 17-30.
- SEYFANG, Gil; HAXELTINE, Alex (2012): Growing Grassroots Innovations: Exploring the Role of Community-based Initiatives in Governing Sustainable Energy Transitions. In: *Environment and Planning C: Government and Policy*, 30, 381-400.
- SINGER-BRODOWSKI, Mandy; HASSELKUß, Marco; BLIESNER-STECKMANN, Anna; BAEDecker, Carolin (2014): Netzwerke der Bildung für nachhaltige Entwicklung als soziale Innovation in der Stadt- und Regionalentwicklung. In: *PND online II 2014*.
- SMITH, Adrian; VOß, Jan-Peter; GRIN, John (2010): Innovation Studies and Sustainability Transitions: The Allure of the Multi-level Perspective and its Challenges. In: *Research Policy*, 39, 435-448.
- VAN DEN BOSCH, Suzanne; ROTMANS, Jan (2008): *Deepening, Broadening and Scaling up. A Framework for Steering Transition Experiments*. Knowledge Centre for Sustainable System Innovations and Transitions. Delft.
- VAN DER BRUGGE, Rutger; Rotmans, Jan; Loorbach, Derk (2005): The Transition in Dutch Water Management. In: *Regional Environmental Change*, 5, 164-176.
- WIECHMANN, Thorsten (2008): *Planung und Adaptation, Strategieentwicklung in Organisationen, Regionen und Netzwerken*. Dortmund.
- WOLFRAM, Marc (2014): *Stadt, Wandel, Nachhaltigkeit: Zur Konvergenz von Urbanistik und Transitionforschung*. In: *PND online II 2014*.
- YIN, Robert K. (2008): *Case Study Research. Design and Methods*. Thousand Oaks.



Urbane Reallabore – ein Blick in die aktuelle Forschungswerkstatt



Der Begriff des »Reallabors« erfreut sich in der nachhaltigkeitsorientierten Transformationsforschung und Forschungspolitik einer wachsenden Resonanz. »Städte als Reallabore« spielen dabei eine wichtige Rolle. Der vorliegende Beitrag gibt einen Einblick in die Hintergründe, den Begriff und das Konzept sowie wichtige Diskussionspunkte des »Reallabor«-Ansatzes. Er illustriert seine Aussagen am Beispiel des ersten umfassenderen Reallaborforschungsprogrammes, das vom baden-württembergischen Forschungsministerium im Jahr 2014 aufgelegt wurde.

Reallabore – Ansatz zum Verständnis komplexer Transformationsprozesse

Die Bedeutung von Reallaboren kann nur vor dem Hintergrund der gewachsenen Relevanz von Transformationsprozessen in der Nachhaltigkeitsforschung verstanden werden. Sowohl im internationalen Kontext – hier unter dem Dach des Sustainable Transition Managements (vgl. GRIN et al. 2010 sowie den Schwerpunkt in [pnd|online II|2014](#)) – als auch im nationalen Kontext – hier insbesondere befördert durch das Hauptgutachten des Wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) zur »großen Transformation« im Jahr 2011 (WBGU 2011) – spielt das Verständnis von komplexen sozio-technischen Transformationsprozessen derzeit eine Schlüsselrolle in der Nachhaltigkeitsforschung.

Prägendes Kennzeichen dieser Wandlungsprozesse ist ihre Komplexität, d.h. die Vielfalt der kausalen Verknüpfungsmuster, die bei gesellschaftlichen Transformationen wirken. Das Zusammenspiel von technologischen, ökonomischen, institutionellen und kulturellen Faktoren ist bisher erst im Ansatz verstanden. Eine »transformative Literacy« (SCHNEIDEWIND 2014), die zivilgesellschaftliche, politische und ökonomische Akteure in die Lage versetzt, die Bedingungen für nachhaltigkeitsorientierte Veränderungen zu verbessern und diese aktiv zu befördern, steht erst am Anfang.

Als weitere Herausforderung kommt hinzu, dass eine entsprechende Forschung transdisziplinär angelegt sein muss, da die Gestaltung von Transformationsprozessen die Kopplung von Systemwissen, Zielwissen und kontext- sowie akteurspezifischem Trans-

Prof. Dr. Uwe Schneidewind ist Präsident des Wuppertal Institutes für Klima, Umwelt, Energie und Professor für Innovationsmanagement und Nachhaltigkeit an der Bergischen Universität Wuppertal. Er leitete die Expertenkommission »Wissenschaft für Nachhaltigkeit« in Baden-Württemberg.

formationswissen benötigt (CASS/PROCLIM 1997).

Klassische Methoden der Beobachtung und Modellierung kommen damit an ihre Grenzen. Das, was in den klassischen Earth-System-Sciences heute zu den komplexen integrierten Klima-, Meeres-, Atmosphären- und Ökosystemmodellen geführt hat, lässt sich nicht ohne Weiteres auf das Verständnis komplexer Transformationsprozesse übertragen. Dies aus mehreren Gründen:

- Sozio-technische Transformationsprozesse übersteigen in ihrer Komplexität oft die ökologischer Systeme, zudem gibt es eine hohe Anzahl kontextspezifischer Einflussfaktoren.

- Wissen über gesellschaftliche Transformationsprozesse wirkt auf Gesellschaften zurück. Durch die Nutzung wissenschaftlichen Wissens werden die Veränderungsprozesse beeinflusst. Damit ist eine strikte »Beobachter-System«-Trennung nicht möglich. Transformationsforscher sind immer zugleich auch Teil der von ihnen untersuchten Veränderungsprozesse.

- Die unabhängig von wissenschaftlichen Prozessen stattfindenden Transformationsprozesse liefern heute kaum ausreichende empirische Hinweise für die Funktionsmechanismen erfolgreicher nachhaltigkeitsorientierter Transformationsprozesse. Eine wissenschaftlich angeleitete Intervention in reale politische, soziale und gesellschaftliche Kontexte ist damit ein wichtiges Mittel zum besseren Verständnis kausaler Verknüpfungen in diesen Systemen (vgl. hierzu insb. MORTON & WILLIAMS 2010).

All dies erklärt den »experimental turn«, der sich derzeit in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften beobachten lässt (vgl. zum Überblick FALK & HECKMANN 2009, OVERDEST et al. 2010) und dazu beiträgt, bisherige rein beobachtungs- und modellgestützte Ansätze in diesen Disziplinen zu bereichern. Der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen (WBGU 2011, 256) formuliert dazu in seinem Hauptgutachten zur großen Transformation:

»Komplexe Lernprozesse und umfassende Innovationen werden zumeist nicht durch die Qualität der Krisendiagnosen und Ursachenanalysen initiiert, sondern erst mit der Etablierung überzeugender neuer Orientierungsangebote und Handlungskonzepte (...) und durch die Öffnung experimenteller Plattformen, auf denen Bekanntes zu Neuem neu arrangiert werden kann.«

Für die wissenschaftliche Praxis hat dies erhebliche Auswirkungen: Die Forschung zu Transformationsprozessen wird von einer »Transformationsforschung« (WBGU 2011), die Transformationsprozesse nur beobachtet und daraus versucht verallgemeinerbares Systemwissen zu generieren, zu einer »transformativen Forschung« (WBGU 2011) bzw. zur »transformativen Wissenschaft« (SCHNEIDEWIND & SINGER-BRODOWSKI 2014), d.h. einer Wissenschaft, die Transformationsprozesse aktiv begleitet und katalysiert, um sie besser zu verstehen.

Reallabore – Definition und Ebenen

Die Idee des »Reallabores« greift diesen »experimental turn« zum besseren Verständnis von Transformationsprozessen auf. Der Begriff »Reallabor« baut dabei auf der von GROSS et al. (2005) geprägten Diskussion zu »Realexperimenten« auf. Groß et al. verstehen Realexperimente als »ökologische Gestaltungsprozesse in der Wissensgesellschaft« (GROSS et al. 2005) und stellen eine hybride Form des Experimentes dar. Sie oszillieren quasi zwischen den Modi »Wissenserzeugung« und »Wissensanwendung« sowie »kontrollierten« und »situationsspezifischen« Randbedingungen (vgl. Abb. 1):

Die Idee des »Reallabores« wendet die von Groß et al. als angelegte kritische Konnotation von gesellschaftlichen Großversuchen ins Konstruktive. Reallabore schaffen Kontexte für Realexperimente, die dazu dienen, das Wissen über nachhaltigkeitsorientierte Transformationsprozesse zu verbessern und solche

Abb. 1: Einordnung von Realexperimenten in die Typologie des Experimentierens (Quelle: GROSS et al. 2005: 19) mit Beispielen aus dem Stadtkontext (nach SCHNEIDEWIND & SCHECK 2013)



konkret anzustoßen und können wie folgt definiert werden (vgl. nebenstehenden Kasten):

Reallabore sollten dabei mehrere Kriterien erfüllen (Vgl. MWK BADEN-WÜRTTEMBERG 2013: 30):

1. Das Co-Design und die Co-Produktion des Forschungsprozesses mit der Zivilgesellschaft und Praxisakteuren,
2. ein transdisziplinäres Forschungsverständnis der Akteure,
3. die langfristige Begleitung und Anlage des Forschungsdesigns,
4. ein breites am Forschungsprozess beteiligtes disziplinäres Spektrum,
5. die kontinuierliche methodische Reflexion des Vorgehens,
6. möglichst eine Koordination der forschenden Begleitung durch Institutionen, die in transdisziplinären Prozessen erfahren sind.

Methodisch ist für die Umsetzung nachhaltigkeitsorientierter Reallabore und -experimente der Rückgriff auf die Erfahrungen der in den letzten 20 Jahren weiterentwickelten transdisziplinären Forschung möglich (vgl. z.B. Überblick BERGMANN et al. 2010, SCHOLZ 2011). Insbesondere die an der ETH Zürich entwickelten »transdisziplinären Fallstudien« (vgl. SCHOLZ & TIETJE 2010) liefern methodische Strategien mit unmittelbarer Übertragbarkeit für den Aufbau von Reallaboren.

Zur besonderen Bedeutung urbaner Reallabore

Städte haben als Reallabor-Orte einen besonderen Stellenwert (vgl. zum Überblick NEVENS et al. 2013, SCHNEIDEWIND & SCHECK 2013). Dies hat mehrere Gründe:

■ Soziale Experimente haben eine lange Tradition, insbesondere in der soziologischen Stadtforschung (vgl. z.B. CAMPBELL 1971), die bis auf die soziologische Chicagoer Schule der Vorkriegszeit zurückreicht (vgl. hierzu insb. GROSS et al. 2005: 65 ff.). Der Soziologe Robert E. PARK (1929) hat in Chicago schon in den 1920er Jahren grundlegende Bezugsrahmen insbesondere zur experimentellen Untersuchung von sozialen Veränderungsprozessen in Städten geschaffen.

■ Städte sind Orte, in denen sich die sozio-technischen Gefüge moderner Gesellschaften fast vollständig finden – von der Energie- und Wärmeversorgung über die Ernährung, die Bereitstellung von Mobilität bis zu Bildungs-

Definition Reallabor

Ein Reallabor bezeichnet einen gesellschaftlichen Kontext, in dem Forscherinnen und Forscher Interventionen im Sinne von »Realexperimenten« durchführen, um über soziale Dynamiken und Prozesse zu lernen.

Die Idee des Reallabores überträgt den naturwissenschaftlichen Labor-Begriff in die Analyse gesellschaftlicher und politischer Prozesse. Sie knüpft an die experimentelle Wende in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an. Es bestehen enge Verbindungen zu Konzepten der Feld- und Aktionsforschung (vgl. auch WBGU 2014, S. 93).

und Kulturfunktionen – aber im Vergleich zu Ländern als Bezugsobjekt in ihrer Komplexität noch beherrschbar scheinen. Daher lassen sich in Städten sozio-technische Dynamiken gut in Experimenten beobachten.

■ Städte sind oft der Entstehungs- und Kulminationsort für kulturelle Veränderungen, für veränderte Lebensstile und damit per se sozialer Experimentierraum. In ihnen lassen sich gesamtgesellschaftliche Entwicklungen »im Reagenzglas« beobachten und Erkenntnisse auf höhere Ebenen skalieren.

All dies sind Gründe dafür, warum für die aktuelle Stadtforschung vermehrt Reallabor-Forschungsansätze gefordert werden (vgl. DE FLANDER et al. 2014).

Dafür scheint es sinnvoll, unterschiedliche »Laborebenen« in Städten zu unterscheiden. Derzeit vermischt die Analyse gesamt-urbane Transformationen mit Quartiersansätzen und haushalts-bezogenen »Living Labs« (LIEDTKE et al. 2012). In der aktuellen urbanen Reallabor-Forschung können drei grundlegende Ebenen urbaner Reallabore unterschieden werden (vgl. Abb. 2):



Abb. 2: Ebenen von urbanen Reallaboren (Quelle: eigene)

1) Die »Haushaltsebene«. Hier sind einzelne Haushalte oder Wohnblöcke gemeint, in denen insbesondere neue Technologien oder haushaltsbezogene Interventionsstrategien untersucht werden (vgl. LIEDTKE et al. 2014).

Für diese Ebene der Reallabore hat sich international der Begriff der »Living Labs« (BERG-VALL-KAREBORN & STAHLBROST 2009) durchgesetzt. Auf europäischer Ebene besteht derzeit schon eine umfassende vernetzte Infrastruktur solcher Living Labs (vgl. <http://www.openlivinglabs.eu/>). Soziale Interaktionen über eine große Zahl von Haushalten hinweg können in diesen Laboren nur teilweise untersucht werden.

2) Die »Quartiersebene« umfasst Stadtquartiere. Quartiere haben den Vorteil, dass sich auf dieser Ebene die Effekte von kulturellen Identitäten und sozialen Diffusionsprozessen beobachten lassen. Der Untersuchungsraum bleibt für den Forschungsprozess überschaubar. Durch die weltweit vergleichbare Substrukturierung von Städten in Quartiere von vergleichbaren Größenordnungen (vgl. u.a. TIDDENS 2014) besitzen die Erkenntnisse aus quartiersbezogenen Reallaboren ein höheres Maß an städte-übergreifender Vergleichbarkeit.

3) Die »Stadtebene« umfasst gesamtstädtische Prozesse. Erst auf dieser Ebene wird die Einbeziehung der Wirkungen von gesamtstädtischen Infrastrukturen (Verkehrs-, Erholungs- und Energieinfrastrukturen), Politiken und Identitäten möglich, die für eine große Zahl von Transformationsprozessen von Relevanz sind. Zur Beherrschung der mit einer gesamtstädtischen Betrachtung verbundenen Komplexität und Kontext-Abhängigkeit kann die Konzentration des Reallabores auf einzelne urbane Funktionen (z.B. Mobilität, Wohnen, Ernährung) sinnvoll sein.

Die Unterscheidung der drei Ebenen schafft in jedem Fall eine Grundlage, die aktuell diskutierten urbanen Reallabor-Ansätze besser zu systematisieren – wie auch die Anwendung auf die baden-württembergischen Reallabore weiter unten zeigen wird.

Offene Fragen der urbanen Reallabor-Forschung

Dass sich die Forschung mit und zu Reallaboren trotz der gerade skizzierten Anknüpfungspunkte und ersten Systematisierungen erst am Anfang befindet, macht die Vielzahl der derzeit diskutierten offenen Fragen der Reallabor-Forschung deutlich. Neben der geeigneten Kopplung der skizzierten Ebenen in urbanen Reallaboren seien hier nur einige

weitere Herausforderungen mit kurzen Stichworten angedeutet:

■ Kontextabhängigkeit und Grenzen der Kontrollierbarkeit von Randbedingungen.

Das Reallabor unterscheidet sich vom naturwissenschaftlichen Labor durch die nicht vollständige Kontrollierbarkeit seiner Randbedingungen. Je weitgehender die Kontext- und Situationsabhängigkeit von Realexperimenten in solchen Laboren ist, desto geringer ist die Übertragbarkeit der Erkenntnisse. Wissenschaftliches Erkenntnisinteresse und situationsspezifischer Transformationsgewinn für die Praxis-Akteure sind daher immer wieder in neuen Gleichgewichten auszutarieren.

■ Verallgemeinerbarkeit der Erkenntnisse.

Die Verallgemeinerbarkeit von in Reallaboren gewonnenen Erkenntnissen unterscheidet sich von denen der klassischen quantitativ-empirischen Sozialforschung. Daraus ergeben sich insbesondere zwei Herausforderungen: (1) Die Suche nach Formen der geeigneten Kopplung von Realexperimenten mit klassischen sozialwissenschaftlichen Labor-Experimenten, auf Datenauswertungen beruhenden »Quasi«-Experimenten und herkömmlichen Beobachtungsmethoden. (2) Der Rückgriff auf Musterbeschreibungen und -sprachen für die Übertragung von Erkenntnissen (vgl. ALEXANDER et al. 1977, HOPKINS 2011).

■ **Geeignete Akteureinbindung.** Die Forschung in Reallaboren erfordert eine Kooperation mit Praxisakteuren in »transdisziplinären Prozessen« (SCHOLZ 2011: XVII), d.h. in einer Begegnung auf Augenhöhe, die die Interessen und Wissensbestände der Akteure mit gleicher Gültigkeit wie die Interessen und das Wissen der Wissenschaft wahrnimmt. Nur dadurch ist gewährleistet, dass sich die Praxisakteure nicht als »beforschte Objekte« empfinden – eine Klage, die von vielen Akteuren in Transformations-Forschungsprojekten immer wieder zu hören ist.

■ **Begriffsstrategie.** Die Verwendung des Begriffs »Reallabor« wird aus unterschiedlichen Perspektiven kontrovers diskutiert. So gibt es einmal die Ablehnung aus der Sicht der klassischen Laborforschung, weil das Reallabor die konstituierende Bedingung des Labors, nämlich die Kontrollierbarkeit der Randbedingungen, gerade nicht einhalte. Die Akteursakzeptanz wird genauso bemängelt wie die Unnötigkeit eines neuen Begriffes angesichts der längst erfolgten Etablierung von Begriffen und Praxen für experimentelle Designs wie z.B. die der »Modellprojekte« in der Stadtforschung. Die Erfahrungen mit einem

»real existierenden Sozialismus« als gesellschaftliches Realexperiment im Großmaßstab erklären die Reaktanz gegen den Begriff Reallabor bei vielen, die unter diesen »Realexperimenten« leiden mussten.

Vermutlich ist es aber gerade die Kraft zur Irritation, die die Begriffe »Reallabor« und »Realexperiment« so wirkmächtig macht, um die Notwendigkeit eines neuen transdisziplinären Forschungsmodus zum Verständnis von Transformationsprozessen zu diskutieren.

Das Reallabor-Forschungsprogramm des Landes Baden-Württemberg – Erprobung eines neuen Forschungsansatzes

Die vorangegangenen Abschnitte haben gezeigt: Reallabor-Forschung befindet sich noch am Anfang. Insofern ist es bedeutsam, dass das Potenzial von Reallaboren selbst in Experimenten erprobt wird, um das Potenzial dieses Forschungsmodus weiterzuentwickeln. Hierzu hat das Land Baden-Württemberg vor kurzem eine wichtige Grundlage gelegt, die im Folgenden skizziert wird. Die in Baden-Württemberg ausgewählten Projekte helfen dabei, das oft noch abstrakt wahrgenommene Konzept Reallabor ein Stück plastischer werden zu lassen.

Die Wissenschaftsministerin des Landes Baden-Württemberg, Theresia Bauer, hat im Jahr 2011 eine Expertenkommission mit der Erarbeitung von Vorschlägen für eine zu-

kunftsweisende Forschung für Nachhaltigkeit in Baden-Württemberg beauftragt. Die Schaffung von Reallaboren war das zentrale Element der im Jahr 2013 durch die Kommission vorgelegten Empfehlungen (MWK BADEN-WÜRTTEMBERG 2013). Das Ministerium initiierte daraufhin ein wettbewerbsorientiertes Förderprogramm zum Aufbau von Reallaboren, an dem sich alle baden-württembergischen Hochschulen beteiligen konnten. Im Oktober 2014 wurden sieben Reallabore für eine Förderung ausgewählt. Die sieben ausgewählten Labore illustrieren in anschaulicher Weise die Bandbreite möglicher Reallabore. Ihr Aufbau und ihre Weiterentwicklung kann selber als ein forschungspolitisches »Realexperiment« verstanden werden, das die Erfahrung mit Reallaboren erheblich erweitern wird.

Die sieben in Baden-Württemberg ausgewählten Reallabore (Tab. 1) machen die Vielfalt (urbaner) Reallabor-Forschung deutlich. Sie zeigen, dass es hoch interessante Reallabor-Zugänge auf Haushalts-, Quartiers-, Gesamtstadt- und Regionsebene gibt. Die Verschneidung mit spezifischen Themen wie Mobilität, Energie oder wie im Fall der Stadt Dietenheim mit der Re-Konfiguration einer Wertschöpfungskette, erweisen sich als vielversprechende Ansätze.

Um die baden-württembergischen Reallabore in den kommenden drei Jahren zu begleiten und ihre Potenziale für eine Reallabor-Forschung insgesamt zu heben, werden diese durch eine Begleitforschung unterstützt.

Tab. 1: Überblick über die sieben in Baden-Württemberg geförderten Reallabore
Quelle: http://mwk.baden-wuerttemberg.de/uploads/media/o84_PM_Anlage_Gef%C3%B6rderte_Reallabore.pdf

Name/Institution	Kurzbeschreibung des Ansatzes	Fokus
Reallabor »Nordschwarzwald« – Universität Freiburg/Hochschule Rottenburg	Ziel des Reallabors Nordschwarzwald ist es, ökologische, soziale und ökonomische Wirkungsbeziehungen sowohl innerhalb des Nationalpark Schwarzwald als auch zwischen Nationalpark und der Region Nordschwarzwald gemeinsam mit lokalen Akteuren mit Blick auf eine regionale Nachhaltigkeitstransformation zu analysieren, Ergebnisse zu bewerten und daraus konkrete Handlungsoptionen abzuleiten und umzusetzen.	Region
Reallabor »Textilstadt/-ketten Dietenheim« – Universität Ulm/Hochschule Reutlingen	Das Reallabor Dietenheim verknüpft zwei Reallabor-Perspektiven: Die nachhaltigkeitsorientierte urbane Revitalisierung der Textilstadt Dietenheim mit der nachhaltigkeitsorientierten Transformation der textilen Kette. Indem aktuell verwaiste Innenstadtfächen in der Stadt Dietenheim von Unternehmen und Akteuren der Dietenheimer Textilindustrie dafür genutzt werden, die gesamte textile Wertschöpfungskette, regional und transparent (gläserne Kette) für den Kunden erfahrbar zu machen, soll ein Impuls zur Veränderung des Textilkonsums ausgelöst werden.	Stadt
Reallabor »Future City Lab_Stuttgart: Reallabor für nachhaltige Mobilitätskultur« – Universität Stuttgart	Der Bezugsraum der Universität, Stadt und Region Stuttgart dient in diesem Reallabor als Experimentierraum für die Erforschung und Entwicklung nachhaltiger Mobilitätsvisionen und -praktiken. Das Reallabor kann dabei auf vielfältig schon laufende Mobilitäts-Modellversuche in der Region zurückgreifen.	Stadt

Name/Institution	Kurzbeschreibung des Ansatzes	Fokus
Reallabor »Urban Office/Internationale Bauausstellung« Heidelberg – Universität Heidelberg	Das Reallabor »Urban Office« verknüpft die im Rahmen der Internationalen Bauausstellung »Wissen macht Stadt« in Heidelberg stattfindenden Transformationsprozesse mit Forschungsdesigns zum demographischen Wandel, Fragen der partizipieren Stadtplanung, der Energiewende sowie zu den neuen »Wissensorten«.	Stadt
Reallabor Quartier 131 (Oststadt) Karlsruhe – KIT Karlsruhe	Das »Reallabor 131« (Quartier Karlsruhe-Oststadt) dient der partizipativen nachhaltigen Transformation eines Karlsruher Stadtteils. Anknüpfend an einen mehrjährigen Beteiligungsprozess werden themenspezifisch transdisziplinäre R131-Projekte in Kooperation mit lokalen Akteuren und Studierenden realisiert und beforscht. Eine »transdisziplinäre Infrastruktur« und »übergreifende Reallaboraufgaben« bilden die wissenschaftlich-organisatorische Basis für diesen Prozess.	Quartier
Reallabor »EnSign« – Reallabor für einen klimaneutralen Innenstadtcampus – Hochschule für Technik Stuttgart	Um eine Klimaneutralität für den innerstädtischen Hochschulcampus der HFT Stuttgart zu erreichen, soll im EnSign Reallabor eine umfassende Umsetzungsstrategie entwickelt, mit Akteuren aus Hochschule, Stadt und Region debattiert und in ersten innovativen Projekten – finanziert durch den Landesbetrieb Vermögen Bau – exemplarisch umgesetzt werden.	Haushalt
Reallabor »Space Sharing« Stuttgart – Akademie für bildende Künste Stuttgart	Stuttgart als urbane Wachstumsregion ist Beispiel dafür, wie die umbauten Volumina und Nutzflächen zunehmen, während die Nutzerdichte sinkt. Ziel des Reallabores »Space Sharing« ist es, Raumnutzungen des Gebäudebestands mit dem bestehenden Bedarf unterschiedlicher Nutzungen räumlich zu kombinieren und somit die Nutzungseffizienz von Gebäuden in urbanen Zentren zu steigern. Dazu werden sowohl in der Akademie der Künste als auch in ausgewählten Stadtteilen Experimentierräume und -flächen für ein Spacesharing aufgebaut.	Haushalt

Ausblick

Reallabore sind im Rahmen der Forschung über Transformationsprozesse »in Mode«. Trotz des noch anfänglichen Entwicklungsstandes, der berechtigten Bedenken gegen den Ansatz und der offenen Fragen spricht vieles dafür, dass der Zugang »Reallabor« eine interessante methodische Erweiterung ist, um das Verständnis komplexer gesellschaftlicher Transformationsprozesse zu verbessern. Mit dem Ansatz des Reallabores selber zu experimentieren ist daher genau der richtige Weg, um diesen methodisch weiterzuentwickeln. Mit dem Auflegen des ersten breit angelegten Reallabor-Forschungsprogrammes hat das Land Baden-Württemberg hierzu einen wichtigen Impuls gesetzt.

Literatur

- ALEXANDER, C./Ishikawa, S./Silverstein, M./Jacobson, M./Fiksdahl-King, I./Angel, S. (1977): *A Pattern Language. Towns, Buildings, Construction*. New York: Oxford University Press.
- BERGMANN, M./Jahn, T./Knobloch, T./Krohn, W./Pohl, C. (2010): *Methoden transdisziplinärer Forschung. Ein Überblick mit Anwendungsbeispielen*. Frankfurt a.M.: Campus.
- BERGVALL-KAREBORN, B./STAHLBROST, A. (2009): *Living Lab: an open and citizen-centric approach for innovation*, in: *International Journal of Innovation and Regional Development*, Vol. 1, 4/2009, S. 356-370.
- CAMPBELL, D. T. (1971): »Reforms as Experiments«, *Urban Affairs Review* 7(2): 133-71.
- CASS/PROCLIM (1997): *Forschung zu Nachhaltigkeit und Globalem Wandel: Wissenschaftspolitische Visionen der Schweizer Forschenden*. Bern 1997.
- DE FLANDER, K./Hahne, U./Kegler, H./Lang, D./Lucas, R./Schneidewind, U./Simon, K.-H./Singer-Brodowski, M./Wanner, M./Wiek, A. (2014): *Resilienz und Reallabore als Schlüsselkonzepte urbaner Transformationsforschung. Zwölf Thesen*. GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society 23(3): 284-286.

- FALK, A./HECKMAN, J.J. (2009): Lab Experiments Are a Major Source of Knowledge in the Social Science, in: *Science* 23 October 2009: Vol. 326 no. 5952, pp. 535-538.
- GRIN, J./Rotmans, J./Schot, J. (Hg.) (2010): *Transitions to Sustainable Development. New Directions in the Study of Long Term Transformative Change*. New York/London: Routledge.
- GROSS, M./Hoffmann-Riem, H./Krohn, W. (2005): *Realexperimente. Ökologische Gestaltungsprozesse in der Wissensgesellschaft*. Bielefeld: Transcript.
- HOPKINS, R. (2011): *The Transition Companion: Making Your Community More Resilient in Uncertain Times*. Totnes: Green Books.
- LIEDTKE, C./Welfens, M. J./Rohn, H./Nordmann, J. (2012): *LIVING LAB: user-driven innovation for sustainability*. *International Journal of Sustainability in Higher Education* 13(2): 106-118.
- LIEDTKE, C./Baedeker, C./Hasselkuß, M./Rohn, H./Griewitschus, V. (2014): *User-integrated innovation in sustainable LivingLabs: an experimental infrastructure for researching and developing sustainable product service systems*, in: *Journal of cleaner production*, 10.1016/j.jclepro.2014.04.070.
- MWK (Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst) BADEN-WÜRTTEMBERG (2013): *Wissenschaft für Nachhaltigkeit. Herausforderung und Chance für das baden-württembergische Wissenschaftssystem*. Stuttgart: MWK.
- MORTON, R. B./WILLIAMS, K. C. (2010): *Experimental Political Science and the Study of Causality: From Nature to the Lab*. Cambridge: Cambridge University Press.
- NEVENS, F./Frantzeskaki, N./Gorissen, L./Loorbach, D. (2013): *Urban Transition Labs: co-creating transformative action for sustainable cities*, in: *Journal of Cleaner Production* 50 (2013): 111-122.
- OVERDEVEST, C./Bleicher, A./Groß, M. (2010): *The Experimental Turn in Environmental Sociology: Pragmatism and New Forms of Governance*, in: Groß, M./Heinrichs, H. (eds): *Environmental Sociology: European Perspectives and Interdisciplinary Challenges* (pp. 279-294). Heidelberg: Springer.
- PARK, R. E. (1929): »The City as Social Laboratory«, in: Smith, T. V./White, L. D. (eds.): *Chicago: An Experiment in Social Science Research*. Chicago: Chicago University Press, S. 1-19.
- SCHNEIDEWIND, U. (2014): *Transformative Literacy. Rahmen für den wissensbasierten Umgang mit der »Großen Transformation«*. *GAIA*. 22:2, 82-86.
- SCHNEIDEWIND, U./SCHECK, H. (2013): *Die Stadt als »Reallabor« für Systeminnovationen*, in: Rückert-John, J. (Hrsg.): »Soziale Innovationen und Nachhaltigkeit«. Springer VS, Wiesbaden 2013, S. 229-248.
- SCHNEIDEWIND, Uwe/SINGER-BRODOWSKI, M. (2014): *Transformative Wissenschaft*. 2. Auflage, Marburg, Metropolis 2014.
- SCHOLZ, R. W. (2011): *Environmental Literacy in Science and Society. From Knowledge to Decisions*. New York: Cambridge University Press.
- SCHOLZ, R./TIETJE, O. (2010): *Embedded Case Study Methods*. Thousand Oaks: Sage Publications.
- TIDDENS, H.C.M. (2014): *Wurzeln für die lebende Stadt. Wie wir die Eigenverantwortung von Stadtteilen stärken können und warum diese mehr Wertschätzung verdienen*. München: Oekom 2014.
- WBGU (Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen) (2011): *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation. Hauptgutachten*. Berlin: German Advisory Council on Global Change.
- WBGU (Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen) (2014): *Klimaschutz als Weltbürgerbewegung. Sondergutachten*. Berlin: Germany Advisory of Global Change.



Dreißig Jahre Transformation und trotzdem noch ganz am Anfang? Der Wandel in Beckerich von der Agenda 21 zur *Transition Town*

Abstract

25 Jahre nach Beginn der lokalen Agenda 21 sind die Maßnahmen und Verständnisse lokaler nachhaltiger Entwicklungsprozesse vielfältig. Die Forschung zu lokalen Transformationen konzentriert sich zumeist auf einzelne zeitlich und thematisch abgegrenzte Phänomene des Wandels. In einer explorativen Fallstudie in der Luxemburger Gemeinde Beckerich wurde ein langjähriger Transformationsprozess auf die Zusammenhänge und Wechselwirkungen der einzelnen Maßnahmen untersucht. Es zeigte sich eine deutliche Kontinuität in der Entwicklung, die sich auf unterschiedliche Handlungsfelder ausbreitet und ein zunehmend konsequenteres Nachhaltigkeitsverständnis verfolgt.

Transition Towns als Bestandteil kontinuierlicher Transformationsprozesse

Transition Towns werden sowohl in der Forschung und der praxisorientierten Umweltbewegung verstärkt als alternative Experimentierfelder zukunftsfähiger Gemeinschaften betrachtet (BROWN et al. 2012; FELICETTI 2013; HAXELTINE & SEYFANG 2009), die meist außerhalb bestehender staatlicher Strukturen entstehen (MASON & WHITEHEAD 2012; STEVENSON 2011) und sich als Gegenbewegung hierzu verstehen (CHATTERTON & CUTLER 2008). Sie werden von Menschen gegründet, die aktiv zu einer nachhaltigeren Entwicklung in ihrer direkten Lebensumwelt beitragen wollen. Nach dieser Überlegung sind sich die Gründer von *Transition Towns* oder ähnlichen lokalen

Initiativen Widersprüchen und Paradoxa der derzeitigen gesellschaftlichen Entwicklung bewusst (BROWN et al. 2012). Wie aber können Räume geschaffen werden, in denen dieses Bewusstsein entstehen kann, also ein sanfter Wandel von lokalen Gruppen vorangebracht wird?

Dieser Beitrag befasst sich dem Thema *Transition Towns* aus der Perspektive der Transformationsbewegung anhand des Falls Beckerich, einer im ländlichen Westen Luxemburgs gelegenen 2.300 Seelen (STATEC 2014) umfassenden Kommune. Im Rahmen einer Masterarbeit, in enger Zusammenarbeit mit dem Forschungsprojekt SUSTAIN_GOV an der Universität Luxemburg, wurde der Wandel zu einer nachhaltigeren Entwicklung als kontinuierlicher 30-jähriger Transformati-



Jan-Tobias Doerr hat diesen Sommer für seine Masterarbeit im Studiengang Geography and Spatial Planning an der Uni Luxembourg explorativ zu dem 30-jährigen Transformationsprozess in Beckerich geforscht.

Dr. Constance Carr, Institut für Geographie und Raumplanung Universität Luxemburg, Luxemburg.

www.sustaingov.blogspot.de

onsprozess betrachtet. In der Feldforschung wurden qualitative Methoden angewendet, um den Transformationsprozess in dieser Gemeinde zu rekonstruieren und einzelne politische Maßnahmen aus Perspektive der (nachhaltigen) Subpolitik (BECK 1993) diskutiert. Hierzu wurden 14 vertiefende Interviews mit lokalen Akteuren gehalten und eine Dokumentanalyse durchgeführt.

In Beckerich wurde zu Beginn der 1990er Jahre im Geiste der lokalen Agenda 21 das Thema Umweltbildung ins Zentrum der Nachhaltigkeitspolitik gerückt. Es sollten auf kommunaler Ebene das Bewusstsein für die Dringlichkeit einer nachhaltigeren Entwicklung geschärft und lokale Handlungsansätze gefördert werden. Was hier als Agenda 21-Prozess begann, ist heute ein vielzitiertes Beispiel kommunaler nachhaltiger Entwicklung, welche sich längst auf verschiedene Gesellschaftsbereiche ausgeweitet hat.

So erzählt Beckerich viele Geschichten: Vom Aufbruch einer reaktionären, überalterten, landwirtschaftlich geprägten Kommune zu einem vielbesuchten Musterbeispiel progressiver, nachhaltiger Energiepolitik, und von den Entwicklungsdynamiken und -potenzialen einer Agenda 21-Initiative. Sie zeigt, welche Möglichkeiten einer Gemeinde offenstehen, wenn junge Menschen sich entschließen (können), in ihrer Heimat zu bleiben. Sie zeigt die Chancen und Grenzen einer

Nachhaltigkeitsmaxime, die mit zunehmender Konsequenz in die Lebensbereiche der Gemeinschaft und ihrer einzelnen Mitglieder vordringt. Heute zieht Beckerich junge Familien an und verfügt über eine bescheidene Start-up Szene im Bereich der erneuerbaren Energien. Darüber hinaus entstanden hier eine *Transition Town* und ein Zentrum für Umweltbildung sowie die erste Regionalwährung des Landes, der »BEKI«.

Lokale Transformation als langsamer, kontinuierlicher Prozess

Die Spurensuche kommt selbstverständlich nicht um die Identifikationsfigur des Wandels herum, den langjährigen Schöffen und Bürgermeister Camille Gira. Als junger Politiker der Luxemburger Grünen saß er bereits mit Anfang 20 im Gemeinderat. Heute empfängt er als Staatssekretär in seinem Büro im Obergeschoss des Luxemburger Ministeriums für nachhaltige Entwicklung und Infrastruktur. Von dem Büro, am Rande des metropolitanen Stadtteils Kirchberg in Luxemburg-Stadt gelegen, kann man – die Büroviertel der Finanzwirtschaft und europäischen Institutionen im Rücken – über die Altstadt hinweg bis weit in den ländlichen Westen blicken, vielleicht sogar bis Beckerich.



Abbildung 1: Beckerich aus der Luft.

Quelle: Julia Schrell,
dmillenasbl.blogspot.com
(15.09.2014)

Bewusstsein und Verantwortung

Eine kleine Gruppe junger Beckericher¹ hatten sich, anders als viele ihrer Freunde, entschlossen, in ihrer Gemeinde zu bleiben. Sie waren es leid, so Gira, dem Verfall ihrer Heimat zuzusehen. Gemeinsam mit einem Hobbyhistoriker erkundeten die *Geschichtsfreunde Beckerichs* das kulturelle Erbe der Region, sammelten Bilder und Berichte. Die Erkenntnisse wurden in Themenabenden und Broschüren veröffentlicht und bei Baumaßnahmen und Renovierungsarbeiten eingebracht. Als sich Mitte der 1980er Jahre schließlich eine große Mineralwasserfirma ansiedelte, konnten durch das gesteigerte Budget der Gemeinde öffentlichen Räume unter Berücksichtigung des kulturellen Erbes erneuert werden. So wird die Wiedererweckung einer lokalen Identität Anfang der 1980er Jahre von vielen Beckerichern als Grundstein der Transformation empfunden.

Das Engagement der Geschichtsfreunde wurde schließlich Anfang der 1990er Jahre mit der Wahl Giras zum Bürgermeister bestätigt. Im Geiste der UN-Konferenz in Rio de Janeiro 1992 stand zu jener Zeit die Umweltbildung im Mittelpunkt der Kommunalpolitik. In Zusammenarbeit mit Bewohnern und Anhängern der Luxemburger Grünenbewegung wurden Infokampagnen über Klimawandel und globale Verantwortung und Abhängigkeit des Dorfes durchgeführt. In diesem Zusammenhang wurde beschlossen, Dörfer in der südlichen Hemisphäre mit einem Solidarbeitrag von 0,7 % der jährlichen Gemeindeeinnahmen zu unterstützen. Wie in vielen anderen Agenda 21-Kommunen wuchs auch hier das Verständnis über die eigene Identität zu einem neuen Bewusstsein der Verantwortung sich selbst wie auch anderen Orten gegenüber. Fragen inter- und intragenerationaler Gerechtigkeit und die Beziehung zur Umwelt rückten in den Mittelpunkt der politischen Diskussion. Aus diesem gesteigerten Bewusstsein wurden schließlich politische Maßnahmen und Beschlüsse erarbeitet. In einer von engagierten Bürgern ins Leben gerufenen Umweltkommission wurde beispielsweise ein Umweltkonzept erarbeitet, in dem Maßnahmen zur Energieeffizienz und Vorschläge für die Verbreitung von erneuerbaren Energieträgern in der lokalen Ver-



waltung entwickelt wurden. Darüber hinaus beschloss Beckerich mit fünf anderen Luxemburger Kommunen im *Klimabündnis* die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes und lobte die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern als ein Ziel der Gemeindeentwicklung aus.

Während der Anfangsphase in den frühen 1990er Jahren stand die Mehrheit der Bevölkerung in Beckerich der grünen Bewegung skeptisch gegenüber. Gira holt noch heute tief Luft und zieht die Schultern zusammen, wenn er schildert, wie seine Mitstreiter und er sich gegen Verurteile, Unwissen und Polemik zur Wehr setzen mussten. Nachdem der Kommune jedoch 1996 für Maßnahmen der Umweltbildung und der Energiepolitik der Dorferneuerungspreis verliehen wurde, wendete sich das Blatt. Es schien, so Gira, als hätte die Anerkennung von außen den Sinn der Maßnahmen bestätigt. Bürger, die in den politischen Auseinandersetzungen die Opposition einnahmen, sprachen nach außen dennoch mit Stolz über ihre Heimat. Gira denkt noch heute gern daran zurück, wie eine Beckericher Delegation von rund 50 Leuten nach München reiste, um den Preis anzunehmen und voller Elan und Tatendrang für eine Fortsetzung des Wandels zurückkehrte.

Energiepolitik als Instrument der Umweltbildung

Die folgenden 10 Jahre schließlich standen ganz im Zeichen der Selbstversorgung aus erneuerbaren Energien. Die selbst gesteckten Ziele wurden schnell erreicht und korrigiert. Sicherlich sind der verringerte CO₂-Abdruck, die zunehmende Unabhängigkeit der Ener-

Abbildung 2: Staatsminister Camille Gira.

© 2014 SIP / Yves Kortum, alle Rechte vorbehalten

¹ Werden im Folgenden Personengruppen ausschließlich mit der männlichen Form bezeichnet, so geschieht dies zu Gunsten einer besseren Lesbarkeit. Es sind in jedem Fall selbstverständlich alle Geschlechter gemeint.

gieversorgung und auch die Entwicklung eines für die Kommune bedeutsamen Wirtschaftssektors wichtige Errungenschaften. Die Energiepolitik lässt sich jedoch noch aus anderer Perspektive betrachten: Wie Gira betont, zeigte sich hierüber nämlich grundsätzlich die Praktikabilität alternativer Handlungswege. Die Landwirte gründeten eine Kooperative zur Errichtung einer Biogasanlage und lernten so neue Kooperationsformen und alternative Wirtschaftsweisen kennen. Zwar wurde der Erfolg durch massive Unterstützung des Staates abgesichert. Dennoch konnten mit diesen relativ einfachen Maßnahmen tradierte Mentalitäten aufgebrochen und zumindest Toleranz für weitere Maßnahmen geschaffen werden.

Inklusion, Partizipation und Konsultation in Kommunalpolitik

Im Gespräch mit Camille Gira wurde deutlich, dass es für den Wandel in Beckerich bis heute nicht das Engagement der gesamten Bevölkerung brauchte, sondern vielmehr das Vertrauen einer Mehrheit in die Maßnahmen einer Gruppe von Initiatoren. Diese brächten neue Ideen und Energie in die Gemeindeentwicklung ein, welche dann in den offenen, partizipieren Strukturen verhandelt würden.

Die politischen Strukturen sind eine weitere zentrale Facette und Bedingung des lokalen Wandels. In Luxemburger Majoritätsgemeinden – dies sind solche, in denen die Gemeinderatsmitglieder direkt und nicht über Parteilisten gewählt werden – werden zu Beginn einer jeden Legislaturperiode Kommissionen gegründet, die zu bestimmten Themen Handlungsvorschläge für den Gemeinderat erarbeiten. Als erste Kommune in Luxemburg wurden diese Kommissionen in Beckerich bereits in den frühen 1980er Jahren für alle Bürger geöffnet. Zu Beginn einer jeden Periode können alle Bürger gemeinsam darüber entscheiden, welche Themen in den Kommissionen behandelt werden sollen. Hierbei war auch eine Stärken-Schwächen-Analyse (SWOT) von großer Bedeutung. Zwischen den Legislaturperioden kommen an einem Wochenende interessierte Bürger zusammen um gemeinsam über die Entwicklung zu reflektieren und Ziele für die Zukunft zu diskutieren. Moderiert wird die Diskussion von einem außenstehenden Moderator.

Auch in kommunalen Bauvorhaben werden konsultative Verfahren angewendet. Darüber hinaus wird versucht, sowohl wirtschaftliche, als auch ökologische und kulturelle

Nachhaltigkeitsthemen als Kernkriterien zu verankern. In einer Schule einer Nachbargemeinde wurde zum Beispiel die Anlage zur Aufbereitung der Solarenergie mitten auf dem Schulhof platziert, damit Kinder sich beim Spielen fragen, was das denn wohl sei. Die Umnutzung einer großen kommunalen Liegenschaft in das heutige Kultur- und Veranstaltungszentrum *d'Millen* wurde nach diversen Versammlungen und Begehungen gemeinsam beschlossen. Ein lokaler Architekt bemerkte hierzu, dass die Projekte in Beckerich in der Regel länger dauern als geplant und wesentlich teurer würden als andernorts. Allerdings seien die Nutzer der Anlagen dafür sehr zufrieden.

Diese offenen Entscheidungsfindungsprozesse ermöglichen es den Bürgern, sich nach eigenen Interessen und Fähigkeiten direkt in die Kommunalpolitik einzubringen, Gira spricht hierbei von einer Beckericher *Schwarzintelligenz*. Er schätzt, dass die Gruppe der politisch aktiven Bürgern lediglich 100 bis 150 Menschen betrage, die Gruppe des »harten Kerns« sei noch wesentlich kleiner. Die *schweigende Mehrheit* habe Vertrauen in diese Gruppe und lässt ihr großen Handlungsraum.

Mit zunehmender Verbreitung dieser progressiven Reputation hat Beckerich weitere Menschen angezogen, die dort ideale Bedingungen sahen und sehen, ihre Ideen umsetzen zu können. Im Bereich der Energiewirtschaft hat sich zum Beispiel eine kleine Gruppe von Ingenieur- und Beratungsbüros angesiedelt, was im lokalen *Energiepark Reiden* zur Entstehung einer Art Cluster führt. Ein Beckericher Ingenieur, seit Beginn der 1990er Jahre in Energiepolitik und Umweltbildung engagiert, hat die Energiepolitik stark vorangebracht. Er kann, um ein Modewort der *Transition Studies* einzudeutschen, als *Ökopreneur* (GIBBS 2009) betrachtet werden.

Ausweitung der Transition auf andere Gesellschaftsbereiche

Auf die Frage, wie er den Wandel in seiner Geschichte charakterisieren würde, zeichnet Gira auf den Zettel der Interviewanfrage eine exponentielle Kurve, mit einem Kreuz am Ende des Knicks, bevor sich die Darstellung in die Vertikale begibt. Er versteht den Wandel als sich selbst tragende und verstärkende Entwicklung, seine eigene Rolle habe sich schon seit langem vom Initiator zum Vermittler bzw. Moderator gewandelt. Die jüngsten Entwicklungen scheinen diese An-



nahme zunächst zu bestätigen: Es hat sich in der Gemeinde eine *Transition Town* in Verbindung mit einem Zentrum für ökologisches Lernen (CELL) angesiedelt. Außerdem wurde eine Regionalwährung, der BEKI, entwickelt. Diese Maßnahmen haben gemeinsam, dass sie von Menschen geführt werden, die im Gegensatz zur Initiatorengruppe in den 80er und 90er Jahren nicht aus Beckerich selbst kommen, sondern von außerhalb zugezogen sind. Es werden also über den ökonomisch durchaus rentablen Wandel nun auch Projekte durchgesetzt, die tradierte Muster der sozialen Interaktion hinterfragen.

Hierzu passt, dass diese Maßnahmen von den Beckerichern als fundamentaler und progressiver eingeschätzt werden als die Entwicklungen bis Mitte der 2000er. Allerdings ist der BEKI auf Widerstand der Bevölkerung gestoßen; auch der heute amtierende Bürgermeister Thierry Lagoda stand dem Projekt anfangs ablehnend gegenüber. Erst mit Hilfe einer Unterstützergruppe aus anerkannten Personen der lokalen Wirtschaft konnte die Zustimmung in der Bevölkerung erlangt werden.

Auch die *Transition Town* läuft schwieriger an, als von der Initiatorin erhofft. Die Leute seien zwar interessiert und auch konservative Politiker aus anderen Kommunen würden in den Kursen vorbeischaun. Allerdings sei die gemeinsame Entwicklung landwirtschaftlicher Strategien doch schwierig, denn die Menschen seien sehr vorsichtig, sich regelmäßig in dem Projekt zu engagieren. Das progressive Image Beckerichs scheint der Entwicklung der lokalen Mentalität voraus zu eilen.



Weiterwandeln – aber wohin?

In Gesprächen mit politisch aktiven Beckerichern erscheint es, als stoßen die aktuellen Maßnahmen an die Grenzen der Akzeptanz in der Bevölkerung: Sie gehen über das Ziel des wirtschaftlichen Mehrwerts hinaus und bringen womöglich tiefere Einschnitte in den Lebensalltag mit sich. In diesem Phänomen sind Parallelen zur Akzeptanz der Umweltbildung zu Beginn der 1990er Jahre zu erkennen. Es stellt sich die Frage, wie die Entwicklung weiter voranschreitet, wenn nun konsequentere Nachhaltigkeitsverständnisse durchgesetzt werden sollen: Sind die Grundlagen solide genug für die Entwicklung wirklich alternativer Wirtschafts- und Produktionsformen, wie sie etwa von Hopkins (2008) in der *Transition Town*-Literatur vertreten werden? Konnte, wie in vielen Publikationen über gesellschaftliche Transformation gefordert, tatsächlich ein Wertewandel in Beckerich erreicht werden? Oder sind jetzt die Grenzen der Akzeptanz bzw. Toleranz dieses Modells erreicht?

Camille Gira ist hier optimistisch. Seiner Meinung nach habe die Entwicklung in Beckerich schon seit langem eine erhebliche Eigendynamik entwickelt. Große Hoffnung setzt er in die neue Generation politisch aktiver Menschen, die nach Beckerich gezogen sind. In Anbetracht der starken Migration aufgrund des grünen Images sind allerdings unterschiedliche Auffassungen zwischen den Neu- und Altbeckerichern über eine nachhaltige Kommunalpolitik zu erwarten. Das Bewusstsein für Themen der Nachhaltigkeit scheint in der Bevölkerung deutlich höher zu

Abbildung 3 (links): BEKI-Noten.

Quelle: Max Hilbert, www.beki.lu (15.09.2014)

Abbildung 4 (rechts): *Transition Town* Beckerich.

Quelle: Swantje Reuber, Centre For Ecological Learning Luxembourg

sein als in den meisten anderen Kommunen in Luxemburg, der Trinkwasserverbrauch liegt beispielsweise etwa 20% unter dem nationalen Durchschnitt. Grundsätzlich mochte allerdings kein Interviewpartner so etwas wie einen Wertewandel in Beckerich bestätigen. So bemerkte eine Bürgerin, es sei dort heute so wie in vielen grünen Vorzeigestädten: »Die Leute haben immer noch zwei Autos – nur eines davon ist jetzt elektrisch«.

Beckerich ist bei weitem nicht einzige Kommune mit starker Migration in Luxemburg. Sie unterscheidet sich von anderen Wohnortgemeinden aber dadurch, dass junge Menschen, anders als den so genannten *Schlafgemeinden*, wegen der hohen Lebensqualität hierherziehen und nicht etwa aufgrund niedriger Mieten oder der Nähe zum Arbeitsplatz. Die Konflikte angesichts unterschiedlicher Nachhaltigkeitsverständnisse hat es in Beckerich immer gegeben und wurden bisher erfolgreich gelöst. Der Transformationsprozess braucht wohl immer noch einen Moderator dieser Konflikte, wie es der frühere Bürgermeister lange Zeit gewesen ist.

Ausblick

Die Gemeinde Beckerich blickt auf einen langen Pfad in Richtung Nachhaltigkeit zurück, der stetig breiter und fester geworden zu sein scheint. Nach Einschätzung von Camille Gira schreitet die Transformation sehr eigendynamisch voran, nicht zuletzt auch mit Blick auf die Verbreitung des Transformationsgedankens über die Gemeindegrenzen hinaus. Gleichwohl scheint die Gemeinde de facto noch am Anfang ihrer Entwicklung in diese Richtung zu stehen. Diese Schlussfolgerung ergibt sich nicht nur vor dem Hintergrund der möglichen weiteren Projekte in Beckerich, sondern auch in Anbetracht der kapitalismuskritischen Ansichten vieler politisch aktiver Bürger.

Es bleibt also eine Frage des Standpunkts, wie die Situation in Beckerich derzeit gedeutet werden kann. Der Wandel der letzten 30 Jahre ist beeindruckend, vor allem in Anbetracht dessen, dass eine Art gesamtgesellschaftliche Transformation angestrebt wird. Diese verläuft zwar bisweilen zäh und langsam, allerdings wird die schrittweise Veränderung von Entscheidungsfindungsprozessen, Versorgungsstrukturen und vielleicht auf lange Sicht auch des Verständnisses von Wohlstand gemeinsam von der gesamten Bevölkerung vollzogen.

Die behutsamen Maßnahmen, die nach Gira in ihrer Reihenfolge durchaus geplant waren, haben also ein Fundament geschaffen, auf dem kontinuierlich weitergebaut werden kann. In diesem Sinne könnte die Verabschiedung von Camille Gira als Bürgermeister und sein Wechsel in die Regierung auch als Chance gesehen werden, denn die politischen Entwicklungen werden nun auf weitere Schultern und Köpfe verteilt. Der Zuzug von engagierten jungen Menschen birgt ein großes Potenzial für die weitere Transformation, bringt damit aber auch neue, vielleicht fruchtbare Konflikte mit sich.

Schlussbemerkungen

Unter www.beckerich.lu sind umfassende Informationen und Publikationen der Gemeinde erhältlich. Das Kultur- und Tourismuszentrum d'Millen (<http://dmillenasbl.blogspot.de/>) bietet die Energietouren, sowie Führungen und Informationsveranstaltungen an.

Das vergleichende Forschungsprojekt zur Stadtentwicklung in Luxemburg und Zürich *Sustain_Gov* wird durch den Fonds Nationale de la Recherche gefördert. Weitere Informationen unter www.sustaingov.blogspot.de

Quellen

- ADMINISTRATION COMMUNALE DE BECKERICH (2014): Die Gemeinde stellt sich vor. www.beckerich.lu (aufgerufen am 1. September 2014)
- BECK, U. (1993): Die Erfindung des Politischen: Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung. Suhrkamp.
- BROWN, G., KRAFTL, P., & PICKERILL, J. (2012): Holding the future together: towards a theorisation of the spaces and times of transition. *Environment and Planning A*, 44(7), 1607–1623. doi:10.1068/a44608
- BURKE, B. J., & SHEAR, B. (2014): Introduction : engaged scholarship for non-capitalist political ecologies, 127–144.
- CHATTERTON, P. & CUTLER, A. (2008): *The Rocky Road To A Real Transition* (pp. 1–42).
- FELICETTI, A. (2013): Localism and the Transition movement. *Policy Studies*, 34(5-6), 559–574. doi:10.1080/01442872.2013.862449
- FEOLA, G., & NUNES, R. J. (2013): Failure and Success of Transition Initiatives : a study of the international replication of the Transition Movement, (August).
- GIBBS (2009): Sustainability Entrepreneurs, Ecopreneurs and the Development of a Sustainable Economy. *Greener Management International* (55), pp. 63-78.
- HAXELTINE, A., & SEYFANG, G. (2009): Transitions for the People : Theory and Practice of “ Transition « and “ Resilience « in the UK ’ s Transition Movement, (July).
- HOPKINS, R. (2008): *The Transition Handbook: From Oil Dependency to Local Resilience*. UIT Cambridge Ltd.
- MASON, K., BROWN, G., & PICKERILL, J. (2013): Epistemologies of Participation, or, What Do Critical Human Geographers Know That’s of Any Use? *Antipode*, 45(2), 252–255. doi:10.1111/j.1467-8330.2012.01049.x
- MASON, K., & WHITEHEAD, M. (2012): Transition Urbanism and the Contested Politics of Ethical Place Making. *Antipode*, 44(2), 493–516. doi:10.1111/j.1467-8330.2010.00868.x
- STEVENSON, N. (2011): Localization as subpolitics: The Transition Movement and cultural citizenship. *International Journal of Cultural Studies*, 15(1), 65–79. doi:10.1177/1367877911411793
- STATEC (2014) : « Population par canton et commune 1821 – 2014 » http://www.statistiques.public.lu/stat/TableViewer/tableView.aspx?ReportId=397&IF_Language=fra&MainTheme=2&FldrName=1 (aufgerufen am 14. September 2014)





Ausgabe III|2014

Weihnachtsmarkt Dortmund (Foto: Klaus Selle)

Umschau

pnd | online
www.planung-neu-denken.de



Qualifizierte Dichte im Städtebau*

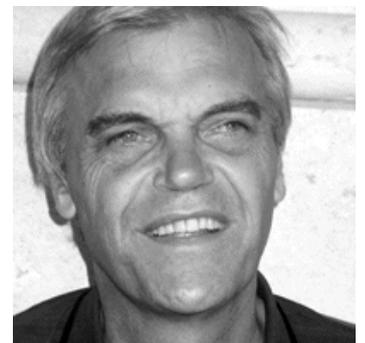
Die fachliche und gesellschaftliche Bewertung von städtebaulicher Dichte ist einem ständigen Wandel unterworfen; sie ist von den allgemeinen Bedingungen der Stadtentwicklung nicht zu trennen. Zu Beginn des vorigen Jahrhunderts war eine hohe Baudichte Synonym für die städtebaulichen und sozialen Missstände, da sie einher ging mit einer sehr hohen Belegungsdichte der Wohnungen. In dem Maße, wie sich die Belegungsdichte verringerte und dem Einzelnen mehr Platz und besser ausgestatteter Wohnraum zur Verfügung standen, verlor die hohe Baudichte zumindest in Europa ihren Schrecken, und es konnten deren Vorzüge in den Vordergrund gerückt werden.

Heute ist für viele Planer hohe Baudichte ein wichtiges städtebauliches Ziel. Sie gilt als eine Voraussetzung für städtische Vielfalt und Kontaktdichte, für eine gute Auslastung städtischer Infrastruktur und für einen verantwortlichen, weil sparsamen Umgang mit Grund und Boden. Allerdings sind zugleich auch die Grenzen zu betonen. Um es am Beispiel der Ökologie deutlich zu machen: Hohe Baudichten mögen Flächen sparen, führen aber durch tiefe Gründung und hohen Versiegelungsgrad zu einer Veränderung der Bodenprofile, der Abflussverhältnisse usw. Örtliche Regenwassersysteme sind unmöglich, wenn über die Hälfte der Fläche eines Baugebiets versiegelt bzw. überbaut ist. Irgendjemand hat es auf die plakative Formel gebracht: entweder Flächen sparend und Boden belastend

oder aber Flächen verschwendend und Boden schonend.

Ähnliche Abwägungen müssen bekanntlich auch für die Optimierung der Solarenergie vorgenommen werden. Die Abkühlungsverluste sind durch kompakte Bauweise zu minimieren und die Einstrahlungsgewinne dadurch zu optimieren, dass ein möglichst großer Teil der Gebäudehülle der direkten Sonneneinstrahlung gerade in den Jahreszeiten mit niedrig stehender Sonne ausgesetzt ist. Bei dichter Bebauung mit knappen Gebäudeabständen sind der Solarenergiegewinn wegen der Verschattung schnell Grenzen gesetzt sind.

In manchen Städten ist es aus stadtklimatischen Gründen wichtig, dass Frischluftschneisen erhalten bleiben und Hochhäuser nicht der Zufuhr frischer Luft im Weg stehen.



Prof. Dr. Johann Jessen ist Stadtforscher und Hochschullehrer für Orts- und Regionalplanung am Städtebau-Institut (Universität Stuttgart). Seine Arbeitsschwerpunkte umfassen: Reurbanisierung, Stadtumbau im internationalen Vergleich, Innovationsprozesse in der räumlichen Planung

* Dieser Beitrag erschien in *nodium* – Zeitschrift des Alumni-Clubs Landschaft TU München, Ausgabe #6/2014, S. 70-77

Zumindest in einigen Städten sind auch aus diesem Grund selbst in zentralen Lagen der Verdichtung Grenzen gesetzt.

Die ökologischen Belange sind dabei nur ein Aspekt, wenn es um die städtebaulich qualifizierte Festlegung von Baudichten geht. Was qualifiziert überdies städtebauliche Dichte? Sie ist immer als Teil einer Konstellation aus Standort (1), Nutzung (2), städtebaulicher Form (3), Freiraum (4) und sozialem Kontext (5) zu bewerten und damit immer auch Gegenstand einer komplexen Abwägung, der sich Planerinnen und Planer in ihrer Arbeit täglich stellen müssen. Dieser Beitrag geht neueren Tendenzen nach und illustriert sie an Beispielen.

Baudichte und Standort

Es gehört zu den wenigen festen Regeln der Stadtplanung, dass jede Dichte ihren Ort hat. Eine höhere Baudichte als Voraussetzung für eine höhere Einwohner- und Beschäftigtendichte ist umso angebrachter, je zentraler der Standort ist bzw. je besser er erreichbar ist. Dies wird gewöhnlich indiziert durch die Bodenpreise. Je höher die Bodenpreise, desto höher auch die erwartbaren Baudichten. Dies ist aber grundsätzlich auch ein Gebot planerischer, ökologischer und ökonomischer Vernunft. Dies wird vor allem dann deutlich, wenn gegen diese Regel verstoßen wird. Falsche Dichte am falschen Ort erweist sich dann bisweilen mittel- oder langfristig als teurer Fehler.

Man muss nicht auf die peripher gelegenen Großsiedlungen wie *Köln-Chorweiler* oder *Berlin-Gropiusstadt* aus den 1960er-Jahre verweisen, um Beispiele für zu hohe Dichte an falscher Stelle zu nennen. Hierzu gehört sicherlich auch die erste Ausbaustufe der *Wasserstadt Oberhavel* in Berlin in den 1990er-Jahren. Dies kommt in der Regel dadurch zustande, dass es zum Zeitpunkt ihrer Entstehung keine Korrektur durch einen entspannten Wohnungsmarkt gab. Es ist kein Zufall, dass diese Bestände, wie die Platten-siedlungen im Osten deutlich zeigen, sehr oft früher oder später auf dem Wohnungsmarkt ins untere Segment durchgereicht werden oder aber auf Dauer durch immer neue Modernisierungsinvestitionen gepöppelt werden müssen.

Es gibt auch das Gegenteil, zu niedrige Dichte am zentralen Standort. Dazu ein Beispiel aus Stuttgart. Dort wurden sehr hochpreisige Reihenhäuser, ausnahmslos von

international bekannten Architekten entworfen und im Rahmen der *IGA Expo* 1993 im Stuttgarter Nordbahnhofviertel am Rande eines hoch verdichteten Arbeiterquartiers aus der Gründerzeit gebaut. Sie blieben jahrelang unverkauft und mussten dann vermietet werden. Bei der Entwicklung von Wohngebieten ist des Weiteren die Herabstufung der Dichte als Reaktion auf Marktentwicklungen nicht selten. Wenn es heißt: Nur noch Einfamilienhausbau läuft, dann wird der Bebauungsplan geändert und die ursprünglich als optimal angesehene Dichte herabgesetzt, damit die Entwicklung des Gebiets überhaupt voran geht. So kommt es, dass es auf einer wichtigen Entwicklungsfläche direkt hinter dem *Darmstädter Hauptbahnhof* statt dichtem Geschosswohnungsbau Einfamilienreihenhäuser entstanden sind: zu niedrige Baudichte am hoch zentralen Standort, vermutlich weil die planerische oder politische Geduld, auf eine wachsende Nachfrage zu warten, gefehlt hat. Sicher anders zu bewerten ist die Strategie in den schrumpfenden Städten mit entspannten Wohnungsmärkten, wo auf den Brachen innerstädtischer Quartiere Reihenhausbau niedrigerer Dichte entstehen, die in deutlichem gestalterischen und städtebaulichen Kontrast zur Umgebung stehen (*Leipzig Stallbaumstraße*).

Was gibt es im Zusammenhang zwischen Dichte und Standort an neueren Entwicklungen? Neu scheint hier zu sein, dass in schnell wachsenden Metropolen wie Kopenhagen, Amsterdam oder Barcelona bei zentralen Großprojekten der Stadtentwicklung die Frage nach der richtigen Baudichte für den jeweiligen Standort nicht gestellt wird, sondern mit einem massiven Einsatz an Mitteln ein Standort hoher Dichte kreiert wird, nahezu unbekümmert um die tatsächliche Lage und Erreichbarkeit des Standorts und allein im Vertrauen auf den Wachstumsdruck und die Attraktivität des selbst geschaffenen neuen Standorts.

Ein Beispiel hierfür ist die städtebauliche Verdichtung am äußersten Ende der Verlängerung der *Diagonal in Barcelona/Forum* 2004 vor zehn Jahren. Hier ist ein neuer Entwicklungsschwerpunkt und Entlastungsstandort in peripherer Lage mit äußerst großem Investitionsaufwand entstanden. Die zahlreichen Investitionsruinen zeigen, dass sich die Stadtpolitiker und -planer von Barcelona, die man ja sonst wegen ihrer Kompetenz, ihres Augenmaßes und ihrer Entschlossenheit nicht genug loben konnte, hier in den Maßstäben und den Dichten überhoben haben, auch weil

sie an einem zu weit vom eigentlichen Zentrum liegenden Standort realisiert wurden.

Baudichte und Nutzung

Es gibt inzwischen einen Konsens, dass bauliche Dichte allein nicht ausreicht, damit städtische Vielfalt entsteht. Eine möglichst kleinräumige Mischung unterschiedlicher Nutzungen gehört auch dazu. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass es leichter ist, eine vorhandene feinkörnige Mischung in bestehenden Quartieren zu erhalten, wie wir sie aus den innenstadtnahen Altbauquartieren kennen, wo sich diese Mischung kontinuierlich erneuert. Eine große Herausforderung ist es dagegen, eine feinkörnige Nutzungsmischung in neuen Quartieren zu generieren. Dass dies möglich ist, beweist das weithin bekannte Beispiel des *Französischen Viertels* in Tübingen. Allerdings ist hierfür ein sehr großes Engagement der Stadtverwaltung erforderlich, was vermutlich auch der Grund dafür ist, dass dieses erfolgreiche Beispiel des Parzellenstädtebaus bisher kaum Schule gemacht hat. Deutlich schwieriger ist es, Nutzungsmischung in neuen Stadtteilen an der Peripherie zu erzeugen; aber auch das kann gelingen, wie das Beispiel *Scharnhäuser Park* in Ostfildern zeigt. Dort ist an einem peripheren Standort in einer Randgemeinde der Stadt Stuttgart ein neuer Stadtteil für 12.000 Einwohner und 2.500 Arbeitsplätze geplant worden. Das inzwischen fast fertig gestellte Quartier hat diese Zielzahlen, die von vielen anfangs bezweifelt wurden, auch erreicht. In unmittelbarer Nachbarschaft zum Wohngebiet ist auf dem ehemaligen amerikanischen Militärgelände ein attraktives Gewerbegebiet entstanden. Sicherlich kam der positiven Entwicklung des gewerblichen Standorts die günstige Lage zur Autobahn Stuttgart-München, zum Flughafen Stuttgart und zur Neuen Landesmesse entgegen.

Sind auch für den Zusammenhang von Dichte und Nutzung neuere Entwicklungen zu beobachten? Man kann, überwiegend im Ausland, bisweilen einen neuen Mut zu gewagten, »herben Mischungen« von Nutzungen beobachten. Gemeint ist damit die in dichten Quartieren bewusst herbeigeführte oder in Kauf genommene Nachbarschaft insbesondere der Wohnnutzung zu anderen Nutzungen, die man gewöhnlich für unvereinbar halten würde.

Hierzu zählen ohne Frage die höchstpreisigen neuen Apartmentwohnungen in

den Stadtvillen im *Frankfurter Westhafen*. Sie befinden sich zwar direkt am Wasser, aber zugleich in Sicht- und Hörweite des Kohlekraftwerks am Main. Teil herber Mischung sind auch neue Wohnbauvorhaben, die in *Zürich-West* entstanden sind, in Nachbarschaft zu aufgeständerten Stadtautobahnen, publikumsintensiven Kultureinrichtungen und weiterhin produzierenden Betrieben samt ihren Nebenflächen. Gleiches gilt für die Wohnapartments in *Manchester Castlefield*, die als Pionierbauten in ein abgewracktes Gewerbequartier gestellt wurden. Schließlich wird in manchen komplexen Bauprojekten bewusst eine spektakuläre Mischung von Nutzungen gewagt – ein Beispiel hierfür ist der *St.-Jakobs-Park* von Herzog/de Meuron, wo Wohnungsbau und Fußballstadion miteinander verknüpft wurden. Auch dort sollte man sich in der Bewertung zurückhalten, ob hier planerischer Mut und visionäre gestalterische Kraft walteten oder ob man verantwortungslos neue Gemengelagen und damit die Sanierungstatbestände von morgen geplant hat. Dies wird sich vermutlich erst in einigen Jahren absehen lassen.

Baudichte und Bauform

Jeder Stadtplaner lernt im Studium, dass es nur einen lockeren Zusammenhang zwischen städtebaulicher Form und Dichte gibt, d. h. dass sich aus der Baudichte nicht zwingend eine bestimmte Bauform ergibt und umgekehrt Quartiere gleicher Bauform (Blöcke, Zeilen) sehr unterschiedliche Baudichten aufweisen können.

Bezogen auf den Städtebau neuer Quartiere konnte in den vergangenen 20 Jahren beobachtet werden, wie sich auf ganzer Linie ein Paradigmenwechsel vollzogen hat. Der Städtebau der Moderne mit den freistehenden Solitären, der fließenden Landschaft, der getrennten Funktionen und Verkehrsarten ist ersetzt worden durch den Städtebau, der sich am Leitbild der kompakten, durchmischten Stadt orientiert: Rückkehr von Block, Korridorstraße, Plätzen und Promenaden sowie belebten und genutzten Erdgeschosszonen. Seinen Anfang hat dies wohl mit dem IBA-Projekt Ritterstraße in Berlin genommen. Dies ist zum Grundmuster nahezu aller neuen Stadtteile (z.B. *Hannover-Kronsberg*, *Potsdam-Kirchsteigfeld*, *München-Riem* und andere) geworden, die in den 1990er-Jahren begonnen wurden und zum Teil jetzt noch

gebaut werden, ob am Stadtrand oder auf innerstädtischen Brachen.

Gibt es jenseits dieser inzwischen vertrauten Hinwendung zum Städtebau der »Europäischen Stadt« neuere Tendenzen in den städtebaulichen Formen, in denen dichte Quartiere gebaut werden? Vor allem in den großmaßstäblichen Stadtumbauten in Zentrallagen, oft am Wasser, finden sich neue städtebauliche Konfigurationen, die sich formal und in den Dimensionen an der alten großmaßstäblichen Speicher- und Industrie-architektur orientieren. Gerade in Hafenanlagen sollen sie bewusst als Superzeichen weit sichtbare Signale setzen. Voluminöse, große, monolithische Einzelbausteine werden in Kopenhagen (*Örestad*) und *Amsterdam-Hafen*, *Almere-Zentrum* (NL) gruppiert oder mit »Teppichstrukturen« kleinteiliger Gebäude umgeben.

In beiden Fällen sind sie eine Abkehr von der gründerzeitlichen Ordnung in Straße und Block, sie haben aber auch nichts mit dem Städtebau der Moderne und seiner Vorstellung von Gebäudesolitären in einer fließenden Landschaft gemeinsam. Durch die Stellung der Einzelbauten zueinander entstehen Stadträume sehr unterschiedlichen Zuschnitts, die sich ebenfalls von den vertrauten Proportionen europäischer Stadtplätze und Straßenräume entfernen. Auch kennen sie nicht mehr den Kontrast zwischen den privat nutzbaren Freiräumen der Blockinnenhöfe und dem öffentlichen Straßenraum. Dieser Kontrast wird für entbehrlich gehalten, was auf die Wohnbedürfnisse der Klientel schließen lässt: eben keine Familienhaushalte mit Kindern, sondern junge Ein- und Zweipersonenhaushalte, die den öffentlichen Raum völlig anders nutzen und in deren Lebenssituation die Nutzbarkeit des wohnungsnahen Freiraums nachrangig ist.

Baudichte und Freiraum

Wer dichte Wohnquartiere baut, muss in unmittelbarer Nähe ausreichend attraktive Freiflächen für die Bewohner als Ausgleich für den fehlenden Gartenbezug anbieten. Denn wer in dichten Wohnquartieren wohnt, sucht, wenn er kann, in der Freizeit das Weite (in Schrebergärten und Datschen), wenn es sein muss, auch außerhalb der Stadt. Die übernutzten Parks in Paris und Barcelona sind ein gutes Beispiel dafür, was passiert, wenn es an Parks und grünen Plätzen in dicht bebauten Quartieren fehlt. Dass die Blockbebauung mit

städtischem Grün gut zusammengeht, dafür geben bereits die von Fritz Schumacher in Hamburg gebauten Siedlungen der 1920er-Jahre geglättete Beispiele: *Hamburg-Jarrestadt*, *Veddel* oder *Dulsberg*. Die Lehren Schumachers sind bei der Gestaltung der Grünräume und Plätze in vielen neuen Stadtteilen der 1990er-Jahre oft eindrucksvoll beherzigt worden, nicht selten über das Instrument der Gartenschauen: die Landesgartenschau in *Ostfildern* mit der Landschaftstreppe mitten im *Scharnhauser Park*, die *Buga* im *Landschaftspark München Riem*, die *EXPO 2000* bei der *Ökosiedlung Hannover-Kronsberg*.

Es gibt aber auch denkwürdige Gegen Tendenzen wie die Begründung, auf größere Freiflächen in den neuen Stadtquartieren zu verzichten, wie etwa bei den Umnutzungen der stadtnahen Amsterdamer Hafenanlagen. Das Stichwort ist hier: Blau statt Grün. Die Wasserflächen werden »virtuell« in die Dichte-Berechnung einbezogen, da das Wasser als Freiraum gesehen wird, der ähnlich wie Grünflächen zur Wohnqualität beitrage. Eine eigenwillige Interpretation, die sich sicherlich nicht die Bewohner zueigen machen können, die wohnungsnahen Freiflächen nutzen und nicht nur betrachten wollen, etwa junge Familien mit Kindern.

Baudichte und sozialer Kontext

Planerinnen und Planern ist die Tatsache vertraut, dass nicht allein Dichte, Monofunktionalität und Bauform über die Attraktivität und Beständigkeit von städtebaulichen Projekten entscheiden, sondern auch der soziale Kontext, etwa die dominante Rechtsform der Wohnung oder der soziale Status der Bewohner. Hierzu als Beispiele zwei hochgeschossige Großwohnanlagen der 1960er-Jahre: der *Asemwald* in Stuttgart und der *Kölnberg* bei Köln. In beiden Fällen gibt es eine hohe Ähnlichkeit im Alter, in der Größe, Lage, Dichte, Nutzung und städtebaulichen Konzeption der Anlage, allerdings ist der *Asemwald* eine Eigentumsanlage und seit über 40 Jahren außerordentlich beliebt und werthaltig; der *Kölnberg* dagegen ein Bauherrenmodellprojekt, das seit Jahrzehnten ein stadtbekanntes sozialer Brennpunkt ist und bei dem aufgrund der enormen sozialen Konflikte und Probleme von Beginn zur Diskussion stand, ob nicht langfristig Abriss die einzige Lösung sei. Die wachsende Nachfrage nach innerstädtischem Wohnen hat auch zu einer Renaissance von Wohnbauformen geführt, die sich

in hoher städtebaulicher Dichte umsetzen lassen. Bei den neuen Wohnungsbauten, die gegenwärtig im Zeichen der Reurbanisierung in zentralen Lagen europäischer Großstädte gebaut werden, handelt es sich überwiegend um sehr hochpreisige Angebote, die sich an sehr unterschiedliche Gruppierungen mit differenzierten Anforderungen und Wünschen richten. Dazu gehören erfolgreiche Aktivisten der kreativen Klasse, die dort ihr Wohn- und Arbeitsstudio haben, ebenso wie vermögende Kulturliebhaber, die sich die sogenannte Opernwohnung als innerstädtische Zweit- oder Drittwohnung leisten, und junge unverheiratete Vielverdiener aus den gut zahlenden Branchen des Geldgewerbes und so fort. Diese sehr ausdifferenzierte und wachsende Nachfrage, die auch mit dem Schlagwort der Reurbanisierung der Städte belegt wird, bildet sich in einer außerordentlichen Vielfalt innerstädtischer Wohnungsangebote ab. Auch hier einige Beispiele: *Wohnkomplex MoHo* mit möblierten Kleinstapartments, Projekt *Boxworks* mit Wohnhüllen zum Selbstausbau, beides in Manchester-Castlefield, Studios in alten *Cotton Mills* am *Rochdale Canal* in Manchester-Ancoats, *Townhouses* in Berlin, neue *Wohnhochhäuser in der Frankfurter City*, Apartments in dem umgebauten *Büroturm Rotunda* in der City von Birmingham.

Resümee

Städtebauliche Dichte ist aus guten Gründen ein Dauerthema von Architekten und Stadtplanern: Baudichte ist eine wichtige Steuerungsgröße. Sie taucht dabei heute gewöhnlich im Zielkatalog nicht mehr allein auf, sondern gepaart mit dem Ziel der Nutzungsmischung und der ökologischer Qualität. Das Ziel der *hohen Baudichte* steht für die Trendumkehr von disperser Siedlungsentwicklung und ungesteuerter Suburbanisierung hin zur verdichteten Stadt, für den Vorrang der Innenentwicklung und für Nachverdichtung, für die Konzentration der Bevölkerung an den Haltepunkten des ÖPNV und für eine bessere Auslastung der städtischen Infrastruktur. Das Ziel der *Funktionsmischung* steht für die Trendumkehr von monofunktionalen hin zu möglichst feinkörnig funktionsgemischten Strukturen, für städtische Nutzungs-, Erlebnis- und Ereignisvielfalt durch Nähe und gute Erreichbarkeit. Das Ziel der *ökologischen Qualität* steht für schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen, für Energieeffizienz, aber auch für hochwertige Aufent-

haltsqualitäten in den Stadtquartieren durch Wohnumfeldverbesserung, Verkehrsberuhigung und stadtnahe Freiflächen. Diese drei städtebaulichen Ziele sind in einem engen Zusammenhang zu sehen: Sie stützen sich gegenseitig. Funktionsmischung ohne Dichte ist nicht tragfähig. Dichte ohne Mischung reproduziert die alten Monostrukturen. Dichte und Funktionsmischung ohne hohe Umfeldqualität stellt erreichte soziale und ökologische Standards des Städtebaus und der Wohnungsversorgung in Frage. Gleichzeitig ist aber das Verständnis von dem, was wir als attraktive Dichte, angemessene Nutzungsmischung und zeitgemäße ökologische Qualität ansehen, immer wieder neu zu bestimmen.

Anmerkung: Argumente und aktuelle Fallbeispiele sind überwiegend folgendem Buch entnommen: Johann Jessen/Jochem Schneider/ Ute Margarete Meyer: stadtmachen.eu. Urbanität und Planungskultur in Europa. Herausgegeben von der Wüstenrot Stiftung. Karl Krämer Verlag. Stuttgart/Zürich 2008





Baukultur konkret

BBSR-Forschungsprojekt unterstützt Baukulturinitiativen

Wie kommt man zu qualitativem Bauen in einer Gemeinde? Welchen Beitrag leisten bürgerschaftliche Initiativen dazu? Wie können sie in einem Forschungsprojekt dabei unterstützt werden? Diese Fragen soll das vom BBSR beauftragte Forschungsprojekt »Baukultur konkret« beantworten. Drei Pilotinitiativen hat die »Arbeitsgemeinschaft Baukultur konkret« schon unterstützt: Baiersbronn, Bischofswerda und Dingden – für 2015 und 2016 werden 15 weitere gesucht!

Unter Baukultur versteht wohl jeder etwas anderes, aber häufig stehen prominente Beispiele aus dem Bereich des öffentlichen sowie privaten Bauens im Mittelpunkt. Immer mehr sind die alltäglichen Debatten um die Qualität des Gebauten mit einer Kritik am Zustand und Gesicht unserer heutigen Städte verbunden. Die Ansprüche an eine schöne Lebensumwelt sind hoch. Baukultur geht alle an, konkretisiert sich an einem Ort und entscheidet sich zu einem wesentlichen Teil in der Planungs- und Bautätigkeit in den Kommunen. Daher liegt ein großer Teil der Verantwortung für das baukulturelle Erscheinungsbild auf kommunaler Ebene, bei den Vertretern von Politik und Verwaltung. Der Bund hat in den vergangenen Jahren eine Reihe von Forschungsprojekten angestoßen, die sich mit Fragen der Baukultur auf kommunaler Ebene auseinandersetzen. Das gemeinsame Ziel dieser Projekte besteht darin, den Be-

griff Baukultur zu konkretisieren und für die Praxis handhabbar zu machen. Insbesondere geht es um die Unterstützung von Prozessen vor Ort, durch die Spielräume für Baukultur ausgelotet werden und um die Frage, wie das Bewusstsein für formelle wie informelle Instrumente und Verfahren zur Qualitätssicherung sowie förderliche Akteurskonstellationen entwickelt werden können.

Im Rahmen der bisherigen Forschungsprojekte und Experimentierfelder wurden mehrere Kommunen in Deutschland identifiziert, die komplexe Baukulturstrategien verfolgen. Das Gemeinsame dieser Kommunen ist neben dem Willen und dem Ansatz, sich für eine bessere, qualitativere Umwelt einzusetzen, vor allem die Unterstützung durch ein breites Akteursnetzwerk aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Bürgerschaft. Diese wurden im von 2011 bis 2013 laufenden Forschungsprojekt »Baukultur in ländlichen



Dipl.-Soz. Anca Cârstea,
M. Sc. Stadtplanung,
Projektleiterin im
Bundesinstitut für Bau-,
Stadt- und Raumforschung,
Bonn. Seit 2011 Erforschung
der sozial-räumlichen
Wechselwirkungen zwischen
Migration und Stadt im
Rahmen einer Promotion an
der HCU Hamburg.

Prof. Dr. Florian
Kluge, Professor für
Projektmanagement am
Fachbereich Architektur der
Alanus Hochschule für Kunst
und Gesellschaft, Alfter. Seit
2003 als freischaffender
Landschaftsarchitekt,
Moderator und Prozessberater
Inhaber von kluge.projekte

Räumen« »Baukulturgemeinden« genannt. Daneben findet man viele gut durchdachte Ansätze, Initiativen und Projekte, die die Schwelle zu einer umfassenden Baukulturstrategie noch nicht überschritten haben. Hier sind oft einzelne Akteure und Initiativen mit guten Ideen und großem zivilgesellschaftlichem Engagement am Werk, die noch auf zu wenig Verständnis, Verbündete und Unterstützung setzen können. Es sind vor allem Personen in Vereinen und anderen Institutionen sowie Privatpersonen und Bürgerinitiativen, die in sehr unterschiedlicher Weise an der Entwicklung ihrer Kommune interessiert sind. Diese wurden »Baukulturinitiativen« genannt.

Aus »Baukulturinitiativen« sollen »Baukulturgemeinden«, aus Anspruch soll Wirklichkeit werden! Doch wie kann man diese Initiativen ausfindig machen und durch geeignete Instrumente auf ihrem Weg zu einer »Baukulturkommune« unterstützen? Erkenntnis aus vorherigen Projekten ist, dass Baukultur in der Kommune nur dann gelingen kann, wenn sich die Vertreter aus Politik und Verwaltung mit zivilgesellschaftlichen Initiativen und Wirtschaftsakteuren im Interesse eines durchgehenden baukulturellen Handelns verbünden. Dafür gibt es keine fertigen Rezepte, nur Chancen, die man erkennen und ergreifen muss, um die Gemeindeentwicklung angehen zu können.

Zur Unterstützung und Förderung der Baukultur in der Breite braucht es zunächst eine wirksame Unterstützung der Akteure in ihrer Arbeit vor Ort. Hier setzt ein neues Forschungsprojekt »Baukultur konkret« an. Zunächst geht es darum, Kenntnisse über den Stand von Baukulturinitiativen in Deutschland zu gewinnen und ihre Hindernisse und Beschränkungen zu erfassen. Das übergeordnete Ziel besteht darin, praktische Verbesserungen beim Planen und Bauen zu erreichen, sowohl im privaten Bereich als auch bei öffentlichen Räumen, Gebäuden und Infrastrukturen und in den dazu notwendigen Kommunikationsprozessen. Wesentlich dafür sind die Akteure vor Ort – in kleinen und mittleren Städten sowie im ländlichen Raum – die darin professionell unterstützt werden sollen, baukulturelle Qualitätsansprüche umzusetzen und ihr baukulturelles Handeln in der Praxis zu verbreitern.

Nach Projektbeginn Anfang 2014 galt es zunächst, auf der Grundlage einer bundesweiten Recherche, geeignete Initiativen zu identifizieren. Ziel war ein Projektportfolio mit einer großen Bandbreite an Problemstellungen, um bis zur ersten Evaluierung

Ende 2014 unterschiedliche Arbeitsformate anwenden zu können. Anhand eines Kriterienkatalogs wurden schließlich Initiativen in Bischofswerda, Baiersbronn und Dingden als Pilotprojekte ausgewählt.

Pilotprojekt Baiersbronn

Baiersbronn, Tourismusgemeinde im Schwarzwald, war bereits Teil des Forschungsprojekts »Baukultur in ländlichen Räumen« und ist in seinen baukulturellen Aktivitäten seither entscheidend vorangekommen: Baukultur ist bereits ein wichtiger Aspekt einer Gesamtstrategie, die Tourismus und Gemeindeentwicklung vereint, soll jedoch noch systematischer im lokalen Handeln verankert werden. Bisherige wichtige Impulse waren die Neugestaltung der Tourismusinformation, das »Murgels Spielhaus«, das geplante Waldlofthotel mit Talstation sowie einige vorbildhafte Sanierungen. Gemeinsam mit einem breiter werdenden Netz an Akteuren vor Ort erfolgten nun die nächsten Schritte auf dem Weg zur Baukulturgemeinde. Im Austausch mit lokalen Akteuren und Forschungsteam wurden drei Formate ausgewählt, mit denen das gemeinsame Anliegen vorangetrieben werden soll:

- Organisation und Moderation einer Gemeinderatsklausur im Rahmen einer Exkursion:

Vom 17. bis 19. Oktober wurde eine Exkursion in die Baukulturgemeinde Hittisau/Vorarlberg durchgeführt, mit dem Ziel einen vorbildlichen Ort mit ähnlicher Agenda und Problemstellung zu besuchen, mit Protagonisten vor Ort den Austausch zu suchen, herausgelöst aus dem eigenen Kontext zu diskutieren und den Transfer des Erlernten in den eigenen Ort zu schaffen.

Exkursion und Klausurtagung werden vom Forschungsteam dokumentiert.

- Aufbereitung eines lokalen Baukulturführers:

Recherche und redaktionelle Aufbereitung der 10-12 besten Baukulturprojekte von Baiersbronn für eine kleine Broschüre, die sowohl für die lokale Bevölkerung als auch für Tourismus-Gäste geeignet ist.

- Durchführung der Strategiewerkstatt Zukunft Unterdorf-Baiersbronn:

Auf Basis einer vorangegangenen Prozessanalyse, einer gemeinsamen Ortsbegehung, Diskussionen anhand von Skizzen und Modell wurden wesentliche Strategien sowie gro-

be städtebauliche Ideen-Skizzen für die Zukunft des Unterdorfs erarbeitet (Abb. 1).

In Baiersbronn bestand die wesentliche Aufgabe des Forschungsteams darin, die bereits vorhandenen Erfolgsprojekte aufzugreifen und diese auf eine breitere Öffentlichkeitsbasis zu stellen und tiefer in der Arbeit der Gemeinde zu verankern. Aufbauend auf die langjährigen Aktivitäten der lokalen Protagonisten war es wesentlich, aktuelle Hemmnisse der Arbeit zu identifizieren und zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten zu skizzieren, um den Weg zur Baukulturgemeinde erfolgreich fortzusetzen.

Pilotprojekt Bischofswerda

In der ostsächsischen Kreisstadt Bischofswerda zeigt sich ein für Kleinstädte typisches Problem: die Verwaisung der Innenstadt. Bemühungen zur Wiederbelebung wurden diskutiert, haben jedoch bislang nicht zu den gewünschten Erfolgen geführt. Aus dieser Situation heraus ist die Initiative »BÜRGER. MACHT.IDEEN« angetreten, um Aktivitäten zur Innenstadtkärkung zu starten und zusammenzuführen. Die Initiative hat im September 2014 die Potenziale und frühere Bedeutung des Marktplatzes aufgegriffen und den Platz sowie leer stehende Gebäude im Umfeld eine Woche lang als Bühne für Aktionen mit der Bürgerschaft genutzt. Über das Event hinaus streben die Initiatoren eine langfristige Verstetigung ihrer Aktivitäten an.

Dieses bürgerschaftliche Engagement im Stadtraum ist ein Ausdruck baukulturellen Handelns. Das Forschungsprojekt hat diese Bottom-up-Kultur daher mit dem Ziel aufgegriffen, das gemeinsame Bemühen von Initiative, Bürgern, Händlern, Politik und Verwaltung für die Stadt zu unterstützen und Baukultur in den Entwicklungszielen sowie im täglichen Handeln zu verankern.

Abgestimmt auf die lokalen Themen, die konkreten Erfordernisse und den inhaltlichen Rahmen entwickelte das Forschungsteam einen mehrteiligen Beitrag:

- Beispielung eines Ladenlokals am Markt unter dem Stichwort »Baukultur« im Rahmen der Veranstaltungswoche Baukultur-Film und Ausstellung, Beteiligungsformat inkl. Umfrage zum Stellenwert von Baukultur und zur Partizipation als wesentlichem Aspekt einer Planungskultur (Abb. 2);



Abbildung 1: Strategiewerkstatt Baiersbronn, Foto: LandLuft

- Aktionstag Baukultur im Rahmen der Veranstaltungswwoche

Empfang interessierter BürgerInnen und offenes Baukultur-Gespräch, Blind-Date-Spaziergang zu durch die Bürger im Stadtplan benannten baukulturellen Orten in Bischofswerda;

- Durchführung eines Feedback-Workshops mit Vertretern der lokalen Initiative, Stadtverwaltung und engagierten Personen mit dem Ziel, den bisherigen Arbeitsprozess zu reflektieren, Rückmeldung der externen Initiativen einzuholen, das Beteiligungsformat auszuwerten sowie Aufgaben und Fragestellungen für die Strategiewerkstatt zu benennen;

- Durchführung einer Strategiewerkstatt mit lokaler Initiative, Stadtverwaltung, Kommunalpolitik, BBSR sowie der Bundesstiftung Baukultur. Wesentliche Themen waren dabei

Abbildung 2: Ladenlokal Baukultur Bischofswerda, Foto: Büro für Urbane Projekte



die Erfassung der Absichten der Akteure, die Vereinbarung von Spielregeln, Verbindlichkeit und Konsens, die Schaffung von Arbeitsstrukturen und Rollenverteilung sowie die zukünftige Strukturierung von (Projekt-)Vorschlägen, Finanzierung und Terminplanung.

Die Veranstaltungswoche rund um den Markt bot dem Forschungsteam zunächst den Rahmen, um verschiedene Vermittlungsformate zum Thema Baukultur (Film, Ausstellung, Diskussionsforum, Bürgerumfrage, Stadtspaziergang) zu erproben. Hierbei zeigte sich einmal mehr die Schwierigkeit, Baukultur in »Konkurrenz« populärer Themen leichtgängig zu präsentieren und auch bei den Nicht-Fachleuten Interesse zu wecken.

Im Feedback-Workshop, aber vor allem in der Strategiewerkstatt als dem zentralen Unterstützungsformat des Forschungsteams ging es dann darum, die Aktivitäten der Initiative selbst als Ausdruck von hoher Planungskultur in der Stadt fester zu etablieren. Für die künftige Arbeit wurden an einem intensiven Werkstatttag mit zwei Gesprächsrunden an vier Thementischen insbesondere verbindliche Verabredungen zu Zielen und Inhalten, Arbeitsweise und Organisationsstruktur sowie zur Vernetzung mit neuen Partnern bis hin zur Finanzierung getroffen. Damit konnte ein wesentlicher Grundstein dafür gelegt werden, das bau- und planungskulturelle Tun der Aktiven vor Ort in der Stadt Bischofswerda auf die Agenda zu setzen und in eine engere Zusammenarbeit mit der Verwaltung und der Kommunalpolitik einzutreten, um Baukultur langfristig als Handlungsfeld in der Stadt zu verankern.

Pilotprojekt Dingden

In Dingden im Münsterland gibt es bereits seit mehreren Jahren vielfältige Baukultur-Aktivitäten. Der Verein »Dorfentwicklung Dingden« hat zahlreiche Veranstaltungen und Projekte initiiert, wie Architekturwerkstätten und -sprechstunden, die BauKulturstelle Dingden, die partizipatorische Neugestaltung Kirmesplatz, geführte Dorfspaziergänge und Runde Tische mit Baukulturexperten. Zudem ist Dingden Mitglied des Netzwerks Baukultur im westlichen Münsterland, das im Rahmen der Regionale 2016 etabliert werden soll. In zahlreichen und intensiven Gesprächen vor Ort wurden mehrere Themenbereiche identifiziert, in denen eine Einbindung des und Unterstützung durch das Forschungsteam erfolgsversprechend erschien:

- Gemeinsame kurze Ortsanalyse, um interne und externe Sichtweisen auf den Ort zu diskutieren sowie Potentiale, Schwächen, Chancen, Themen und Fragen zu identifizieren;
- Entwicklung einer übergeordneten Strategie zur Bündelung der baukulturellen Aktivitäten, die in einem gesamträumlichen Konzept, einer priorisierenden Maßnahmenliste sowie einer Zeitachse für kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen Ausdruck findet;
- Untersuchung geeigneter Kommunikationswege und -formate zur Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsarbeit einerseits sowie der öffentlichen Baukulturdiskussion andererseits;
- Produktion von Visionen, Bildern und Skizzen, um externe Sichtweisen auf den Ort festzuhalten und die baukulturelle Phantasie anzuregen.

Abbildung 3:
Strategieworkshop Dingden,
Foto: Alanus Hochschule



Gemeinsam wurde ein Workshop-Programm entwickelt, in dem vom 09. bis 11. Oktober unter Einbindung von (Prozess-)Architekturstudenten der Alanus Hochschule alle Aufgaben sukzessive abgearbeitet wurden (Abb. 3). Auftakt und Abschluss des Workshops waren dabei öffentlich, um zunächst Zielrichtung, Aufgabenstellung und Arbeitsmethodik des Projekts und abschließend Erkenntnisse und Ergebnisse der Werkstatt zu präsentieren und zu diskutieren.

Um vor Ort die größtmögliche Aufmerksamkeit für die Aktivitäten zu erregen, wurde das Workshopprogramm zusätzlich begleitet durch eine temporäre künstlerische Intervention: Das alte Dingdener Lehrerhaus – ein baukulturelles, wenn auch baufälliges – Kleinod im Herzen von Dingden wurde für

drei Tage in goldene Folie eingepackt (Abb. 4). Damit wurde nicht nur der Blick auf wertvolle Bausubstanz gelenkt, sondern auch der Dialog mit den Bürgern eröffnet und zum Baukulturworkshop eingeladen.

Das dichte dreitägige Programm wurde allerseits als äußerst intensiv, anregend und gewinnbringend eingestuft. Die Initiative wird die vielfältigen und -schichtigen Erkenntnisse zunächst sortieren und gemeinsam mit dem Forschungsteam evaluieren müssen, bevor mit frischer Energie die neu entwickelten Konzepte und Aufgaben angegangen werden.

Den drei Pilotinitiativen ist gemeinsam, dass sie trotz Schwierigkeiten versuchen, die

Herausforderungen und Potenziale vor Ort aufzugreifen und aus der Logik des Ortes heraus zukunftsfähige Konzepte und Strategien zu entwickeln. Dort wird in Zusammenhängen gedacht und auf die positive Entwicklung von Kommunen als Ganzes geschaut. Dies wurde auch noch einmal im Rahmen einer öffentlichen Werkstatt in Biersbronn deutlich, in der die Pilotphase des Forschungsprojekts im November ihren Abschluss fand. In verschiedenen moderierten Runden wurden Vorgehensweise, Erkenntnisse und Schlussfolgerungen aus den ersten drei Pilotprojekten präsentiert und diskutiert. Darauf aufbauend wurden die nun folgenden Schritte des Forschungsprojekts skizziert – denn das Projekt wird weitergehen: In 2015 und 2016 sollen weitere 15 Baukulturinitiativen in ihrer Arbeit unterstützt werden. Das Bewerbungsverfahren hierfür läuft zurzeit und steht allen interessierten Initiativen offen. Unter www.baukulturinitiative.de/projektaufuf.html kann in wenigen Schritten online das Interesse bekundet werden, Teil des Forschungsprojekts zu werden – um somit die Unterstützung des Forschungsteams und überregionale Aufmerksamkeit zu erfahren. Abgefragt werden Angaben zum Anliegen der Initiative, zu bisherigen Projekten, zur Verankerung in der Kommune und zu möglichen Anknüpfungspunkten im Rahmen des Forschungsprojekts. Die Auswahl der Projekte wird durch BBSR, Bundesstiftung Baukultur und dem Forschungsteam erfolgen. Das tatsächlich vor Ort durchzuführende Programm wird erst anschließend in enger Abstimmung mit den lokalen Akteuren festgelegt. Auf Grundlage einer großen Bandbreite von möglichen Formaten (Bürgerversammlungen, Ausstellungen, Interventionen, Strategie- / Entwurfsworkshops, Konzeptentwicklung, Moderationsverfahren, Exkursio-



nen etc.) wird individuell entschieden, welche Konzeptbausteine geeignet erscheinen, die lokalen baukulturellen Aktivitäten voranzubringen und gegebenenfalls vorhandene Hürden zu überwinden.

Eine übergreifende Auswertung der Zusammenarbeit mit den Initiativen wird ab 2016 erfolgen. In der Sammlung und Analyse der Projekte wird sich zeigen, welches typische Akteurskonstellationen sind, unter welchen Rahmenbedingungen sie erfolgreich agieren und in welcher Weise unterstützende Maßnahmen hilfreich waren, die lokale Baukultur voranzutreiben. Ziel ist es, Erkenntnisse zu gewinnen, welche Konstellationen und Kooperationsformen und welche Instrumente und Verfahren zu einem besseren Gelingen und Durchsetzen von Baukulturstrategien abseits der Großstadt beitragen und was Wege und Möglichkeiten für qualitätvolle Prozesse und gemeinschaftsorientierte Projekte sind.

Abbildung 4: Vergoldete Baukulturstelle Dingden, Foto: Alanus Hochschule

Auftraggeber:

Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Berlin und Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Bonn

Auftragnehmer:

Arbeitsgemeinschaft »Baukultur konkret«

- 1) Büro für Urbane Projekte, Leipzig, vertreten durch Björn Teichmann, Wolfram Georg und Andreas Paul
- 2) Alanus Hochschule für Kunst und Gesellschaft, Fachbereich Architektur, Alfter, vertreten durch Prof. Dr. Florian Kluge (Lehrgebiet Projektmanagement) und Prof. Swen Geiss (Lehrgebiet Architektur und Ressourcen)
- 3) Landluft – Verein zur Förderung von Baukultur in ländlichen Räumen vertreten durch Roland Gruber (Vors.), Judith Leitner, Josef Mathis, Thomas Moser und Roland Wallner

Das Forschungsvorhaben »Baukultur konkret« wird in enger Zusammenarbeit mit der Bundesstiftung Baukultur durchgeführt.

Informationen zum Projekt: www.baukulturinitiative.de/projektaufuf.html





Dipl.-Geogr. Katharina
Hackenberg, Geographisches
Institut der Universität Bonn

Öffentliches Bauen im Spannungsfeld zwischen Governance und Repräsentation: Der baukulturelle Umgang mit Rathäusern in Deutschland*



Dipl.-Ing. Magdalena Leyser-
Droste, Institut für Landes und
Stadtentwicklungsforschung
gGmbH, Büro Aachen

English abstract

The paper sets out to analyse decision-making processes and correlated actions of the public-sector in regard to public building projects in the light of shifting socio-economic and political frameworks and new constellations of actors which have changed the relationship between government, private actors and civil society. The objects of our investigation are town halls in North Rhine-Westphalia, Germany. We analyse local political processes in regard to whether it was decided to demolish and replace, or to refurbish, modernise and aestheticize existing town halls. Over the last three decades, local actors have experienced significant socio-economic and structural changes. Processes of deregulation, privatisation, and globalisation as much as new governance constellations have altered the traditional relationship between the public and the private sector. The paper suggests that these changes have had substantial consequences on the conception and the design of town halls. In a first step, we look at the history of town halls as societal building projects, and we raise the question if and how the public sector has been promoting exemplary excellence. In a second step, we explore significant socio-economic changes of the last 30 years, and we analyse – against this background – shifting constellations of actors. With the help of four case studies, we investigate how recent town hall projects have been realised. The case studies help to gain new insight into the decision-making processes behind the conception, design and construction of town halls in West-Germany. As a result, the analysis of interactions between socio-economic processes, actors, and the built environment is made possible.



Dr.-Ing. Andreas Wesener,
School of Landscape
Architecture, Faculty of
Environment, Society and
Design, Lincoln University,
Canterbury, New Zealand

Einleitung

Ausgehend von Forschungsdefiziten im Themenfeld Baukultur ist es das Ziel unseres Beitrags, den entscheidungsbezogenen Umgang der öffentlichen Hand mit öffentlichen

Bauvorhaben zu untersuchen. Dies geschieht vor dem Hintergrund veränderter wirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Rahmenbedingungen sowie neuer Akteurkonstellationen im Verhältnis von Staat, Markt und Zivilgesellschaft. Als Untersuchungsgegen-



Prof. Dr. Claus-C. Wiegandt,
Geographisches Institut der
Universität Bonn

stand dienen Rathäuser in Nordrhein-Westfalen, die wir hinsichtlich stadtpolitischer Entscheidungsprozesse über Abriss, Neubau und Modernisierung dieser Repräsentativbauten untersuchen. In den vergangenen drei Jahrzehnten haben erhebliche wirtschaftliche und gesellschaftliche Umbrüche sowie strukturelle Veränderungen bei den lokalen Akteuren stattgefunden. Deregulierungs-, Privatisierungs- und Globalisierungsprozesse sowie neue Governance-Konstellationen haben das traditionelle Verhältnis zwischen öffentlicher Hand, Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft verändert. Ansatzpunkt für die zentrale These unseres Beitrags ist, dass die gesellschaftlichen Veränderungen der vergangenen Jahre grundlegende Auswirkungen auf den Umgang mit Rathäusern gehabt haben, die sich in der baulichen Ausprägung dieser öffentlichen Bauten zeigen. Angesichts der finanziellen Restriktionen der öffentlichen Hand werden zur Gestaltung von Rathäusern neue Wege der Kooperation zwischen öffentlichen, privaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren gesucht. Der öffentlich formulierte Anspruch an die Repräsentationsfunktion von Rathausbauten wird demzufolge zum Gegenstand von Aushandlungen, in denen sich Akteure mit unterschiedlichen Zielen und Ressourcen einbringen und durchsetzen.

Zunächst werden wir die Geschichte der Rathäuser als gesellschaftliche Bauaufgabe beleuchten und die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand bei öffentlichen Bauvorhaben darstellen (Abschnitt 2). Weiterhin weisen wir auf den ökonomischen und gesellschaftspolitischen Wandel der vergangenen drei Jahrzehnte hin, um vor diesem Hintergrund die Veränderung der Akteure und Akteurkonstellationen zu erläutern (Abschnitt 3). Anhand von vier Fallstudien aus Nordrhein-Westfalen wird der aktuelle Umgang der öffentlichen Hand mit der Bauaufgabe »Rathaus« beispielhaft beschrieben (Abschnitt 4), um daraus Erkenntnisse über die Faktoren zu gewinnen, die die Entscheidungsprozesse und die baulichen Ausprägungen von Rathäusern in westdeutschen Städten aktuell prägen. Auf diese Weise wird eine Analyse der Wechselwirkungen zwischen gesellschaftlichen Prozessen, Akteuren und gebauter Umwelt am Beispiel der Rathäuser möglich (Abschnitt 5).

2. Rathäuser als gesellschaftliche Bauaufgabe

In einem Gespräch in der Wochenzeitung DIE ZEIT haben Anfang des Jahres 2013 der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt und die Berliner Architektin Louisa Hutton über Fragen der Architektur und Stadtplanung diskutiert. Dabei kamen sie auch auf die Rolle der öffentlichen Hand als Bauherr zu sprechen. Es ging in der Debatte nicht nur um die Großprojekte des Bundes, sondern auch um die vielen kleineren Bauvorhaben, die öffentlichen Zwecken dienen und derzeit meist von städtischen Managementgesellschaften durchgeführt werden. Eingefordert wurden in diesem Zusammenhang öffentliche Bauherren, die sich für ihre Stadt auch interessieren, denn mit dem Bau von öffentlichen Gebäuden würde auch das Selbstverständnis einer Stadt zum Ausdruck kommen (DIE ZEIT 2013). Genau an dieser Stelle setzt unser Beitrag an. Das Rathaus ist die erste Adresse der Stadt, an der politische Gremien und kommunale Verwaltung agieren und Bürgerinnen und Bürger¹ Ansprechpartner in kommunalen Belangen finden. Daher erfahren Baumaßnahmen im Zusammenhang mit Rathäusern eine große öffentliche Aufmerksamkeit und eignen sich ganz besonders, die Baukultur der öffentlichen Hand im Rahmen demokratischer Entscheidungsstrukturen zu untersuchen.

2.1 Geschichte des Rathausbaus

Rathäuser sind zum Zeitpunkt ihrer Entstehung, Erweiterung, Modernisierung und sogar bei ihrem Abriss Ausdruck gesellschaftlicher Prozesse und politischer Entscheidungen. Damit spiegeln sie als bauliches Ergebnis eines vorangegangenen Entscheidungsprozesses auch die jeweiligen Vorstellungen und Ansprüche der Gesellschaft an öffentliche Repräsentationsbauten wider (KRAMER 2001; WEFING 2001; WEFING 1995).

Die baugeschichtliche Entwicklung des Gebäudetypus »Rathaus« in Deutschland lässt drei bedeutende Bauphasen erkennen, in denen mit unterschiedlichen architektonischen Konzepten auf die jeweiligen Anforderungen an das Gebäude reagiert wurde. Es wird in diesem Zusammenhang von drei Generationen gesprochen (KRAMER 2001, 38 ff.):

¹ Den Beitrag haben wir in der grammatikalisch männlichen Form geschrieben. Die gewählten Formulierungen umfassen Frauen und Männer gleichermaßen und sollen auch in diesem Sinne verstanden werden.

- eine erste Generation des »Mittelalters und der Frühen Neuzeit«,
- eine zweite Generation des 19. und frühen 20. Jahrhunderts und
- eine dritte Generation nach dem Zweitem Weltkrieg. Hier konzentrieren wir uns auf die westdeutsche Entwicklung.

Im Mittelalter wurden Rathäuser »repräsentativ und monumental zur Sichtbarmachung kommunaler Macht errichtet« (KRAMER 2001, 41; Hallauer 1984, 9). Sie standen als Symbol für die bürgerliche Autonomie und Selbstbestimmung (KRAMER 2001, 39 f.). Die Rathäuser aus dieser Zeit wurden in der Regel an zentralen Marktplätzen in der Innenstadt errichtet und dienten als Herrschaftszeichen der neu erkämpften Machtstellung des Besitzbürgertums (KRAMER 2001, 39 u. 41). Die architektonische Formensprache dieser Gebäude folgte den jeweils zeitgemäßen typischen Konstruktionsweisen und Gestaltungselementen der Gotik bzw. der Renaissance (ebd. 40).

In der zweiten Generation des 19. und frühen 20. Jahrhunderts hat die Stadtpolitik im Zuge der Industrialisierung und des damit verbundenen Städtewachstums einen Bedeutungswandel hin zu einer Dienstleistungsverwaltung erfahren. Für Rathausneubauten oder Rathausumbauten bedeutete dies einerseits, ein größeres Spektrum an Funktionen berücksichtigen zu müssen. Andererseits sollten die schon bestehenden Bauten eine Art »Kompensationsfunktion« (KRAMER 2001, 41) erfüllen und der industriellen Wachstumsgesellschaft durch die Bewahrung ihrer Gestalt weiterhin ein »Traditionsgefühl und eine kulturelle Identifikation« (KRAMER 2001, 43) vermitteln. Dies führte in vielen Städten dazu, dass die historischen Gebäude erhalten und durch neue Anbauten ergänzt wurden, um den modernen Ansprüchen zu genügen.

Die dritte Phase des Rathausbaus ist in der Nachkriegszeit in Westdeutschland festzumachen. Veränderte politische Verhältnisse und die Grundlage einer demokratischen Verfassung brachten neue Ansprüche an die Gestaltung von Rathäusern mit sich. Dies ist sowohl im Rahmen weiter wachsender Aufgaben und einer damit einhergehenden räumlichen Expansion zu verstehen, als auch im Sinne der baulichen Anpassung an ein verändertes Politikverständnis. In dieser Phase wurden zwei unterschiedliche Wege eingeschlagen:

- Entweder wurden die stadtpolitischen Funktionen in zwei separate Gebäude aufgeteilt und das traditionelle, die parlamentarischen Räumlichkeiten beherbergende Gebäu-

de im Zentrum der Stadt durch ein modernes technisches Rathaus ergänzt, das außerhalb des Zentrums liegt,

- oder es wurden alle Funktionen durch An- oder Neubau in einem Gebäudekomplex integriert. Damit wurden sowohl »kurze Wege« für Besucher und Mitarbeiter als auch eine auf Repräsentation zielende Größe des Rathauses erreicht (KRAMER 2001, 42).

Das in Wolfsburg realisierte Rathaus wurde zum Vorbild für weitere Rathausneubauten in den 1960er und 1970er Jahren in anderen Teilen Westdeutschlands. Der als »demokratisch« bezeichnete Rathautyp Wolfsburg wurde Ende der 1950er Jahre entwickelt und zeichnete sich durch ein Hochhaus für die Verwaltung mit einem davon separierten Ratstrakt sowie einem gläsernen Verbindungstrakt zwischen den beiden Bauteilen aus (SCHRAVEN 2009, 81 u. 234). Darin wurden grundlegende Kennzeichen der Demokratie – Gewaltenteilung und Transparenz – auch baulich ausgedrückt.

Eine Besonderheit dieser dritten Generation ist die Wertschätzung der Demokratie und der bürgerschaftlichen Selbstverwaltung, die ihren Ausdruck in der besonderen Betonung der parlamentarischen Räumlichkeiten findet (KRAMER 2001, 42; DAMUS 1988). Die Kernfunktion städtischer Selbstverwaltung – das politische Streitgespräch im Ratssaal – wird durch dieses Erkennungszeichen hervorgehoben. Von ihrer Gestalt her sind zahlreiche Rathausbauten aus der Zeit zwischen 1960 und 1980, etwa in Hagen, Kaiserslautern oder Marl, durch die Leitvorstellungen der Moderne in Architektur und Städtebau geprägt. Ihr Erscheinungsbild ist durch Sichtbeton, Geradlinigkeit und Funktionalismus gekennzeichnet. Dahinter stand die Idee, ein neues Symbol für Selbstverwaltung, Bürgerstolz und Demokratie zu schaffen. Allerdings sollten im Gegensatz zu früheren Generationen des Rathausbaus nun nicht mehr die Macht des Besitzbürgertums oder des Kapitalismus symbolisiert, sondern die Macht des Staatsbürgers sollte mit baulichen Mitteln und nach demokratischen Gesichtspunkten manifestiert werden (SCHRAVEN 2009, 237 f.).

2.2 Die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand als Bauherr

Die Funktion öffentlicher Bauwerke zur Darstellung von Demokratie wurde bereits 1960 vom SPD Politiker Adolf ARNDT (1984) diskutiert. Prinzipien wie Zugänglichkeit, Bür-

gerorientierung und Transparenz wurden von ihm für öffentliche Bauten des Bundes formuliert, um das ideelle Fundament der Demokratie auch baulich zu manifestieren (WILHELM 2001). Dies war unter anderem als Reaktion auf die zunehmende Kritik an den städtebaulichen Leitbildern der Moderne zu verstehen. Bereits in den 1960er und 1970er Jahren wuchs die Kritik an den Konzepten des modernen Städtebaus, der für den Verlust von Raumqualität und für die Produktion unattraktiver und dysfunktionaler städtischer Orte verantwortlich gemacht wurde (MITTSCHERLICH 1965). Eine neue Wertschätzung des baulichen Erbes in historischer, künstlerischer und städtebaulicher Hinsicht war die Folge, die mit der Entwicklung des Gesetzes über städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen (Städtebauförderungsgesetz 1971) und der Einführung der Denkmalschutzgesetze – begleitet durch das Europäische Denkmalschutzjahr 1975 – auch ein Umdenken in der Städtebaupolitik einleitete. Seit dieser Zeit steht bei jedem Rathausneubau auch die Sanierungsfähigkeit, gar die Sanierungsnotwendigkeit des Bestandes gleichberechtigt zur Diskussion.

Insbesondere nach der deutschen Wiedervereinigung hat die Diskussion um die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand als Bauherr weiter an Bedeutung gewonnen. Viele öffentliche Institutionen mussten »neue Standorte, überzeugende architektonische Formen und einen demokratisch legitimierten baulichen Ausdruck finden«, so der frühere Staatssekretär im Bundesbauministerium Engelbert LÜTKE DALDRUP (2009, 16). Ab der Jahrtausendwende tauchte dann der Begriff »Baukultur« in politischen Diskussionen auf und führte die öffentliche Auseinandersetzung um Anspruch und Wirklichkeit des öffentlichen Bauens zusammen. Unter der Leitung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen wurde im Jahr 2001 die »Initiative Architektur und Baukultur« eingerichtet, um die Bemühungen der öffentlichen Hand für »die Qualität des Planens und Bauens in Deutschland [...] zu bündeln« (DEUTSCHER BUNDESTAG 2002, 2). In diesem Rahmen erfolgte erstmals eine wissenschaftliche Aufbereitung des Themas und es wurden vier Dimensionen der Baukultur definiert: 1. Die »Gestalt von Bauten und gebauter Umwelt und deren Integration in den Raum«, 2. deren »Gebrauch und Funktion«, 3. deren »Nachhaltigkeit im ökologischen, sozialen und ökonomischen Sinne« und 4. de-

ren »Verfahren und Regeln der Auftragsvergabe und Herstellung« (BMVBW 2001, 12).

Die inhaltliche Ausfüllung dieser vier Dimensionen erfolgt durch die Definition von Grundsätzen und Qualitätsansprüchen für das Bauen auf allen Ebenen des föderativen Staatssystems, wie zum Beispiel durch die Förderung von städtebaulichen Leitbildern oder die Festlegung von Normen und Richtlinien für das Planen und Bauen. Die öffentlich gesetzten Standards erlangen im Sinne eines Qualitätsanspruchs ganz wesentlich Sichtbarkeit, Präsenz und Wirkung durch die Bauten, die die öffentliche Hand selbst baut (DURTH & SIGEL 2009, 562 ff.; Lütke Daldrup 2009, 15). Für eine Analyse des Rathausbaus als Teil des öffentlichen Bauens müssen neben den definierten Qualitätsansprüchen allerdings auch die Veränderungen gesellschaftlicher Rahmenbedingungen in den Blick genommen werden, die das öffentliche Handeln im Bereich Planen und Bauen aktuell beeinflussen.

3. Governance: Neue Aufgabenverteilungen und Formen der Steuerung

Die Auseinandersetzungen über öffentliche Bauten und Baukultur sind in allgemeine gesellschaftspolitische Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf die Stadt eingebettet, die stadtentwicklungspolitische Entscheidungen vor Ort beeinflussen. Verschiebungen zwischen Staat und Gesellschaft durch ökonomische, politische und gesellschaftliche Transformationsprozesse sind derzeit besonders auf kommunaler Ebene wahrnehmbar (EINIG et al. 2005, 1). Sie sind – wie wir zeigen werden – für die Hochbauten der öffentlichen Hand relevant.

Ökonomische Transformationsprozesse, die unter den Schlagworten Liberalisierung des Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs, Deregulierung des Finanzsektors, Privatisierung von bisher öffentlich erbrachten Aufgaben und Flexibilisierung von Produktions- und Arbeitsverhältnissen zusammengefasst werden können, haben insbesondere seit den 1980er Jahren tiefgreifende wirtschaftsstrukturelle Veränderungen, eine neoliberale Neuausrichtung der Politik und eine Zunahme groß- und kleinräumiger Disparitäten nach sich gezogen (HEEG 2008; HEINZ 2008; BECK 1999). Eine zunehmende nationale und internationale Verflechtung der Städte führt zu steigendem Wettbewerb zwischen den Städten und Regionen als Wirtschafts- und Inno-

vationsstandorte einerseits und als attraktive Lebensräume und Heimat andererseits.

Da die ökonomische Basis der Städte erheblich von diesen Rahmenbedingungen beeinflusst wird, unterscheiden sich die Handlungsspielräume für die Steuerung der Stadtentwicklung. Insbesondere in den Städten, in denen die Finanzausstattung der öffentlichen Hand kaum noch eigenständige, mit Kosten verbundene Entscheidungen zulässt, verändert sich die politische Rolle des Staates und damit auch die der Stadtpolitik deutlich. Hier werden große Teile der öffentlichen Steuerung aus finanziellen Gründen einer Privatisierung unterworfen oder neue Kooperationsformen, sogenannte Public Private Partnerships (PPP), zwischen staatlichen bzw. kommunalen, privatwirtschaftlichen und nichtöffentlichen Akteuren zur Erstellung von öffentlichen Leistungen vereinbart (HAUSSERMANN et al. 2008, 246 u. 267; HOLT-KAMP 2007, 367 ff.; WOOD 2003, 69). Hierzu zählen auch Investitionen in öffentliche Infrastrukturen einschließlich der baulichen Maßnahmen bei Rathäusern. Im Zuge von Privatisierungs- und Deregulierungsprozessen werden Steuerungskompetenzen der öffentlichen Hand oft an Private abgegeben, so dass private Unternehmen bei öffentlichen Bauaufgaben zunehmend in Kooperationen mit der öffentlichen Hand als Bauherren auftreten.

Mit der Verlagerung von vormaligen staatlichen Aufgaben in privatwirtschaftliche Bereiche verändert sich auch die Rolle des Bürgers (JAKUBOWSKI & HERZ 2005). Schon in den 1960er und 1970er Jahren wurde ein Reformprozess eingeleitet, und gesetzlich geregelte Informations-, Beteiligungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten wurden zur planungsrechtlichen Notwendigkeit (SELLE 2005, 395 ff.). Mittels erhöhter Transparenz der Verfahren sowie einer verstärkten formellen und informellen Partizipation der Zivilgesellschaft an den Planungsprozessen werden seitdem Entscheidungen und Verfahren demokratischer gestaltet und zugleich auch stärker legitimiert (IBERT 2007, 51). Die Aktivierung und Mobilisierung der Bürger soll neben der Erweiterung der Steuerungsressourcen bei »leeren Kassen« auch die Identifikationskraft der Bürger mit dem jeweiligen »Produkt der Planung« erhöhen sowie die aktive Gestaltung des sozialen Wandels ermöglichen (SELLE 2005, 396).

Das im Bereich der Stadtentwicklung etablierte hierarchische Kräftespiel zwischen den öffentlichen und privaten Akteuren hat

sich in den vergangenen Jahren gewandelt. Die Akteure, die Akteurkonstellationen und die Verfahren der Einflussnahme und Handlungskoordination sind vielfältiger geworden. Die jeweiligen Handlungsmotive und Ressourcen zur Interessendurchsetzung der neuen Akteure sowie die neuen Akteurkonstellationen (KRON 2010, 24; SCHARPF 2000, 95 ff.) verändern Zuständigkeiten und Machtverhältnisse. Demzufolge verstärkt sich für die öffentliche Hand als politisch legitimierte Interessenvertretung der Bürger die Herausforderung, in den von den Prinzipien der Wirtschaft dominierten Stadtentwicklungsprozessen im Sinne der demokratischen Grundordnung eine gemeinwohlorientierte Politik zu vertreten sowie transparente Prozesse und öffentliche Foren zu schaffen, damit die Probleme und Herausforderungen im Dialog mit den Bürgern gelöst werden können (GIDDENS 2000, 74). Das Rathaus steht als das zentrale öffentliche Bauwerk einer Stadt im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit der Bürger: »Gerade weil die Bauten der öffentlichen Hand in den Augen der Bürger für ‚den Staat‘ stehen, müssen in einer demokratischen Staatsform die Verfahren unangreifbar transparent sein« (BBR 2002, 64). Im Folgenden werden wir am Beispiel der öffentlichen Bauaufgabe »Rathaus« das Zusammenspiel der gesellschaftlichen Kräfte im Rahmen der Stadtpolitik in vier kleinen Fallstudien darstellen.

4. Vier Beispiele zum aktuellen Umgang mit Rathäusern als öffentliche Bauten

Vier aktuelle Beispiele für den Abriss, den Neubau bzw. die Sanierung von Rathausbauten sollen im Weiteren verdeutlichen, in welchem Spektrum von Staat, Markt und Zivilgesellschaft heute mit Rathäusern als öffentliche Gebäude umgegangen wird, mit denen sich die Städte in besonderer Weise selbst darstellen können.

4.1 Das Rathaus im Einkaufszentrum – das Beispiel Leverkusen

Leverkusen ist eine recht junge Stadt, die erst 1930 durch den Zusammenschluss der Stadt Wiesdorf mit den drei Gemeinden Schlebusch, Steinbüchel und Rheindorf gegründet wurde. Vorausgegangen war Anfang des 20. Jahrhunderts die Verlagerung des Bayer-Werkes aus Elberfeld, heute Wuppertal, nach Wiesdorf an den Rhein (STADT LEVERKUSEN

2014). Heute ist Leverkusen eine mehrpolige Stadt, die im Jahr 1975 im Rahmen der kommunalen Gebietsreform durch den Zusammenschluss mit der früheren Kreisstadt Opladen, der Stadt Bergisch Neukirchen und dem Monheimer Stadtteil Hitdorf entstand. Leverkusen ist im letzten Jahrhundert sehr schnell gewachsen und hat heute rund 160.000 Einwohner. Die Stadt war lange durch die chemische Industrie geprägt, die sich aber in den vergangenen Jahren an einigen Stellen aus dem Stadtgebiet zurückgezogen hat (HÄUSLER & HÄUSLER 2012). Die Stadtstruktur in Leverkusen wird heute durch drei größere Stadtzentren mit eigenen Fußgängerzonen in der City (Wiesdorf), Opladen und Schlebusch gekennzeichnet.



Foto 1: Die Rathaus-Galerie in Leverkusen
Foto: Claus-C. Wiegandt

Nach einem ersten Rathausbau aus der wilhelminischen Zeit in der früher selbständigen Stadt Wiesdorf wurde zwischen 1974 und 1977 ein neues modernes Rathaus für Leverkusen gebaut. Die bevorstehende kommunale Gebietsreform war schon in den 1960er Jahren ein wichtiges Argument für die Zusammenführung aller Ämter der Stadtverwaltung in diesem neuen Rathaus (NASARKE 1977, 166 f.). Zudem sollte eine Eingemeindung Leverkusens nach Köln verhindert werden (SCHRAVEN 2009, 218). Schließlich wurde der zu kleine Vorgängerbau 1971 abgerissen und 1977 durch den Neubau ersetzt. Schon bald wurden brandschutzrechtliche Anforderungen und energetische Mängel offensichtlich, und die Verwaltung musste bereits im Jahr 2004 wieder aus dem Gebäude ausziehen (STRACK 2011, 67 f.; Stadt Leverkusen 2006,

66 f.). Schon in den Jahren zuvor wurden die komplette Sanierung bzw. der Verkauf des Rathauses intensiv diskutiert. Anfang 2003 gab es einen Bürgerentscheid, in dem die Bürger mit über 80 Prozent eindeutig gegen den Umbau mit Sanierung des Rathauses votiert hatten (STADT LEVERKUSEN 2013). Damit wurde nach rund 25 Jahren erneut der Bau eines Rathauses in Leverkusen erforderlich.

Mitte der 2000er Jahre war die Stadt wegen sinkender Gewerbesteuererinnahmen finanziell nicht mehr in der Lage, ein neues Rathaus zu bauen. So entstand die Idee, einen Neubau für das inzwischen leer stehende Rathaus mit einer Neubebauung des ebenfalls in die Zeit gekommenen benachbarten Bayer-Kaufhauses und eines alten Stadthauses zu verbinden. Mit dem Bau des Rathauses sollte gleichzeitig neuer Einzelhandel die Leverkusener Innenstadt beleben. 2005 beschloss der Rat der Stadt eine solche Neugestaltung der Innenstadt und leitete eine europaweite Ausschreibung ein, an der sich fünf Projektentwickler beteiligten (STRACK 2011, 71 f.). Mit einem Kriterienkatalog für die Auswahl des Investors sollten auch städtebauliche und architektonische Aspekte beim Verkauf der Flächen berücksichtigt werden. Gewonnen hat die Ausschreibung das Hamburger Unternehmen ECE, das in der Folge die Grundstücke erwerben und den Bau des Vorhabens realisieren konnte. Investor des Projekts, das rund 200 Mio. Euro gekostet hat, war die Credit Suisse AG. Im Februar 2010 wurde das Vorhaben fertiggestellt (ECE 2014).

Um das Gebäude auf zwei Etagen auch als Rathaus nutzen zu können, hat die Stadt Leverkusen beim Verkauf der Grundstücke mit dem Projektentwickler einen Mietvertrag für 15 Jahre mit einer Verlängerungsoption für weitere 15 Jahre sowie einen städtebaulichen Vertrag mit einer Bauerrichtungsverpflichtung geschlossen (STRACK 2011, 73 u. 77). Zudem war es das Ziel des umfangreichen Vertragswerkes, »größtmögliche Qualität für die Gestaltung der Rathaus-Galerie zu sichern. Dazu zählten deshalb auch Vereinbarungen über Fassaden, Fenster, Schaufenster sowie die Außengastronomie« (ECE 2010, 15). In einem weiteren städtebaulichen Vertrag zur Förderung und Sicherung der Bauleitplanung wurde die Verkaufsfläche des Einkaufszentrums auf 22.600 qm begrenzt, die der Gastronomie auf 2.300 qm festgesetzt sowie Regelungen für Parkgebühren und Öffnungszeiten getroffen.

Auf die besondere Verbindung der beiden Funktionen Einzelhandel und Rathaus weist

schon der Name Rathaus-Galerie hin, den das neue Einkaufszentrum erhalten hat. Für die Betreiber neuer Einkaufszentren sind bei der Einbindung anderer Funktionen unter einem Dach Lösungen zu finden, diese anderen Nutzungen auch außerhalb der Ladenöffnungszeiten zu ermöglichen. Unterschiedliche Zugänge sind beispielsweise erforderlich, den Ratssaal und die Büros zu erschließen. Ein gesonderter Eingangsbereich für ein Bürgerbüro wurde geschaffen. Zusätzliche Anforderungen ergeben sich auch für die Betriebstechnik – etwa bei der Klimatisierung (STRACK 2011, 73). Das Beispiel des Rathausneubaus in Leverkusen veranschaulicht, wie ein neuer Weg zur Errichtung eines Rathauses in öffentlich-privater Kooperation gefunden wurde. Die Kombination eines Einkaufszentrums mit einem Rathaus stellt eine von allen Akteuren akzeptierte Lösung zur Aufwertung des Standortes dar.

4.2 Das Scheitern einer Public Private Partnership – das Beispiel Gelsenkirchen

Gelsenkirchen ist Anfang 2013 mit etwas mehr als 250.000 Einwohnern eine Großstadt in der Emscherzone des Ruhrgebiets, die bis vor wenigen Jahren noch sehr stark durch die Montanindustrie geprägt war (WEHLING 2002). Der frühere Beiname »Stadt der tausend Feuer« deutet noch auf diese Zeit hin. Seit der industriellen Revolution im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts war Gelsenkirchen mit der montanindustriellen Entwicklung bis Ende der 1950er Jahre rasant auf fast 400.000 Einwohner gewachsen. In ihren heutigen Grenzen besteht die Stadt seit der kommunalen Gebietsreform von 1928. Damals wurden die drei Gemeinden Gelsenkirchen, Buer und Horst zusammengeschlossen. Seit den 1960er Jahren ist die Stadt erheblich vom Strukturwandel in der Montanindustrie betroffen und hat seitdem fast 140.000 Einwohner wieder verloren. Das letzte Bergwerk im Stadtgebiet wurde im Jahr 2000 geschlossen. Im Mai 2011 ist die Stadt durch eine hohe Arbeitslosigkeit mit fast 14 Prozent (BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT 2011) und einem Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund von 29 Prozent (IT NRW 2014) geprägt und gilt als ein Paradebeispiel für eine schrumpfende Stadt in Deutschland.

In der Blütezeit der Montanindustrie im Ruhrgebiet entstand in den 1920er Jahren in Gelsenkirchen das sogenannte Hans-Sachs-Haus als ein modernes Rathaus, in dem mehrere Funktionen untergebracht waren. Wie in

anderen Städten des Ruhrgebietes – etwa in Oberhausen – sind die neuen Rathäuser in dieser Zeit im Stil des »Backstein-Expressionismus« errichtet und gelten inzwischen als »große alte Denkmäler« (STADT GELSENKIRCHEN 2014a). In Gelsenkirchen hatte das Hans-Sachs-Haus nicht nur die Funktion, den Rat und die Verwaltung in dem Gebäude unterzubringen. Vielmehr entstand zwischen 1925 und 1927 ein Multifunktionsbau mit einem großen Konzertsaal, einem Hotel und diversen Läden (NIEMÖLLER 2006), der der Leitidee eines Volks-Rathauses folgte (GÜNTER 2006, 28). Das Gebäude war ein Wahrzeichen für das Selbstbewusstsein der damals wirtschaftlich prosperierenden Stadt Gelsenkirchen im Ruhrgebiet.

Nachdem das Gebäude im Zweiten Weltkrieg stark beschädigt und Anfang der 1950er Jahre wieder aufgebaut worden war, wurde es während der Nachkriegszeit vernachlässigt und war Ende der 1990er Jahre in einem baulich sehr schlechten Zustand. Anfang der 2000er Jahre beauftragte der Stadtrat deshalb eine private Investorengruppe, das Gebäude denkmalgerecht zu sanieren. In einer Public Private Partnership hatte die Investorengruppe Xeris das Gebäude übernommen und sollte die erforderlichen Baumaßnahmen durchführen. Bei Fertigstellung hätte die Stadt das Gebäude im Gegenzug für 25 Jahre zurückgemietet. Mit dem Beginn der Sanierungsarbeiten wurden erhebliche Bauschäden entdeckt, deren Beseitigung zu einer wesentlichen Verteuerung der Maßnahme von ursprünglich 44 Mio. Euro auf geschätzte 143 Mio. Euro geführt hätte. Nach heftigen kommunalpolitischen Kontroversen entschied der Rat der Stadt deshalb Ende 2005, die Verträge mit

Foto 2: Das Hans-Sachs-Haus in Gelsenkirchen
Foto: Claus-C. Wiegandt



dem privaten Investor zu kündigen und das alte Rathaus vollständig abzureißen. Dies war hilfreich, um aus dem Vertrag mit der privaten Investorengruppe aussteigen zu können und eventuelle Regressansprüche zu verhindern (BARANOWSKI 2005).

Gegen diese Entscheidung, das Rathaus trotz seines ursprünglichen Status als denkmalgeschütztes Gebäude abzureißen, regte sich erheblicher Widerstand in Gelsenkirchen selbst, aber auch außerhalb der Stadt. Die örtlichen linken Parteien sowie ein eigens gegründetes Bürgerforum strebten einen Bürgerentscheid an, der später für rechtlich unzulässig erklärt wurde. In einer Petition an den Landtag, den das Bürgerforum initiiert hatte, wurde eine Aussetzung des Abrissbeschlusses gefordert (BÜRGERFORUM 2014). Bemerkenswert ist, dass sich der frühere Gelsenkirchener Oberbürgermeister Oliver Wittke als damals neuer nordrhein-westfälischer Bauminister mit der Sache beschäftigen musste, die er selbst initiiert hatte. Unterstützt wurden die kommunalen Initiativen durch zahlreiche Stimmen aus der überregionalen Architekturszene, die das Hans-Sachs-Haus als ein bedeutendes Bauwerk der Moderne würdigten. In der Folge dieser Proteste wurde der Vertrag mit dem privaten Investor aufgelöst und nach einem Kreativ-Workshop ein internationaler Architektenwettbewerb mit dem Ziel durchgeführt, die historische Fassade an drei Seiten zu erhalten und ein neues Rathaus an dieser Stelle zu bauen (STADT GELSENKIRCHEN 2014e). Ein Anbau aus den 1950er Jahren wurde abgerissen. An dieser Stelle entstand ein neuer Platz, zu dem sich das Rathaus an seiner vierten Seite mit einer neuen Glasfassade öffnet (BAUNETZ 2013).

Aus dem Wettbewerb ist das weltweit tätige und renommierte Architekturbüro Gerkan, Mark und Partner (gmp) als Sieger hervorgegangen. Im Juni 2008 hat der Rat der Stadt Gelsenkirchen dann dieses Büro beauftragt, das Projekt zu übernehmen. Von 2009 bis 2013 wurde das alte Hans-Sachs-Haus umgebaut. Es ist unter dem Begriff des »Neuen Hans-Sachs-Hauses« hinter der alten Fassade »ein Ort des politischen Austausches, Veranstaltungszentrum, kultureller Magnet und damit ein Anziehungspunkt für alle Gelsenkirchener« (STADT GELSENKIRCHEN 2014b) geworden. Eingerichtet wurden ein Bürgerforum, ein Atrium, ein Café, ein Bürgercenter, eine Stadt- und Touristeninfostelle, Ausstellungsräume und eine stadthistorische Ausstellung auf drei Ebenen des Gebäudes. Führungen bieten den Besuchern Einblicke

in die historische, zeitgeschichtliche und architektonische Entwicklung dieses Hauses. Der Umbau bzw. teilweise Neubau kostete ca. 69 Mio. Euro und wurde zu rund einem Viertel durch das Land Nordrhein-Westfalen gefördert.

Nach den großen Problemen im Umgang mit dem Hans-Sachs-Haus Mitte der 2000er Jahre hat die Stadt eine intensive Öffentlichkeitsarbeit für das Projekt gestartet. Im Frühjahr 2009 wurde ein eigener Informationspavillon gegenüber der Baustelle, eine sogenannte »bluebox«, eingerichtet, in der die Umbauarbeiten für die Bürgerschaft dokumentiert wurden. Zur Öffentlichkeitsarbeit gehört weiterhin eine eigene Webseite (STADT GELSENKIRCHEN 2014c). Die Umbauarbeiten haben sich wiederholt aufgrund von Firmeninsolvenzen und daraus resultierenden Neuausschreibungen verzögert. Im August 2013 wurde das Gebäude fertiggestellt. Am Wochenende der Eröffnung nutzten rund 20.000 Besucher die Möglichkeit, es zu besichtigen. Der Neubau wurde insgesamt als gelungen wahrgenommen und durch den NRW-Bauminister Michael Groschek in seiner Festrede als »starkes Haus der Demokratie« gelobt (STADT GELSENKIRCHEN 2014d). Das Beispiel des Hans-Sachs-Hauses in Gelsenkirchen zeigt, wie eine aufmerksame Bürgerschaft dazu beitragen kann, ein zunächst fast gescheitertes Projekt schließlich doch aus öffentlichen Mitteln anspruchsvoll zu sanieren.

4.3 Die Mitwirkung der Bürgerschaft – das Beispiel Kleve

Kleve liegt am unteren Niederrhein in Nordrhein-Westfalen nahe der deutsch-niederländischen Grenze. Mit seinen heute rund 50.000 Einwohnern ist Kleve die größte Stadt im gleichnamigen Landkreis und Sitz der Kreisverwaltung. Schon 1242 hat Kleve seine Stadtrechte erhalten und hat so als ein Zentrum im früheren Herzogtum Kleve Jülich Berg eine lange Geschichte, die mit der Schwanenburg in der Oberstadt noch heute sichtbar ist. Diese Burganlage und die Stiftskirche überragen die Stadt und prägen ihre Silhouette. Bis zum Ersten Weltkrieg war Kleve zudem eine Kurstadt, weshalb die Industrialisierung der Stadt nur zurückhaltend erfolgte (STADT KLEVE 2014a).

Im Zweiten Weltkrieg wurde die Innenstadt in erheblichem Umfang zerstört. In der Nachkriegszeit wurde sie dann überwiegend wieder aufgebaut, sodass sie heute eine weitgehend geschlossene bauliche Struktur hat,

die sich an dem früheren Straßenrundriss orientiert. Am nördlichen Rand der Innenstadt ist allerdings mit dem sogenannten Minoritenplatz ein ungeordneter Bereich geliebt (BAAK 1960), für den es seit Mitte der 2000er Jahre intensive Bestrebungen gibt, ihn unter dem Begriff der »Unterstadtbebauung« neu zu ordnen und zu bebauen.

An diesen ungeordneten Bereich des Minoritenplatzes grenzt am nördlichen Eingang zur Innenstadt das heutige Rathaus. Der Rat und die Verwaltung sind hier seit 1956 in dem Gebäude eines ehemaligen Krankenhauses untergebracht, das im Zweiten Weltkrieg weitgehend zerstört, aber wieder aufgebaut worden ist. Ein Fassadenteil dieses Nachkriegsgebäudes stammt noch aus der Mitte des 19. Jahrhunderts und erinnert an dieser Stelle an ein ehemaliges Minoritenkloster. Das Rathaus weist inzwischen erhebliche bauliche Mängel auf, sodass mit der neuen Bebauung des Minoritenplatzes auch die Sanierung oder der Neubau des Rathauses zur Diskussion stand (STADT KLEVE 2009a).

Der Minoritenplatz soll eine multifunktionale Neubebauung für den Einzelhandel, ergänzende Dienstleistungen, hochwertige Wohnungen und Parkraum erhalten, in die entweder ein Neubau oder die Sanierung des Rathauses eingebunden werden muss. Die Stadt hatte nahezu alle Grundstücke in dem Bereich erworben und ist dadurch in der Lage, den städtebaulichen Entwicklungsprozess zu steuern.

Im Rahmen eines dialogorientierten Werkstattverfahrens wurden in drei öffentlichen Foren in der ersten Jahreshälfte 2009 drei Varianten für ein zukünftiges Rathaus diskutiert (STADT KLEVE 2009b) und zur Abstimmung durch die Bürger gestellt:

- In einer ersten Variante wurde der Neubau eines Rathauses mit einer Einzelhandelsnutzung und Flächen für andere gewerbliche Dienstleistungen sowie gegebenenfalls Wohnungen vorgeschlagen. Der Neubau sollte an einem anderen Standort des Minoritenplatzes entstehen und war mit Investitionskosten in Höhe von 11,3 Mio. Euro verbunden.

- In einer zweiten Variante wurde die Sanierung des Rathauses mit Ergänzungen und nutzungsoptimierten Maßnahmen vorgeschlagen. Das Erscheinungsbild des Rathauses sollte aufgewertet und durch Anbauten zusätzlich verbessert werden. Auch für diese Variante wurden 11,7 Mio. Euro veranschlagt.

- In der dritten Variante sollte das Rathaus lediglich am alten Standort saniert werden.

Investitionskosten in Höhe von rund 6,1 Mio. Euro wurden in Aussicht gestellt.



An der Bürgerbefragung über die drei Varianten beteiligten sich im Juni 2009 rund 33 Prozent der Bürger. Mit fast 44 Prozent sprachen sie sich mehrheitlich für die dritte preiswerteste Variante aus, das Rathaus bestandsorientiert zu sanieren (STADT KLEVE 2014b).

Im weiteren Verfahren hat der Rat der Stadt Kleve dann in drei Schritten über die Veräußerungen der Flächen am Minoritenplatz und die damit verbundene städtebauliche Neugestaltung entschieden. In einer ersten Entscheidung wurde ein Teilbereich an eine Bank und einen örtlichen Projektentwickler veräußert, in einer weiteren Entscheidung im Juni 2012 wurde dann ein zweiter Teilbereich veräußert. Im Februar 2013 stimmte der Stadtrat schließlich für die Vergabe des Umbaus des Rathauses an einen mittelständischen Bauunternehmer aus Kleve, eine Neuerrichtung und Teilsanierung des Rathauses zu einem Pauschalpreis von 11,6 Mio. Euro im Passivhausstandard vorzunehmen. Damit wird letztendlich die zweite Variante des Wettbewerbes realisiert. Der Abschluss dieser Bauarbeiten ist für das Jahr 2016 vorgesehen.

Das alte Rathaus wurde bereits abgerissen und die Baugenehmigung für das neue Rathaus im Februar 2014 erteilt (RP ONLINE 2014b). Diskutiert werden in der ersten Jahreshälfte 2014 sowohl die zukünftige Farbe der Klinkerfassade (RP ONLINE 2014c) als auch die Wärmedämmung, die durch den Bauunternehmer nach Vorgabe der Stadt Kleve im Passivhausstandard ausgeführt werden soll (DER WESTEN 2013). Weiterhin ist der Umgang

Foto 3: Das sanierungsbedürftige Rathaus in Kleve

Foto: Claus-C. Wiegandt

mit archäologischen Funden noch nicht geklärt, die nach Abriss des alten Gebäudes entdeckt wurden (RP ONLINE 2014a). Der Ausgang des Projektes ist im Mai 2014 noch offen. Das Beispiel Kleve veranschaulicht die Bedeutung einer intensiven und akzeptanzstärkenden Bürgerbeteiligung in der Planungsphase des Projektes, deren Ergebnisse allerdings in der späteren Umsetzung nicht konsequent beachtet wurden.

4.4 Die Rekonstruktion einer Fassade – das Beispiel Wesel

Wesel ist wie Kleve eine Kreisstadt am Niederrhein mit rund 60.000 Einwohnern. Die Stadt liegt nordwestlich des Ruhrgebiets an der Mündung der Lippe in den Rhein und ist Mitglied des Regionalverbandes Ruhr, auch wenn die wirtschaftliche Struktur nie durch die Montanindustrie gekennzeichnet war. Stattdessen wird die Stadt heute u.a. durch die chemische Industrie geprägt.

Im Mittelalter war Wesel Hansestadt und hatte in dieser Zeit eine wichtige Bedeutung im nordwestdeutschen Städtesystem. Die Stadt verfügt also über eine lange Geschichte, die aber heute im Stadtbild für den Bürger und den Besucher kaum noch zu erkennen ist. Aufgrund der besonderen Lage an Rhein und Lippe wurde Wesel in historischer Zeit eine wichtige Festungs- und Garnisonsstadt. Dies ist auch ein Grund, weshalb die Stadt im Zweiten Weltkrieg fast vollständig zerstört wurde (STADT WESEL 2014).

Der Wiederaufbau der Innenstadt erfolgte im Zeitgeist der 1950er und 1960er Jahre, so dass die Stadt heute ein »modernes Gesicht« hat (STADT WESEL 2004, 4), das in einem Gut-

achten zur Innenstadtentwicklung auch als »ausdruckslos« und »spröde« bezeichnet wird (ebd., 24). Allein der spätgotische Dom wurde in der Nachkriegszeit in Anlehnung an die spätmittelalterliche Ausführung am Großen Markt wieder aufgebaut. Die Südseite dieses Platzes blieb aber bis Anfang der 1990er Jahre eine Baulücke. In der Folge war dieser zentrale Platz, der auch als Wochenmarkt genutzt wird, baulich nicht zufriedenstellend gefasst.

In der Blütezeit der Hanse entstand an dieser Stelle Mitte des 15. Jahrhunderts das spätgotisch-flämische Rathaus (STADT WESEL 2014). Dieses Rathaus gehörte zu den bekanntesten niederrheinischen Profanbauten dieser Zeit und symbolisierte den Reichtum der Stadt in dieser Zeit. Wie die gesamte Innenstadt wurde es allerdings im Zweiten Weltkrieg vollständig zerstört. Mitte der 1950er und 1980er Jahre wurde versucht, durch städtebauliche Wettbewerbe dem Großen Markt, dem Herzen der Stadt Wesel, ein unverwechselbares bauliches Gesicht zurück zu geben. Die Ergebnisse ließen sich aber, bis auf Teile der Nordzeile des Platzes, nicht umsetzen. Erst Anfang der 1990er Jahre trat an die Stelle der ehemaligen Südbebauung des Großen Marktes, in die auch das zerstörte Rathaus integriert war, ein Büro- und Geschäftshaus, die sogenannte »Trappzeile«. Das in der Wiederaufbauzeit errichtete »Neue Rathaus« im Kern der Weseler Innenstadt musste schon in den frühen 1970er Jahren einem Kaufhaus weichen. Stattdessen wurde Mitte der 1970er Jahre ein neues Stadtverwaltungsgebäude am nördlichen Rand des Kornmarkts gebaut. Es liegt zwar innerhalb des innerstädtischen Rings, doch hat es in der Innenstadt im Gegensatz zu dem historischen Rathaus eher eine Randlage.

In den 1980er Jahren entstand in der Bürgerschaft die Idee, die alte Rathausfassade am Großen Markt wieder aufzubauen (BÜRGERINITIATIVE 2013). 1986 wurde dazu zunächst eine eigene Bürgerinitiative »Historisches Rathaus Wesel e.V.« gegründet, die ab 2003 begann, Geld für den Wiederaufbau der historischen Fassade zu sammeln. Als »Bürgerstiftung Historisches Rathaus Wesel« konnte sie von den rund 3,5 Mio. Euro, die der originalgetreue Wiederaufbau zwischen 2009 und 2011 schließlich gekostet hat, rund 1,5 Mio. Euro durch Spenden beitragen. Über 1.000 Personen haben sich beteiligt. Die übrigen Kosten in Höhe von 2 Mio. Euro haben zu 76 Prozent das Land Nordrhein-Westfalen und zu 24 Prozent die Stadt Wesel übernommen. Mit dem Landeszuschuss verbunden war die Auflage,

Foto 4: Die rekonstruierte Rathausfassade in Wesel
Foto: Claus-C. Wiegandt



einen Teil der Räumlichkeiten hinter der Fassade für öffentliche Zwecke zu nutzen. Das bürgerschaftliche Engagement in Wesel hat den Anstoß gegeben, eine identifikationsstiftende Fassade in der vom Zweiten Weltkrieg stark zerstörten Innenstadt wieder aufzubauen.

5. Schlussfolgerungen – zur Governance und zur Repräsentation von Rathäusern

Rathäuser repräsentieren unsere Städte in einer herausgehobenen Weise. Wie unterschiedlich dies ausfallen kann, verdeutlichen eindrucksvoll die Fotos von 120 verschiedenen Bürgermeisterzimmern, die sich in einem jüngst zu diesem Thema erschienenen Bildband finden (WINDE 2012). Doch nicht nur die Möblierung der vielen Bürgermeisterzimmer gibt einen Eindruck, wie sich die kommunale Politik und die Städte in Rathausbauten nach außen präsentieren. Auch die Gebäude selbst sind mit ihrer Architektur und in der Art und Weise, wie sie geplant und gebaut werden, zum Zeitpunkt ihrer Erstellung ein Spiegelbild der städtischen Baukultur. In diesem Abschnitt wollen wir deshalb in einem ersten Schritt beleuchten, wie die Rathausbauten in der heutigen Zeit zustande kommen, und in einem zweiten Schritt darüber nachdenken, welchen Stellenwert sie heute in der Selbstdarstellung ihrer Stadt einnehmen. Für diese beiden Schlussfolgerungen nutzen wir die vier aktuellen Beispiele aus dem vorangegangenen Abschnitt, um daraus Aussagen für die derzeitige Situation in Westdeutschland abzuleiten.

5.1 Governance von Rathausbauten – Akteurkonstellationen in Veränderung

Unsere vier Beispiele deuten zunächst die Vielfalt im baulichen Umgang mit Rathäusern in den 2000er Jahren an:

- In Leverkusen handelt es sich um den kompletten Neubau eines Einkaufszentrums am Standort des Vorgängergebäudes aus den 1970er Jahren, das um die politisch repräsentativen Funktionen des Rathauses erweitert wurde.
- In Gelsenkirchen bleibt die Fassade des alten Rathauses aus den 1920er Jahren an drei Seiten erhalten und im Kern der alten Hülle ist ein neues und zeitgemäßes Verwaltungsgebäude entstanden, das zur vierten Seite durch eine Glasfassade zu einem neuen Platz hin geöffnet ist.

- In Kleve wird nach einer intensiven Bürgerbeteiligung der Rathausbau aus den 1950er Jahren an gleicher Stelle in Teilen saniert und in Teilen neu gebaut.

- In Wesel wurde schließlich nur die historische Fassade des im Krieg völlig zerstörten Rathauses anhand von Abbildungen aus der Vorkriegszeit rekonstruiert, ohne dass dadurch wesentliche Veränderungen in der Funktion des inzwischen an einem anderen Ort bestehenden Rathauses verbunden sind.

Diese vier unterschiedlichen Vorgehensweisen sind unter anderem auch auf die veränderten Rollen von Akteuren zurückzuführen, die beim Neubau oder der Modernisierung von Rathäusern beteiligt sind und teilweise sogar zu treibenden Kräften bei dieser Aufgabe wurden. Im Gegensatz zu früheren Zeiten, in denen der Bau von Rathäusern eine originär städtische Aufgabe war, die sich die öffentliche Hand nicht von anderen Akteuren abnehmen ließ, zeigen unsere vier Beispiele, dass auf der einen Seite private Investoren und auf der anderen Seite zivilgesellschaftliche Gruppen wichtige Akteure bei der Planung und beim Bau öffentlicher Gebäude werden. Die Grenzen zwischen den beteiligten Akteuren beim Umgang mit Rathausbauten verschwimmen dabei zunehmend.

So hat in Leverkusen ein großer privater Projektentwickler den Bau eines Einkaufszentrums mit dem Bau des neuen Rathauses verknüpft. Bei einer solchen Kombination von Einkaufszentrum und Rathaus wurden kommunalpolitische mit privatwirtschaftlichen Interessen eng verbunden. Über vertragliche Regelungen zwischen Stadt und Investor wurde sichergestellt, dass die baulichen Anforderungen an das neue Rathaus durch den privaten Investor sichergestellt werden und der Rat bzw. die Verwaltung der Stadt das Gebäude nach Fertigstellung auch für einen längerfristigen Zeitraum nutzen können. Die Bürgerschaft hatte sich zuvor in einem Bürgerentscheid gegen den kostspieligen Umbau des Vorgängerbau ausgesprochen, den der Rat der Stadt Leverkusen bereits beschlossen hatte. Eine schwierige kommunale Haushaltslage war das Motiv in der Bürgerschaft, sich gegen das teure kommunal initiierte Umbauvorhaben auszusprechen. Damit hatte die Bürgerschaft die Wege für ein gemeinsames Projekt zwischen Stadt und privatem Investor eröffnet.

Eine vergleichbare Rolle spielte die Bürgerschaft in der Stadt Kleve. Hier waren die Bürger bereits im Vorfeld des neuen Rathausbaus

in die Planungen eingebunden. Den Bürgern wurden nach einem offenen Planungsverfahren, das gemeinsam mit ihnen durchgeführt wurde, drei Varianten zur Abstimmung vorgestellt, wobei sie sich mehrheitlich für die kostengünstigste Variante entschieden haben: »Die 50.000 Einwohner wurden auf diese Weise zu 50.000 Bauherren, die an die Stelle des eigentlichen Bauherren traten« (MATZIG 2011, 93 f.). Statt der Experten in der Jury eines Architektenwettbewerbs waren es in diesem Fall zunächst die Bürger, die über die eingereichten Entwürfe durch ein Ratsreferendum entschieden haben. Bei diesem Plebiszit über Architektur und Städtebau waren – wie auch in Leverkusen – letztendlich die Kosten wesentlicher Faktor für die Art und Weise, wie das neue Rathaus gestaltet werden sollte, auch wenn sich die Stadt im weiteren Projektverlauf über das Votum ihrer Bürger hinwegsetzte.

Die Kosten des Umbaus bzw. Neubaus eines neuen Rathauses spielten auch in Gelsenkirchen eine zentrale Rolle im Zusammenspiel der verschiedenen Akteure. Hier drohte die Sanierung des Rathauses, die ein privater Investor in einer vertraglich abgesicherten Public Private Partnership für die Stadt begonnen hatte, zu einem finanziellen Desaster für die Stadt zu werden. Das bürgerschaftliche Engagement in der Stadt, das unter anderem auf eine berufsständische Kritik sowie eine kommunalpolitische Opposition gegenüber dem ursprünglichen Vorhaben zurückging, hat dazu beigetragen, dass der Vertrag mit dem privaten Investor aufgelöst und das Projekt in kommunaler Regie weiter voran gebracht wurde. Dabei waren die finanzielle Förderung des Landes, die Vergabe des Projekts an ein renommiertes auswärtiges Architekturbüro sowie die kommunale Öffentlichkeitsarbeit ausschlaggebende Faktoren, das fast gescheiterte Projekt letztendlich doch noch erfolgreich zu Ende zu bringen.

Bürgerschaftliches Engagement spielte schließlich auch in Wesel in den vergangenen Jahren eine zentrale Rolle. Hier waren es fast 1.000 Bürger, die sich finanziell an der Rekonstruktion der historischen Fassade des Rathauses beteiligt haben. Sie wollten damit in einer Stadt, die nach der vollständigen Zerstörung im Krieg bisher kaum baulich-gestalterische Ansatzpunkte für eine Identifikation geboten hatte, ein Zeichen für ihren bürgerschaftlichen Stolz setzen. Die kommunale Politik macht sich diese zivilgesellschaftliche Initiative heute in ihrem Stadtmarketing zur eigenen Sache.

5.2 Repräsentation durch Rathausbauten – Rathäuser mit Botschaften

Mit Bezug auf die Dissertation zu den neuen Botschaftsgebäuden in Berlin mit dem markanten Titel »Botschaften mit Botschaften« (FLEISCHMANN 2008) soll an dieser Stelle über die Repräsentationsfunktion der neuen Rathäuser für die Städte nachgedacht werden. Es stellt sich dabei die Frage, welche Rolle Rathausbauten heute bei geänderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und neuen Akteurkonstellationen spielen können. Im Gegensatz zu den Botschaften in Berlin, bei denen die Gebäude für den jeweiligen Staat im deutschen Ausland stehen und damit ein eigenes »Länderbild« in Deutschland schaffen und prägen können (FLEISCHMANN 2008, 16), stehen die Rathäuser in ihrer Stadt selbst und werden damit zu materialisierten Stadtbildern an einer meist zentralen Stelle in der Innenstadt. Sie bilden damit zum einen »nach innen« einen mehr oder weniger wichtigen Identifikationspunkt für die Bewohner der Stadt und repräsentieren die Stadt zum anderen »nach außen«. Die Bedeutung des Rathauses ergibt sich oft historisch aus seiner Funktion als der entscheidende Ort in einer Stadt, in dem die kommunale Politik betrieben wird und die Geschicke einer Stadt bestimmt werden.

Die vier Fallstudien zeigen, dass es in den vergangenen zehn Jahren unterschiedliche Einstellungen in der Bürgerschaft zum Umgang mit Rathausbauten gibt. So scheint es beim Thema des Rathausbaus in Leverkusen eine geringere Notwendigkeit bei den Bürgern zu geben, sich auf ein eigenes entsprechend repräsentatives Bauwerk beziehen zu können. Statt eines Rathauses gibt es heute eine Rathaus-Galerie, in die die Funktionen des Rathauses zwar integriert sind, das aber von der Einzelhandelsfunktion dominiert wird. Neben dem Eingang in das Einkaufszentrum gibt es noch einen eigenen Eingang in das Rathaus, in dem sich ein Bürgerbüro, die Rats- und Sitzungssäle sowie ein Teil der Büros der Stadtverwaltung auf zwei eigenen Etagen über dem Einkaufszentrum befinden. Die futuristische Form dieses Gebäudeteils wird in Leverkusen schon als Ufo bezeichnet (HÄUSLER & HÄUSLER 2012, 121). Im Gegensatz zu Gelsenkirchen, einer ebenfalls jüngeren Industriestadt, war der Vorgängerbau des Rathauses aus den 1970er Jahren kein geliebtes und geschätztes Bauwerk. In Gelsenkirchen war diese Situation anders. Das Hans-Sachs-Haus aus den 1920er Jahren war nicht nur ein

architektonisch bemerkenswertes Bauwerk, in dem der Rat und die Verwaltung der Stadt untergebracht waren, sondern es war auch ein bedeutendes kulturelles Zentrum, an das viele Bürger der Stadt Gelsenkirchen positive Erinnerungen hatten. Es war ein wichtiger Ort der Identifikation, sodass eine Erhaltung und Sanierung dieses Bauwerkes für die Bürgerschaft eine hohe Bedeutung hatte.

Vergleichbar ist der unterschiedliche Stellenwert der Rathausbauten in den beiden ungefähr gleich großen Kreisstädten Kleve und Wesel. In Kleve gibt es trotz erheblicher Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg mit der wiederaufgebauten Schwanenburg und der Stiftskirche bauliche Anknüpfungspunkte, die den Bürgern Möglichkeiten einer Identifikation mit ihrer Stadt bieten. Diese Stadtsilhouette findet sich beispielsweise auch im Logo der Stadt wieder. So wird es verständlich, dass die Bürger in Kleve keine besonderen Ansprüche an die Sanierung ihres Rathauses aus den 1950er Jahre bei der eigenen Befragung stellen. In Wesel mangelte es hingegen bisher an solchen baulichen Orten der Identifikation. Daher gab es in der Bürgerschaft den Wunsch, die im Krieg zerstörte Fassade des Rathauses zu rekonstruieren und sich daran auch in größerem Umfang mit Spenden zu beteiligen. Mit der aufwändigen Rekonstruktion der Rathausfassade wurde in Wesel Ende der 2000er Jahre das Symbol bürgerlicher Selbstverwaltung wiederhergestellt. Hier kann die Ästhetisierung von Vergangenen Einfluss sowohl auf das kollektive Gedächtnis als auch auf Identifikationsprozesse der Bevölkerung nehmen (BISCHOFF & DENZER 2009, 17). Interessant ist es, dass in Wesel die Initiative von den Bürgern ausging, während in Kleve die Stadt die Bürger nach ihrer Einstellung zum Neubau oder der Sanierung des Rathauses gefragt hatte.

6. Fazit

Am Beispiel der öffentlichen Bauaufgabe »Rathaus« haben wir das veränderte Zusammenspiel der gesellschaftlichen Kräfte im Rahmen der Stadtpolitik beispielhaft untersucht. Wir konnten zeigen, wie sich die Zielsetzungen und Ansprüche an das öffentliche Bauen von Rathäusern in den vier Fallstudienstädten im Spannungsfeld zwischen Governance und Repräsentation auf deren Gestaltung auswirken.

Die Städte selbst haben als Bauherren in unseren vier Beispielen einen unterschiedli-

chen Anspruch, mit ihren Rathäusern eine herausgehobene Vorbildfunktion beim Bauen zu übernehmen. In Leverkusen hat die Stadtpolitik die Aufgabe, ein neues Rathaus zu bauen, an einen privaten Investor delegiert und sich über vertragliche Regelungen eine Mitsprache an der baulichen Gestaltung gesichert. Dies entspricht kaum dem ursprünglichen Gedanken der Darstellung von Demokratie mit einem öffentlichen Bauwerk. In Gelsenkirchen waren es die Schwierigkeiten der Public Private Partnership bei der Modernisierung sowie die Proteste aus der Bürgerschaft, die dazu geführt haben, dass die Stadt ihre Rolle als Bauherr wieder ernst genommen hat. In Kleve hat die Stadtpolitik in die Entscheidung über die Ausgestaltung ihres Rathausbaus die Bürger intensiv eingebunden, und in Wesel waren die Bürger sogar die treibenden Kräfte, die Fassade des alten Rathauses als ein identitätsstiftendes Moment in ihrer Innenstadt zu rekonstruieren. Beim Abriss, dem Neubau oder der Modernisierung von Rathausbauten zeigt sich die Bedeutung, die die Bürger ihrem Rathaus jeweils schenken.

Dabei lässt sich die Frage nach dem Stellenwert der Repräsentationsfunktion von Rathausbauten heute nicht eindeutig beantworten. Einerseits ist zu beobachten, dass die Bürger unter dem Eindruck von knappen Kassen auf einen aufwändigen Umgang mit Rathausbauten verzichten wollen und bei Bau- und Sanierungsvorhaben gegen eine Kooperation der Städte mit privaten Investoren, die sich im Beispiel Leverkusen auch baulich im Rathaus abbildet, nichts einzuwenden haben. Andererseits wird aber die besondere Repräsentationsfunktion von Rathausbauten von den Bürgern auch unterstützt bzw. wird ein rigides Vorgehen mit identifikationsstiftender Bausubstanz mit Bürgerprotesten abgelehnt. Dafür bedarf es aufmerksamer Bürger, die sich ihrer eigenen Rolle und ihrer Einflussmöglichkeiten auf den Bauherren bewusst sind und die sich im Rahmen der demokratischen Entscheidungsprozesse erfolgreich zu artikulieren wissen.

Es ist die spezifische Ausgangslage in den Städten, die diesen unterschiedlichen Umgang mit der gebauten Substanz von Rathäusern erklärt. So gibt es Städte, in denen die Rathausbauten einen hohen Identitätsfaktor darstellen, und wiederum andere Städte, in denen es an einer entsprechenden emotionalen Beziehung zu den Rathausbauten fehlt. Abhängig ist dies auch vom jeweiligen städtebaulichen Gefüge, in die die Rathaus-

bauten eingebunden sind. Abschließend ist im Umgang der öffentlichen Hand mit Rathäusern festzuhalten, dass im Spannungsfeld zwischen Governance und Repräsentation der Beteiligung der Bürgerschaft eine beson-

dere Bedeutung zukommt. Dadurch können lokalspezifische Lösungen der Rathausgestalt ausgehandelt werden, die das Identifikationspotenzial der Bürger einer Stadt – der eigentlichen Bauherren – mit ihrem Rathaus erhöht.

Anmerkung

* Bei dem Beitrag handelt es sich um einen Aufsatz, der bereits in »Berichte. Geographie und Landeskunde«, Bd. 88, H. 1, 2014, S. 39-61 erschienen ist.

Literatur

- ARNDT, A. 1984: Demokratie als Bauherr. Berlin (= Architextbook, 1).
- BAAK, B. 1960: Zerstörung, Wiederaufbau und Verwaltung der Stadt Kleve, 1944-1957. Kleve.
- Baranowski, F. 2005: Sanierung Hans-Sachs-Haus. Rede von Oberbürgermeister Frank Baranowski zur Rats-sitzung am 15.09.2005. <http://oberbuergemeister.gelsenkirchen.de/aktuelles/reden/Sanierungsstopp-HansSachsHaus.asp> (letzter Zugriff am 18.06.2014).
- BAUNETZ 2013: Hans-Sachs-Haus. Neues altes Rathaus in Gelsenkirchen. 30.08.2013. http://www.baunetz.de/meldungen/Meldungen-Neues-altes-Rathaus_in_Gelsenkirchen_3297409.html (letzter Zugriff am 18.06.2014).
- BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) 2002: Baukultur in Deutschland. 1. Statusbericht. Langfassung. Bonn (= Berichte 11).
- BECK, U. 1999: Die Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. In: Pongs, A. (Hrsg.): In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Gesellschaftskonzepte im Vergleich. München, S. 47-66 (= Gesellschaft X, 1).
- BISCHOFF, W. u. V. DENZER 2009: Orte des Erinnerens und Vergessens aus geographischer Perspektive. In: Berichte zur deutschen Landeskunde, 83, S. 5-25.
- BMVBW – Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (Hrsg.) 2001: Statusbericht Baukultur in Deutschland. Ausgangslage und Empfehlungen. Unter Mitarbeit von Gert Kähler. Berlin.
- BÜRGERFORUM 2014: Die Petition. <http://www.buergerforum-hsh.de/index.php?wahl=petition> (letzter Zugriff am 18.06.2014).
- BÜRGERINITIATIVE »Historisches Rathaus Wesel e.V.« 2013: Historisches Rathaus zu Wesel am Rhein. http://www.historisches-rathaus-wesel.de/index.php?option=com_content&view=article&id=109&Itemid=41 (letzter Zugriff am 10.03.2013).
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT 2011: Arbeitsmarktreport. Agentur für Arbeit Gelsenkirchen. Mai 2011. Nürnberg (=Arbeitsmarkt in Zahlen). http://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Rubrikensuche/Rubrikensuche_Suchergebnis_Form.html?nn=32022&year_month=201105&pageLocale=de&view=processForm&topicId=22410®ionInd=345-bis-06-2012 (letzter Zugriff am 18.06.2014).
- DIE ZEIT 2013: »Was soll das eigentlich?« Ein Gespräch von Moritz Müller-Wirth und Hanno Rauterberg mit Louisa Hutton und Helmut Schmidt. 07.03.2013, S. 43.
- DAMUS, M. 1988: Das Rathaus. Architektur- und Sozialgeschichte von der Gründerzeit zur Postmoderne; Schwerpunkt: Rathausbau 1945 - 1986 in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin (= Gebr.-Mann-Studio-Reihe).
- DER WESTEN 2013: Ärger über Baumaterialien am Klever Rathaus. 09.11.2013. <http://www.derwesten.de/staedte/nachrichten-aus-kleve-und-der-region/aerger-ueber-baumaterialien-am-klever-rathaus-id8648422.html> (letzter Zugriff am 18.06.2014).
- DEUTSCHER BUNDESTAG 2002: Drucksache 14/8966 vom 29.04.2002. Unterrichtung durch die Bundesregierung. Bericht der Bundesregierung - Initiative Architektur und Baukultur. Köln.
- DURTH, W. u. P. SIGEL 2009: Baukultur. Spiegel gesellschaftlichen Wandels. Berlin.
- ECE – ECE Projektmanagement GmbH & Co. KG 2010: Zentrum im Wandel. Leverkusen.
- ECE – ECE Projektmanagement GmbH & Co. KG 2014: Rathaus Galerie Leverkusen. <http://www.ece.de/de/geschaefsfelder/shopping/listedersshoppingprojekte/center/rgl/> (letzter Zugriff am 18.06.2014).
- EINIG, K.; Grabher, G.; Ibert, O. u. W. Strubelt 2005: Einführung Urban Governance. In: Informationen zur Raumentwicklung, S. I-IX.
- FLEISCHMANN, K. 2008: Botschaften mit Botschaften. Von Raumbildern und einer Neuen Länderkunde. Oldenburg (= Wahrnehmungsgeographische Studien 24).
- GIDDENS, A. 2000: Die moderne Gesellschaft. In: Pongs, A. (Hrsg.): In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Gesellschaftskonzepte im Vergleich. München, S. 53-78 (= Gesellschaft X, 2).

- GÜNTER, R. 2006: Die Ruhrgebiets-Ikone Hans-Sachs-Haus führen Denk-Fehler zum Desaster – und jetzt zur öffentlichen Hinrichtung? In: Deutscher Werkbund NW (Hrsg.): Weltstar Hans-Sachs-Haus. Bedrohtes Demokratie-Denkmal – Aufbruch statt Abbruch. Essen, S. 28-55 (= Einmischen und Mitgestalten, 3).
- HALLAUER, F. 1984: Der Staat als Bauherr – Der Staat als Architekt. In: Flagge, I.; Der Minister für Landes- und Stadtentwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Architektur des Staates. Eine kritische Bilanz staatlichen Baues in Nordrhein-Westfalen von 1946 bis heute. Kleve, S. 9–21.
- HÄUSLER, R. u. M. HÄUSLER 2012: Deutschland stirbt im Westen. Wie die Arroganz der Macht und der ungerechte Ost-Soli unsere Städte in den Ruin treiben. Berlin.
- HÄUSSERMANN, H.; Läßle, D. u. W. Siebel 2008: Stadtpolitik. Frankfurt am Main.
- HEEG, S. 2008: Von Stadtplanung und Immobilienwirtschaft. Die »South Boston Waterfront« als Beispiel für eine neue Strategie städtischer Baupolitik. Bielefeld (= Urban Studies).
- HEINZ, W. 2008: Der große Umbruch. Deutsche Städte und Globalisierung. Berlin (= Edition Difu - Stadt Forschung Praxis, 6).
- HOLTKAMP, L. 2007: Local Governance. In: Benz, A.; Lütz, S.; Schimank, U. u. G. Simonis (Hrsg.): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden, S. 366–377.
- IBERT, O. 2007: Megaprojekte und Partizipation. Konflikte zwischen kommunikativer und handlungsorientierter Rationalität in der Stadtentwicklungsplanung. In: disP, 43, S. 50–63.
- IT NRW – Information und Technik Nordrhein-Westfalen 2014: Bevölkerung und Haushalte. Kreisfreie Stadt Gelsenkirchen, Stadt am 9. Mai 2011. Ergebnisse des Zensus 2011. Düsseldorf. http://www.it.nrw.de/statistik/z/zensus_2011/gemeindeblaetter/B05513.pdf (letzter Zugriff am 18.06.2014).
- JAKUBOWSKI, P. u. S. HERZ 2005: Effizientere Stadtentwicklung durch Kooperation? Abschlussbericht zum ExWoSt-Forschungsfeld »3stadtz – Neue Kooperationsformen in der Stadtentwicklung«. Bonn (= Werkstatt: Praxis, 36).
- KRAMER, S. 2001: Architektur und Demokratie. Eine Analyse am Beispiel des Neuen Dortmunder Rathauses. Frankfurt (= Europäische Hochschulschriften, 373).
- KRON, T. 2010: Zeitgenössische soziologische Theorien. Zentrale Beiträge aus Deutschland. Wiesbaden.
- LÜTKE DALDRUP, E. 2009: Das baukulturelle Engagement des Bundes: Architektur der Demokratie. In: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung (Hrsg.): Architektur der Demokratie. Bauten des Bundes 1990 - 2010. Ostfildern, S. 14–22.
- MATZIG, G. 2011: Einfach nur dagegen. Wie wir unseren Kindern die Zukunft verbauen. München.
- MITSCHERLICH, A. 1965: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden. Frankfurt am Main.
- NASARKE, A. 1977: Leverkusen: Eine neue Stadt, eine neue Stadtmitte, ein neues Rathaus. In: Hergt, S. u. W. A. Rudolph (Hrsg.): Rathäuser erzählen Stadtgeschichte. Der Leverkusener Weg zu einem Ganzen. Leverkusen, S. 154–184.
- Niemöller, W. 2006: Das Hans-Sachs-Haus (1950). In: Deutscher Werkbund NW (Hrsg.): Weltstar Hans-Sachs-Haus. Bedrohtes Demokratie-Denkmal – Aufbruch statt Abbruch. Essen, S. 14-27 (= Einmischen und Mitgestalten, 3).
- RP ONLINE 2014a: Endgültig grünes Licht für Rathaus-Bau. 21.02.2014. <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/kleve/endgueltig-gruenes-licht-fuer-rathaus-bau-aid-1.4052007> (letzter Zugriff am 18.06.2014).
- RP ONLINE 2014b: Grundstein für Klever Rathaus liegt. 02.05.2014. <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/kleve/grundstein-fuer-klever-rathaus-liegt-aid-1.4209451> (letzter Zugriff am 18.06.2014).
- RP ONLINE 2014c: Fahrradtour für Rathaus-Klinker-Suche. 22.05.2014. <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/kleve/fahrradtour-fuer-rathaus-klinker-suche-aid-1.4259427> (letzter Zugriff am 18.06.2014).
- SCHARPF, F. W. 2000: Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung. Opladen.
- SCHRAVEN, T. 2009: (Sozial-)demokratie als Bauherr. Rathausbau der 1960er und 1970er Jahre in der BRD und Essen. Essen.
- SELLE, K. 2005: Planen, Steuern, Entwickeln. Über den Beitrag öffentlicher Akteure zur Entwicklung von Stadt und Land. Dortmund (= Edition Stadt-Entwicklung).
- STADT GELSENKIRCHEN 2014a: Hans-Sachs-Haus Gelsenkirchen. Eine virtuelle Ausstellung. <http://www.hsh-ge.de/> (letzter Zugriff am 18.06.2014).
- STADT GELSENKIRCHEN 2014b: Das neue Hans-Sachs-Haus. <http://www.stadterneuerung-gelsenkirchen.de/Einzelprojekte/Hans-Sachs-Haus/default.asp?highmain=3&highsub=1&highsubsub=0> (letzter Zugriff am 18.06.2014).
- STADT GELSENKIRCHEN 2014c: Das neue Hans-Sachs-Haus. http://www.gelsenkirchen.de/de/Rathaus/Hans_Sachs_Haus/default.asp (letzter Zugriff am 18.06.2014).
- STADT GELSENKIRCHEN 2014d: Das neue Hans-Sachs-Haus ist schon jetzt ein Besuchermagnet. Fast 20.000 Besucher strömten in das neue Rathaus. http://www.gelsenkirchen.de/de/Rathaus/Hans_Sachs_Haus/Aktuelles/Tage_der_offenen_Tuer.asp (letzter Zugriff am 18.06.2014).
- STADT GELSENKIRCHEN 2014e: Hans-Sachs-Haus. http://stadtplanung.gelsenkirchen.de/02_Projekte_Stadtbezirke/Projekte_Mitte/HansSachsHaus/hanssachshaus.asp (letzter Zugriff am 18.06.2014).
- STADT KLEVE 2009a: Information zum Verfahren zur Entwicklung der Unterstadt. Minoritenplatzbebauung und Rathaus. [http://www.kleve.de/C12572B300270277/files/Informationsbroschuere.pdf/\\$file/Informati](http://www.kleve.de/C12572B300270277/files/Informationsbroschuere.pdf/$file/Informati)

- onsbroschuere.pdf?OpenElement (letzter Zugriff am 10.03.2013).
- STADT KLEVE 2009b: Entwicklung der Unterstadt. Minoritenplatzbebauung und Rathaus. Bürgerbefragung 9. Juni 2009. [http://www.kleve.de/C12572B300270277/files/dokumentationsbroschuere.pdf/\\$file/dokumentationsbroschuere.pdf?OpenElement](http://www.kleve.de/C12572B300270277/files/dokumentationsbroschuere.pdf/$file/dokumentationsbroschuere.pdf?OpenElement) (letzter Zugriff am 10.03.2013).
- STADT KLEVE 2014a: Geschichte der Stadt Kleve. <http://www.kleve.de/C12572B30025D73F/html/DD9259774C81FF12C125750D0053E682?opendocument> (letzter Zugriff am 18.06.2014).
- STADT KLEVE 2014b: Bürgerbefragung Gesamtergebnis »Entwicklung der Unterstadt Kleve Minoritenplatzbebauung und Rathaus am 07.06.2009. <https://rat.kleve.de/C1257AC2003F743D/html/892167C82B28B636C1257AC3005C45D4?opendocument> (letzter Zugriff am 18.06.2014).
- STADT LEVERKUSEN 2006: Städtebaubericht 2006. Bauten – Projekte – Visionen. Leverkusen.
- STADT LEVERKUSEN 2013: Bürgerbegehren und –entscheide in Leverkusen. http://www.leverkusen.de/vv/produkte/FB33/Buergerbegehren_Buergerentscheide_in_Leverkusen.php (letzter Zugriff am 10.03.2013).
- STADT LEVERKUSEN 2014: Zur Stadtgeschichte. <http://www.leverkusen.de/leben-in-lev/stadtportraet/zah-lendaten/stadtgeschichte.php> (letzter Zugriff am 18.06.2014).
- STADT WESEL 2004: Konzept zur Entwicklung der Innenstadt von Wesel. Bearbeitung: Junker und Kruse. Stadtforschung, Stadtplanung. Wesel. [http://www.wesel.de/C125747B004AB891/files/innenstadtkonzept14-07-04.pdf/\\$file/innenstadtkonzept14-07-04.pdf?OpenElement](http://www.wesel.de/C125747B004AB891/files/innenstadtkonzept14-07-04.pdf/$file/innenstadtkonzept14-07-04.pdf?OpenElement) (letzter Zugriff am 10.03.2013).
- STADT WESEL 2014: Geschichte der Stadt Wesel. http://www.wesel.de/C125747B004BE4D6/html/1CB23070D159BEDAC12574AB001F1C1D?opendocument&id=19633_45530 (letzter Zugriff am 18.06.2014).
- STRACK, T. 2011: Das neue Rathaus in Leverkusen – eine empirische Untersuchung zur Wahrnehmung und Akzeptanz in der Bevölkerung. Bonn (unveröffentlichte Diplomarbeit).
- WEFING, H. 1995: Parlamentsarchitektur. Zur Selbstdarstellung der Demokratie in ihren Bauwerken; eine Untersuchung am Beispiel des Bonner Bundeshauses. Berlin (= Beiträge zum Parlamentsrecht, 31).
- WEFING, H. 2001: Kulisse der Macht. Das Berliner Kanzleramt. Stuttgart.
- WEHLING, H.-W. 2002: Kreisfreie Stadt Gelsenkirchen. In: Heineberg, H.; Mayr, A.; Seidel, W. u. K. Temnitz (Hrsg.): Die Emscher-Lippe-Region. Der Kreis Recklinghausen, die Stadt Bottrop, die Stadt Gelsenkirchen. Münster, S. 267-285 (= Städte und Gemeinden in Westfalen, 8).
- WILHELM, K. 2001: »Demokratie als Bauherr«. Überlegungen zum Charakter der Berliner politischen Repräsentationsbauten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 34/35, S. 7-15.
- WINDE, J. 2012: Bürgermeisterzimmer in Deutschland. Bielefeld.
- WOOD, G. 2003: Die postmoderne Stadt. Neue Formen der Urbanität im Übergang vom zweiten ins dritte Jahrtausend. In: Gebhardt, H.; Reuber, P. u. G. Wolkersdorfer (Hrsg.): Kulturgeographie. Aktuelle Ansätze und Entwicklungen. Heidelberg, S. 131-148.

Umgang mit Kirchenräumen in Deutschland und den Niederlanden*



In Deutschland stehen Kirchen leer oder werden nicht ausreichend genutzt. Beide Volkskirchen werden zukünftig nicht mehr in der Lage sein, ihren gesamten Gebäudebestand zu unterhalten. Sie suchen daher nach funktionellen, baulichen und wirtschaftlich tragfähigen Lösungen. Das Spektrum der Nachnutzungen für Kirchengebäude, die zum großen Teil unter Denkmalschutz stehen, ist breit: von Nutzungsänderungen und Nutzungserweiterungen bis hin zum Abriss des Gebäudes als ultima ratio.

Es werden Empfehlungen an verschiedenen Akteure formuliert, insbesondere an die Kommunen, rechtzeitig den Dialog mit den kirchlichen Gremien zu suchen, um frei von drängenden Sachzwängen gemeinsam Lösungen zu finden.

Weiter gehende Perspektiven bietet der Blick in die Niederlande, wo das Thema seit vielen Jahren auf der Tagesordnung steht. Er zeigt, wie wichtig ein seriöser öffentlicher Diskurs über das Thema ist, dass auf allen räumlichen Ebenen Lösungen gefördert werden können und wie ehrenamtliche und private Strukturen das öffentliche Engagement ergänzen können.

Zur Situation der Kirchen in Deutschland – Zahlen und Fakten

In Deutschland stehen Kirchen leer oder werden nicht ausreichend genutzt. Hauptursache für diesen Trend ist die sinkende Anzahl der Kirchenbesucher. Die evangelische sowie die katholische Kirche stehen vor der Aufgabe, ihre Bausubstanz zu restrukturieren und funktionelle, baulich und wirtschaftlich tragfähige Lösungen für ihre Gebäude zu suchen.

Beide Volkskirchen werden zukünftig nicht mehr in der Lage sein, ihren gesam-

ten Gebäudebestand wirtschaftlich zu unterhalten. Denn sie verfügen über sehr viel Raum: So besitzt die evangelische Kirche etwa 75.000 Gebäude, davon etwa knapp 21.000 Kirchen und Kapellen, von welchen mehr als 16.600 unter Denkmalschutz stehen.¹ Die übrigen Gebäude werden profan genutzt: als Pfarrhäuser, Wohnstifte, Kindergärten usw.

¹ Evangelische Kirche, Zahlen und Fakten zum kirchlichen Leben, Kirchenamt der EKD (Hg.), Hannover. http://www.ekd.de/download/broschuere_2012.pdf, 20.03.2013, S.35.

Prof. Dipl.- Ing. Kerstin Gothe, Stadtplanerin und Professorin am Institut Entwerfen von Stadt und Landschaft an der Architekturfakultät des KIT (Karlsruher Institut für Technologie).

Forschungsschwerpunkte: Ländlicher Raum, URBAN VOIDS in Karlsruhe und Seoul (Südkorea), Kirchen in der Stadt

* Dieser Beitrag erschien in der Zeitschrift Österreichische Zeitschrift für Kunst- und Denkmalpflege 2014, Heft 3/4

Die katholische Kirche besitzt etwa 60.000 Gebäude, davon etwa knapp 24.500 Kirchen und Kapellen, von welchen mehr als 23.000 unter Denkmalschutz stehen.² Die Erhaltung, Sanierung und der Betrieb besonders der denkmalgeschützten Bauwerke verursachen einerseits einen Mehraufwand an Kosten.³ Denn die Gebäude müssen nicht nur instandgehalten werden, sondern auch an neue Standards (z.B. den behindertengerechten Ausbau), neue Nutzeransprüche (z.B. den Wunsch nach beheizten Sakralräumen) und neue Erfordernisse der Haustechnik angepasst werden. Andererseits macht der hohe Anteil denkmalgeschützter Gebäude den besonderen baukulturellen Wert der kirchlichen Gebäude deutlich.

Die Mitgliederzahlen der evangelischen und der katholischen Kirche entwickeln sich rückläufig. Im Zeitraum von 2007 bis 2010 haben beide jeweils annähernd eine Million Mitglieder verloren.⁴ Der Rückgang wird besonders durch die demographische Entwicklung beeinflusst, wobei auch Faktoren wie Religionsverdrossenheit und fehlende Identifikation mit der Kirche eine Rolle spielen. Der Mitgliederrückgang wird sich langfristig auf die finanzielle Situation der Kirchen auswirken, da Kirchensteuereinnahmen fehlen werden. Man kann heute davon ausgehen, dass die evangelische Kirche in 30 Jahren ein Drittel ihrer Mitglieder und die Hälfte ihrer heutigen Kirchensteuereinnahmen verloren haben wird.⁵ Eine ähnliche Entwicklung ist auch in der katholischen Kirche zu erwarten.

Im Folgenden soll der Fokus auf die sakralen Gebäude gelegt werden, nicht auf die

2 Deutsche Bischofskonferenz, Katholische Kirche in Deutschland. ZAHLEN UND FAKTEN 2011/12, g. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Arbeitshilfen 257, Bonn 2013. http://www.dbk-shop.de/media/files_public/lhbftthquu/DBK_5257.pdf, 20.03.2013, S. 34.

3 So wurden 12,3 % des gesamten Budgets der Gliedkirchen der Evangelischen Kirche Deutschland von ca. 10 Mrd. Euro für die Erhaltung und Sanierung der kirchlichen Gebäude aufgewendet. Dies entspricht 1,223 Mrd. Euro. Dagmar Reiß-Fechter (Hg.), Kirchliches Immobilienmanagement - Der Leitfaden, Berlin 2009, S. 40.

4 Statistisches Jahrbuch 2012. Kapitel 2 - Bevölkerung, Familien, Lebensformen, Statistisches Bundesamt (Hg.), Berlin. https://www.destatis.de/DE/Publikationen/StatistischesJahrbuch/GesellschaftundStaat/Bevoelkerung.pdf?__blob=publicationFile, 20.03.13, S. 65. Die evangelische Kirche hatten 2010 23,9 Millionen Mitglieder, die katholische 24,6 Millionen.

5 Helge Adolphsen, Kirchen haben kein Verfallsdatum, in: Bauwelt, Heft 5, Berlin 2006, S. 30.

übrigen kirchlichen Liegenschaften. Nur ein kleiner Teil der Kirchenmitglieder nutzt die Kirchen. So besuchen durchschnittlich 4% der Protestanten in Deutschland regelmäßig den sonntäglichen Gottesdienst und 14,8 % der Katholiken die Eucharistie-Feier.⁶ Dieser Trend führt – verbunden mit den knapperen Finanzmitteln – zur Diskussion über die Aufgabe von Kirchengebäuden. Derzeit steht die Entwicklung noch am Anfang. So wurden zwischen 1990 und 2010 bereits 202 evangelische Kirchen verkauft und 75 abgerissen.⁷ In der katholischen Kirche sind die Angaben weniger genau: hier wurden in der Vergangenheit 242 katholische Kirchen aus der sakralen Nutzung genommen, wovon 30 abgerissen wurden. Es wird erwartet, dass zukünftig etwa 3% der momentan noch genutzten Kirchen dauerhaft ihre kirchliche Nutzung verlieren werden.⁸ Das Spektrum der Möglichkeiten im Umgang mit »überzähligen Kirchen« ist dabei sehr breit und reicht von Nutzungsänderungen und Nutzungserweiterungen bis hin zum Abriss des Gebäudes als ultima ratio.

Grundsätzliche Lösungen für »überzählige Kirchen«

Diskutiert werden folgende Lösungsansätze:

■ **Organisatorische Lösungen:** Durch das Zusammenlegen von verschiedenen Pfarrstellen können Kirchengebäude gehalten, aber seltener genutzt werden. Die Nutzung wird extensiviert. In Einzelfällen findet nur noch saisonal (außerhalb der Heizperiode) oder nur noch alle drei Wochen ein Gottesdienst statt.

■ **Nutzungsverdichtung mit kirchlichen oder Kirchen nahen Nutzungen:** verschiedene kirchliche Aufgaben werden ins Kirchengebäude verlegt, die bisher in profanen Gebäuden untergebracht waren, z.B. Gemeindehaus, Pfarrbüro oder auch Räume für die Caritas, für Klöster oder kirchliche Schulen. Durch diese Integration und Verdichtung von kirchlichen Nutzungen kann langfristig der lokale Bestand an kirchlichen Gebäuden

6 Rainer Fisch, Umnutzung von Kirchengebäuden in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Deutsche Stiftung Denkmalschutz (Hg.), Bonn 2008, S. 20.

7 Matthias Schulz. Das letzte Abendmahl, in: Der Spiegel, H. 7, 2013, S. 108–110. Diese müssen Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland sein. <http://www.oekumene-ack.de/index.html>, 11. 3. 2013.

8 Deutsche Bischofskonferenz 2012 (zit. Anm 2). S. 34.

reduziert werden.⁹ Der Kirchenraum bleibt der wesentliche Bezugspunkt der örtlichen Gemeinde.

■ **Nutzungserweiterung durch nicht-kirchliche Nutzungen:** Es werden neue, profane Nutzungen im Kirchenraum untergebracht. Die Nutzung kann zeitlich erweitert werden, beispielsweise durch eine profane Nutzung in der Woche und eine kirchliche am Wochenende (Beispiel Kulturkirche Hamburg Altona¹⁰) oder auch räumlich durch den Einbau von Räumen für eine zusätzliche Nutzung (wie im Beispiel der vom Architekten Klaus Block umgebauten Stadtpfarrkirche Müncheberg).

■ **Kirchenumnutzung¹¹:** Hier gibt die Kirche ihre sakrale Funktion zugunsten einer anderen Nutzung auf. Konflikte entstehen bei dieser Lösung besonders durch die Art der Nutzung, gegebenenfalls durch die daraus resultierenden baulichen Veränderungen sowie aufgrund der emotionalen Bindung der Gemeindeglieder an das Gebäude.

■ **Stillegung:** Kann für das Kirchengebäude keine Nutzung gefunden werden, wird es im Einzelfall stillgelegt.

■ **Abbruch als Ultima Ratio:** Um eine image-schädigenden Fremdnutzung zu vermeiden oder um finanzielle Erträge aus dem Grundstück zu ziehen, werden Kirchengebäude im Einzelfall auch abgebrochen.¹²

In der Umgestaltungspraxis unterscheiden sich die beiden Volkskirchen wenig voneinander. Der Hauptunterschied der beiden Kirchen liegt in der Bedeutung des Kirchenraumes. So handelt es sich bei der katholischen Kirche um einen geweihten heiligen Raum,

welcher durch einen Prozess der Entweihung gehen muss, bevor eine profane Nachnutzung möglich ist.¹³ Bei der evangelischen Kirche sind profane und sakrale Nutzungen im selben Raum möglich.

Umnutzungen sind nicht nur innerkirchlich, sondern auch innerhalb der Gesellschaft teilweise umstritten: Ein Problem ist die Angemessenheit der Folgenutzung. Bei Sakralräumen wird fast jede Art der Nachnutzung gesellschaftlich als Abwertung angesehen.¹⁴ Nicht nur für Kirchgänger, sondern für alle Bürger besitzt die Kirche als Gebäude einen hohen Wert und ist Ort der Identifikation. Daher wird eine Weiternutzung durch andere Kirchen oder Glaubenseinrichtungen¹⁵ gern gesehen, sofern sie nicht als Moscheen genutzt werden. Akzeptiert werden auch kulturelle Nutzungen (Ausstellungen, Konzertsäle, Vortragsräume, Bibliotheken), allerdings wird man damit absehbar nicht alle überzähligen Kirchen füllen können. Büros und sonstige Arbeitsplätze (Werkstätten) werden weniger geschätzt. Inzwischen finden sich in Deutschland auch Umbauten für Wohnnutzungen, Sporteinrichtungen (z.B. Kletterhalle, Turnhalle), Kindergärten sowie Gastronomie- und Hotelgewerbe.

Möglicherweise ist entscheidender als die Frage, *wie* eine Kirche nachgenutzt wird, die Frage, *durch wen* sie genutzt wird, also die Frage nach der Trägerschaft der neuen Nutzung. So dürfte beispielsweise eine Nachnutzung einer Kirche als Sportfläche für eine kirchliche Schule, wie im Beispiel der Schulsporthalle von St. Maximin in Trier eher toleriert werden als eine nicht-kirchliche Nachnutzung in Form einer kommerziellen Kletterhalle – oder ein kirchliches Cafe in einer Sakristei und auf einem ehemaligen Friedhof eher als ein Lokal »Don Camillo« oder ein Restaurant »Glück und Seligkeit«, die aus der Spannung zwischen alter und neuer Nutzung noch einen Marketing-Gag machen. Generell werden

9 Helge Adolphsen/Andreas Nohr, Glauben sichtbar machen. Herausforderungen an Kirche, Kunst und Kirchenbau, Berichte und Ergebnisse des 25. Evangelischen Kirchbautages, 29. September bis 2. Oktober 2005 in Stuttgart, Hamburg 2006, S. 5.

10 KulturKirche Altona GmbH <http://www.kulturkirche.de/>, 10.03.2013.

11 Es gibt Leitfäden zur Unterstützung von Gemeinden bei der Vorbereitung der Umnutzung ihrer Kirchengebäude, z. BR. Miermeister/U. Moggert-Seils/K. H. Schanzmann/H.Schröter: Kirchen umbauen – neu nutzen – umwidmen, Evangelische Kirche von Westfalen (Hg.), Bielefeld 2004. <http://www.ekvw.de/service/dokumente>, 20.03.2013.

12 Zusammenfassung der Regeln der EKD: Wolfgang Huber, Kirchen als Zeichen in der Zeit – kulturelles Erbe und Sinnvermittlung für das 21. Jahrhundert, in: Helge Adolphsen/Andreas Nohr (zit. Anm. 9) S. 42 f. – Jörg Beste, Modellvorhaben Kirchenumnutzungen. Ideen, Konzepte, Verfahren; sechzehn Beispiele aus Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 2010. S. 61.

13 Deutsche Bischofskonferenz, UMNUTZUNG VON KIRCHEN - Arbeitshilfe 175. Beurteilungskriterien und Entscheidungshilfen, Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.). Online verfügbar unter http://www.ctu-uk.cz/downloads/NBK_Umnutzung.pdf, 16.03.2013, S. 26ff.

14 Rainer Fisch (zit. Anm. 6) S. 67.

15 Vgl. Grundsätze für gottesdienstlich genutzte Gebäude, in: <http://www.ekir.de/bauberatung/umnutzungen/beschluss-derkirchenleitung.php>, 20.03.2013. – Diese müssen Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland sein. <http://www.oekumene-ack.de/index.html>, 20.03.2013.

kommerzielle Nachnutzungen kontrovers diskutiert.

Es lässt sich jedoch in Deutschland beobachten, dass die Toleranz gegenüber Umnutzungen über die Jahre eher zunimmt. Man gewinnt den Eindruck, die Gesellschaft finde sich mit diesem Gedanken ab, insbesondere wenn der Symbolwert einer Kirche nicht sehr hoch ist.¹⁶ Für eine Stadtkirche der Nachkriegszeit scheint eine Nachnutzung eher akzeptiert zu werden als für eine historisch bedeutsame Stadtkirche.

Neben der neuen Nutzung spielen der Respekt gegenüber dem Sakralraum sowie generell denkmalpflegerische Interessen am Erhalt des Raumes eine Rolle: Insbesondere eine Aufteilung des Kirchenraumes ist häufig mit Eingriffen verbunden, die ihm nicht gut tun – auch bei der in vielerlei Hinsicht vorbildlichen Umnutzung der St. Agnes Kirche in Berlin-Kreuzberg ist der Einzug einer zweiten Decke auf Höhe der Empore im Kirchenraum für den Gesamtraum nicht unproblematisch. Die von den Kirchen gewünschte Konzentration auch von kleinteiligen Nutzungen im Kirchengebäude kann also mit der Kraft des Raumes und denkmalpflegerischen Überlegungen kollidieren.

Wenig diskutiert wird bislang der Umgang mit den Ausstattungsgegenständen der Kirchen, ob es sich um das Chorgestühl, das Taufbecken oder sonstige Ausstattungsgegenstände handelt. Sie werden nicht selten verkauft – teils an interessierte Gemeinden in anderen Ländern, teils an Antiquitätenhändler.

Wenig diskutiert wird bislang auch der Dialog mit anderen: Ein Abriss von Kirchengebäuden könnte in vielen Fällen sicherlich vermieden werden, wenn der Dialog mit kommunalen Akteuren, mit den anderen Konfessionen oder mit den Nachbargemeinden rechtzeitig begonnen würde. Um diesen zu unterstützen, wäre eine Übersicht über den Bestand an Kirchen und sakralen Räumen in der Kommune hilfreich¹⁷, möglichst mit einer Darstellung ihrer Auslastung und der Nutzungsintensität. Damit wäre eine Grundlage für gemeinsame Nutzungskonzepte vorhanden. Dasselbe gilt für den Dialog mit den Kommunen: Hier könnten die gemein-

schaftlich nutzbaren Gebäude der Kommunen erhoben werden, etwa Mehrzwecksäle, um gegebenenfalls gemeinsam getragenen Lösungen zu entwickeln.

Aber auch vollkommen neue Denkmödele können Lösungen bringen: Interessant erscheint mir ein Vorschlag aus den neuen Bundesländern, derzeit nicht benötigte Gebäude temporär stillzulegen und in eine Art »Dornröschenschlaf«¹⁸ zu versetzen, sie also sorgfältig und hochwertig zu verschließen und für eine gewisse Zeit bewußt vom Markt zu nehmen und nicht zu nutzen. Also eine Art Moratorium für das Gebäude unter Erhalt seiner stadträumlichen Wirkung. Diese Lösung wurde für andere Gebäudetypen entwickelt, könnte aber auf Kirchengebäude anwendbar sein. Und schließlich kann man ein Kirchengebäude im Einzelfall auch »in Würde altern« und schließlich verfallen lassen. Für derartige Verfahren fehlen derzeit noch weitgehend praktische Erfahrungen und auch der Mut, sie zu denken.¹⁹

Ein weiterer wichtiger Belang bei der Umnutzung ist die (mindestens zeitweise) *öffentliche Zugänglichkeit* der Kirchengebäude. Kirchen sind seit jeher öffentliche Orte. Sie liegen oft auch an einem herausgehobenen Ort im Stadtgrundriss, der sie dazu prädestiniert – etwa wenn sie Bestandteil der Ortsmitte bzw. des zentralen Platzes sind oder ein weithin sichtbarer Kristallisationspunkt, an dem Straßen zusammenlaufen. Eine vollständige Privatisierung erzeugt schon gegenüber dieser städtebaulichen Situation Irritationen. Es fällt auf, dass die stadträumliche Wirkung von Kirchengebäuden (Stellung im Stadtgrundriss, Silhouette, Kirchplatz) zwar in den Kriterienkatalogen genannt wird, dass sie aber bei den konkreten Entscheidungen wenig beachtet wird.

Zum Diskurs über Umnutzungen von Kirchengebäuden

Der Diskurs über Umnutzungen von Kirchengebäuden in Deutschland ist in den

¹⁸ Christine Dissmann, Die Gestaltung der Leere. Zum Umgang mit einer neuen städtischen Wirklichkeit, Bielefeld 2010, S.204ff.

¹⁹ Eine Ausnahme ist das Beispiel des eingemotteten und wiedergenutzten Kirchengebäudes St. Stephanus in Westerheim, beschrieben im Beitrag Heiner Giese, Kirchliche Immobilien – Last oder Chance?, in: K. Gothe/A. M. Kunz (Hg.): »Vom Sakralen zum Banalen? Heilige Räume im Wandel«, in der Reihe: Herrenalber Forum 2010.

¹⁶ EKIR: Arbeitshilfe für Umnutzung und Entwidmung von Gebäuden »Weniger ist mehr«: Neues Leben unter dem alten Kirchturm <http://www.ekir.de/www/service/7CD9B17FCB65496884693852C8172210.php>, 10.03.2013.

¹⁷ Jörg Beste (zit. Anm. 11), S. 65.

vergangenen Jahren von unterschiedlichen Haltungen geprägt: einerseits wird die Sakralität, die Heiligkeit der Kirchengebäude (Der Raum predigt mit!), ihr kultureller Wert beschworen und betont, keine Kirche werde aufgegeben. Andererseits befassen sich die kirchlichen Liegenschaftsverwaltungen manchmal fast betont geschäftsmäßig mit den Gebäudebeständen der Kirchen. Abseits der Architektur- und Denkmalpflegedebatten gibt es einen Diskurs zwischen Kirchenvertretern und Immobilienwirten. Man gewinnt den Eindruck²⁰, dass die offensive Strategie der Kommunikation der katholischen Kirche in Nordrhein-Westfalen 2005/2006, die das Problem von über 100 bis 120 »überzähligen Kirchen« im Bistum offen ansprach²¹ und zu einem allgemeinen Aufschrei der Entrüstung führte, einer Haltung Platz gemacht hat, wonach man über Umnutzungen und/oder Veräußerungen von Kirchengebäuden am besten nicht spricht. Das Problem dabei ist, dass insbesondere stadtteilbezogene Nutzungskonzepte für Kirchenräume, die eine gewisse Öffentlichkeit herstellen und eine Stadtteilmitte ausbilden wollen, nicht von heute auf morgen entstehen. Sie müssen wachsen, manchmal muss ein günstiger Zeitpunkt abgewartet werden; unter Umständen kann auch die öffentliche Hand Nutzungen in den Kirchenraum verlagern, wenn sie darüber nur rechtzeitig nachdenkt. Diese Erfahrung wurde auch bereits mit Bahnhöfen kleiner Gemeinden gemacht, für die in Nordrhein-Westfalen eigens eine BahnflächenEntwicklungsGesellschaft gegründet wurde, die Gemeinden im Dialog mit der Bahn unterstützt und nach geeigneten Lösungen für diese besonderen Gebäude sucht.²² Zweifellos ist die Nachnutzung von Kirchen ein deutlich anderes Thema als die Nachnutzung von Bahnhöfen, die besonderen Bedingungen der Suche nach neuen Nutzungen sind jedoch vergleichbar: Sie muss im Dialog mit der Gemeinde erfolgen, zu der das Gebäude gehört.

Hinzu kommt: Kirchengemeinden übernehmen in den Stadtteilen und auf den Dörfern häufig eine Reihe sozialer Aufgaben, oft als Teil der Gemeinwesenarbeit, die weit über

das Seelsorgliche hinausgeht. Innerhalb des kürzlich im Rahmen der nationalen Stadtentwicklungspolitik abgeschlossenen Kooperationsprojektes »Kirche findet Stadt«²³ wurden Ansätze vorgestellt, die zeigen, dass durch Bündelung verschiedener Akteure tragfähige Konzepte entwickelt werden können. Kirchen können dabei mit ihren baulichen und sozialen Potentialen ein wichtiger Partner bei der Entwicklung von Nutzungskonzepten für Quartiere oder Dörfer sein.

Diese Chancen werden bisher auf der Ebene der Kommune und der Kirchengemeinden oft noch nicht erkannt: die Kirchenvertreter sehen ohnehin schon Diskussionen auf sich zukommen, die kompliziert sind: die innerkirchliche Verfassung ist auf die Beratung komplexer Fragen nicht eingestellt, wie etwa die Reorganisation von Gemeindestrukturen, verbunden mit neuen Ansätzen für die pastorale Arbeit und Überlegungen zur Nutzung und Entwicklung von Räumen und Gebäuden. Gemeindliche, übergemeindliche Stellen sowie die kirchliche Bauverwaltung wirken dabei mit. Weitere Partner einzubeziehen, erscheint in dieser Situation nicht hilfreich. Die kommunalen Vertreter fürchten sich vor kirchlichen Forderungen, wenn die kirchlichen Mittel knapp werden. Den politischen Verantwortlichen ist es außerdem oft wichtig, konfessionell neutral zu bleiben. Sie haben angst, im Zuge einer solchen Diskussion, ihre »Neutralität« zu verlieren. Unter diesen Vorzeichen ist ein Dialog zwischen den Partnern offenbar schwierig.²⁴ Im ländlichen Raum sehen Umnutzungsstrategien anders aus als in der Stadt. Die Bedeutung der Kirche und des Gebäudes ist in einem Dorf meist höher, was profane Umnutzungen eher erschwert. Kirchsprengel, also die Zugehörigkeit von Kirchengebäuden zu Einzugsbereichen, bestehen oft schon über Jahrhunderte. Sie unterscheiden sich häufig von kommunalen Grenzen, im schlechtesten Fall auch von »gefühlten

23 Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband im Evangelischen Werk für Diakonie und Entwicklung, Kirche findet Stadt. Kirche als zivilgesellschaftlicher Akteur in Netzwerken der Stadtentwicklung Erfahrungen - Handlungsempfehlungen - Perspektiven. Berlin. http://www.kirchefindet-stadt.de/pdf/downloads/KfS-Dokumentation-2013_web.pdf, 09.03.2013.

24 Eine Ausnahme stellt die Stadt Biberach an der Riß dar, wo bereits seit Jahren Kommune und Kirche gemeinsam über die Perspektive der Kirchengebäude nachdenken und neue Lösungen finden. Vgl. Kuhlmann, Christian, Biberach an der Riß: Gestaltung der Zukunft der Kirchen im Dialog mit der Stadt, in: Forum Stadt Heft 4/2012, Esslingen 2012, S. 361 – 372.

20 Im Folgenden werden subjektive Eindrücke beschrieben, die sich aus der Auswertung von Tagungsberichten, Artikeln sowie einer Reihe von Gesprächen der Autorin mit kommunalen und kirchlichen Vertretern stützen.

21 Herbert Fendrich, Die »weiteren Kirchen«, in: Bauwelt H. 5/2006.

22 www.beg-nrw.de/, 20.03.2013.

Einzugsbereichen«, die auf Landschaftszusammenhängen (z.B. Talschaften) oder verkehrlichen Zusammenhängen fußen. Eine Kirche aufzugeben bedeutet auf dem Lande meistens, dass die Erreichbarkeit zu Fuß oder mit dem öffentlichen Personennahverkehr für einen Teil der Mitglieder nicht mehr gegeben ist. Das macht Zusammenlegungen und Strukturänderungen in diesen Fällen unter Umständen noch schwieriger. Andererseits ist auf dem Land die Bereitschaft zu Eigenarbeit, vom Offenhalten der Kirchengebäude durch Gemeindemitglieder bis hin zur Beteiligung an Sanierungsarbeiten größer.

Erfahrungen aus den Niederlanden

Die Situation in den Niederlanden unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht von der in Deutschland. In den Niederlanden stehen bereits seit Jahren und auch zukünftig Kirchen zum Verkauf.²⁵ Es gibt dort etwa 6.500 Kirchengebäude, davon sind 2.700 nationale Denkmäler.²⁶ Bis 2018 wird erwartet, dass 600 bis 700 protestantische und 400 bis 500 katholische Kirchengebäude aufgegeben werden. In der Vergangenheit wurden Kirchen in einer Weise umgenutzt, die heute als unangemessen und im Widerspruch zur Würde des Ortes empfunden werden. Erwünscht sind auch hier kulturelle Nutzungen oder Räume für die Gemeinschaft: Archive, Büchereien, Museen oder Gesundheitszentren.

Interessant sind Kampagnen, mit der öffentliche Aufmerksamkeit für die Zukunft der Kirchengebäude erzeugt wurde, sowie die darauf folgenden vielfältigen Aktivitäten auf unterschiedlichen Ebenen. Im Jahr 2008 wurde das Jahr des Religiösen Erbes ausgerufen, mit dem Ziel, Aufmerksamkeit für den sozialen, kulturellen, historischen und religiösen Wert der Kirchengebäude zu wecken und das Thema auf die politische Agenda zu setzen – insbesondere mit Blick auf die noch erwartbaren aufzugebenden Kirchen. Eine Webseite über die niederländischen Kirchen wurde installiert, das Organisationskomitee übergab

²⁵ Der folgende Absatz ist eine gekürzte Übersetzung des Beitrags von Albert Reinstra, Rijksdienst voor het Cultureel Erfgoed (RCE) für die von unserem Institut initiierte Arbeitsgruppe bei der CORP-Tagung vom 20. bis 23. Mai 2013 in Rom: «Reuse of abandoned churches in the Netherlands» (ISBN 978-3-9503110-4-4) http://www.corp.at/archive/CORP2013_129.pdf, 01.06.2013.

²⁶ Darunter versteht man »Rijksmonumenten«, welche den höchsten Denkmalstatus in den Niederlanden besitzen.

der Regierung die Publikation »Geloof in de toekomst« (Glaube in der Zukunft), in der Daten zusammengetragen sind und Empfehlungen ausgesprochen werden.

Das Jahr des Religiösen Erbes hatte positive Effekte. Es entstand ein öffentlicher Diskurs; es sind viele Bücher und Ratgeber über Vorgehensweisen, mit Regeln und best practice Beispielen erschienen; neue Instrumente wurden entwickelt – auf nationaler Ebene, in den Provinzen und auf örtlicher Ebene. Die Regierung erhöhte ihr Denkmalschutzbudget und die Niederländische Denkmalschutzbehörde publizierte zwei Broschüren in der Serie »Een toekomst voor...« über neue Nutzungen in aufgegebenen Kirchen und über die kirchlichen und staatlichen Strategien, über gesetzliche Grundlagen, Denkmalschutzaspekte, Kommunikation und den gesamten Prozess der Umwandlung, über mögliche neue Funktionen und Entwurfsprinzipien.

Ein Fonds, dessen Ressourcen durch die Erlöse aus damit finanzierten Projekten aufgefüllt werden, wurde eingerichtet, um Nutzungserweiterungen in denkmalgeschützten Kirchen zu unterstützen. Anpassungen in Kirchengebäuden, die sie auch für weitere Nutzungen ertüchtigen, werden nun durch zinsgünstige Darlehen unterstützt.

Nicht nur die Regierung, auch verschiedene Provinzen und Gemeinden haben nach 2008 Verantwortung für die Kirchengebäude übernommen, z.B. die vorwiegend protestantisch geprägte Provinz Friesland im Norden. Sie ist ländlich geprägt und hat 647.000 Einwohner und etwa 770 Kirchengebäude – davon sind bereits 240 umgenutzt. Eine Untersuchung der Provinzregierung erfasste den Umfang des Problems genauer und erhob zahlreiche Informationen: Denkmalwert, Unterhaltskosten, die finanzielle Situation und die Zahl der Kirchenangehörigen. Dabei stellte sich heraus, dass ein Viertel der Kirchen im Besitz von Gemeinden mit weniger als 100 Mitgliedern ist. 85 Gemeinden müssen in den nächsten fünf Jahren mit ernststen finanziellen Problemen rechnen, 219 in den nächsten zehn Jahren. Sie werden ihre Kirchengebäude langfristig nicht halten können. Aufgrund dieser Ergebnisse hat die Provinz ein sogenanntes »Deltateam« eingerichtet. Es besteht aus vier Spezialisten, die mit der Region vertraut sind, nämlich einem Denkmalpfleger, einem Architekten, einem Finanzberater und einem Experten für soziale Fragen und Gemeinwesenarbeit. Das Team berät die kleinen Ge-

meinden bei der Suche nach neuen Lösungen für die gefährdeten Kirchen.

Auch auf lokaler Ebene gibt es interessante Initiativen. In vielen Städten arbeiten die städtischen und die kirchlichen Behörden in sogenannten »church visions« zusammen, die sich mit folgenden Fragen befassen: Welche Gemeinden sollten zusammengelegt werden? Welche Kirchengebäude bleiben in kirchlichem Gebrauch? Welche können umgenutzt werden? Welche abgerissen werden?

Die Untersuchungen umfassen ein Inventar aller Kirchengebäude und Analysen zum religiösen und denkmalpflegerischen Wert sowie zu räumlichen und funktionalen Aspekten. Berücksichtigt werden auch die Bedürfnisse und Chancen des Distrikts oder der Nachbarschaft. Damit hilft »church vision«, gut begründete Entscheidungen zur Frage von Erhalt, Umnutzung oder Abriss von Kirchengebäuden zu treffen.

Weiterhin gibt es einige bemerkenswerte private Initiativen. Seit 1981 gibt es die »Vereniging van Beheerders van Monumentale Kerkgebouwen«. Diese nationale Vereinigung für Besitzer und Verwalter historischer Kirchengebäude sieht sich in der Pflicht, diese gut zu verwalten und angemessen zu nutzen. Sie fördert Professionalität im Umgang mit den Gebäuden und deren Erhaltung und Verwertung für Kongresse, Konzerte, Ausstellungen usw. Sehr erfolgreich ist die »Stichting Oude Groninger Kerken«, eine 40 Jahre alte Stiftung, die alte Kirchen in der Provinz Groningen erwirbt und sich um sie kümmert. Sie besitzt, schützt und nutzt dort 70 Kirchen. Ein Team von fest angestellten Mitarbeitern bildet Freiwillige aus, bindet die örtliche Bevölkerung ein, arrangiert Aktivitäten und bemüht sich um Fundraising. Kleinere Stiftungen dieser Art finden sich auch in den anderen Provinzen. Ihr Know-how in Gebäudewirtschaft, Finanzierung, Verwertung und dem kulturellen Erbe hilft ihnen, neue Nutzungen und kreative Lösungen zu finden.

Trotz dieser Initiativen steigt der Verwertungsdruck. Infolge der Finanzkrise werden nicht nur Kirchengebäude aufgegeben, sondern auch andere denkmalgeschützte Gebäude wie Rathäuser. Sie befinden sich in Konkurrenz zu den Kirchen, was Lösungen noch schwieriger macht. Auch die nationale Regierung ist sich der enormen Aufgabe der Wiedernutzung bewusst und hat sie in ihre Politik aufgenommen. 2010 startete ein »National Redevelopment Programme«, das für verschiedene Gebäudearten die Wiedernutzung fördert: Erstens das Wetterfest-Machen, um

Zerstörung oder lange Leerstandsperioden zu verhindern und nachhaltige Nutzungen für wertvolle Objekte zu ermöglichen. Zweitens Machbarkeitsstudien, um die Wiedernutzung zu unterstützen.

Die Wiedernutzung von Kirchen wird in den Niederlanden als eine dringende und sehr komplexe Aufgabe betrachtet, bei der religiöse Meinungen, kulturelle Achtsamkeit, emotionale Befindlichkeiten, rationale und ökonomische Argumente eine Rolle spielen. Wegen der großen Zahl an aufgegebenen Kirchen, wegen fehlender Mittel und zu wenig würdiger neuer Nutzungen wird es schwierig sein, für alle Kirchengebäude eine neue Nutzung zu finden. Es ist den Beteiligten klar, dass sie auswählen müssen. Dies aber soll in einer wohlüberlegten und gut kommunizierten Art und Weise geschehen, auf der Basis gegenseitigen Respekts und Vertrauens.

Auch in England hat die Anzahl der konfessionell Gebundenen in den vergangenen Jahrzehnten drastisch abgenommen²⁷. Dort hat sich bereits seit den späten 1960er Jahren ein breites Spektrum der Förderung, der Unterhaltung, des Umbaus und der Nutzungserweiterung von Kirchengebäuden entwickelt, etwa Stiftungen, die mit unterschiedlichen Zielen überzählige Kirchen übernehmen: Solche, die Kirchen kaufen oder pachten und vor dem Zerfall schützen, oder solche, die darüber hinaus Kirchengebäude für das lokale Gemeinschaftsleben zugänglich machen.²⁸ Bereits dieser kurze Blick in die Nachbarländer macht deutlich, warum ein internationaler Austausch über die Frage des Umgangs mit überzähligen Kirchengebäuden hilfreich sein kann.

27 Die Church of England hat zwischen 2003 – 2012 insgesamt 328 Kirchengebäude aufgegeben (für redundant erklärt) und nutzt heute noch etwa 16 000, wovon 12500 denkmalgeschützt sind. Vgl. Archbishops' Council, Research and Statistics, London (Hg.), Church Statistics 2010/11. Parochial attendance, membership and finance statistics together with statistics of licensed ministers for the Church of England, January to December. Online verfügbar unter http://www.churchofengland.org/media/1477827/2010_11churchstatistics.pdf, 23.03.2013, S.11.

28 Crispin Truman, Die Bewahrung historischer Kirchen als Stärkung der Kommunen, in: Angelika Büchse (Hg.): Kirchen. Nutzung und Umnutzung : kulturgeschichtliche, theologische und praktische Reflexionen. Münster 2012, S. 125–134.

Schlussfolgerungen

Die Aufgabe von Kirchengebäuden, ja bereits ihre Nutzungserweiterung oder Umnutzung ist nicht nur ein Thema für die Kirchen als Institutionen. Es betrifft das Gemeinwesen und die Baukultur an einem zentralen Punkt. In die Problemlösung sollten öffentliche Akteure auf allen räumlichen Ebenen (Bund, Länder und Gemeinden) einbezogen werden. Damit ist nicht notwendigerweise gemeint, dass diese Akteure sich finanziell beteiligen. Auch private Stiftungen, Kirchbauvereine usw. können für den Bau und die Unterhaltung überzähliger Kirchengebäude Beiträge leisten. Hier kann auf Erfahrungen aus anderen Teilen Europas zurückgegriffen werden. Für die innerkirchliche Diskussion gilt: Wenn die Kirche als Institution erhalten werden soll, muss sie ihre Gebäude mit neuem Leben füllen.

Die Frage der zukünftigen Nutzung von Kirchengebäuden in Städten und Dörfern sollte Gegenstand öffentlicher Aufmerksamkeit werden. Dabei ist es zentral, das Thema als ein für den Denkmalschutz und die Baukultur, ja die Kultur generell sowie die örtlichen Gemeinwesen bedeutsames herauszuarbeiten. So kann erreicht werden, dass nicht Einzelfälle skandalisiert werden, sondern die Problematik auf längere Sicht deutlich wird. Außerdem können dabei gute Beispiele auf allen Ebenen (räumlich und organisatorisch) vorgestellt werden. Denkbar wäre eine Kampagne vergleichbar der zum Jahr des Denkmalschutzes 1975.

Kirchengemeinden, die mit Fragen von Erhalt, Umnutzung oder Abriss von Kirchengebäuden konfrontiert sind, müssen nicht nur über räumliche und architektonische Konzepte nachdenken, sondern auch die Konzepte ihrer kirchlichen Arbeit überprüfen. Bereits für die räumlichen Konzepte gilt: Die Vielfalt der Kirchengebäude in ihrem spezifischen lokalen Kontext lassen keine standardisierten Lösungen zu. Jede Situation ist anders hinsichtlich der räumlichen und sozialen Situation, der finanziellen Spielräume und der zu beteiligenden Akteure. Es müssen maßgeschneiderte Lösungen entwickelt werden – möglichst gemeinsam mit den anderen Konfessionen sowie mit den örtlichen Kommunalvertretern. Für diesen breiten Diskurs sollte ausreichend Zeit sein, damit die Beteiligten nicht von Sachzwängen überrollt werden. Zu empfehlen ist, die Lösungsfindung von außen zu unterstützen, etwa durch interdisziplinäre Teams aus Immobilienwirten,

Architekten und Prozessbegleitern, die auf die Nutzungserweiterung und Umnutzung von Kirchen spezialisiert sind.

Kirchenumbau sollte zu einem Thema der besten Architekten werden, ähnlich wie es der Kirchenbau in den Jahrzehnten bis etwa 1980 war. Wettbewerbe auch für diese scheinbar unscheinbare Bauaufgabe, Symposien, Kirchenführungen, Fortbildungen für die damit befassten Architekten, Denkmalpfleger, Berater, auch Institute für Kirchen(um)bau sind vorstellbar.

Vom Alltagsraum zum besonderen Ort. Erkenntnis- und Wirkungsprozesse von temporären Raumsituationen

»Zugleich war es wie ein Blick aus der Kutsche und der Betrachter jederzeit frei, das Ferne ziehen und das Nahe flimmern zu lassen.« (NADOLNY 1987: 341)

Vordergründig mag der gedankliche Bogen vom Seefahrerroman Sten Nadolnys zu temporären Rauminterventionen etwas weit hergeholt erscheinen. In seinem Roman »Die Entdeckung der Langsamkeit« beschreibt Nadolny aber nicht nur die Biographie des englischen Seefahrers und Nordpolforschers John Franklin; das Buch ist auch eine Reflektion über Zeit, Rhythmus und das Wahrnehmen von Raum, Dingen und Augenblicken. Franklin – langsamer in der Entwicklung als andere Kinder, langsamer im Sprechen und Denken – ist ein ausdauernder genauer Beobachter seiner Umgebung, der in ihr das Einzigartige und im Alltag besondere Details zu erkennen vermag, über die andere beiläufig hinwegsehen. Er liebt das Kutschenfahren und die damit verbundene Möglichkeit, Augenblicke in der vorbeiziehenden Landschaft festzuhalten. Hier werden Aspekte angesprochen, die auf temporäre Rauminterventionen generell zutreffen. Im Speziellen wird in diesem Beitrag Bezug auf Beispiele genommen, die im Buch »RAUMaufZEIT. Band 2« vorgestellt und mit diesem Text eingeführt werden: Es geht um das Kurzfristige als Gegenstück zum Langfristigen, um das wahrnehmbar Machen von Alltag und Unsichtbarem sowie um den Wirkungs- und Erkenntnisgewinn dieser »Augenblicke«.

RAUMaufZEIT

Der Begriff RAUMaufZEIT spielt mit dem Moment des Augenblicks nicht nur als Beschreibung einer kurzen Zeitspanne, sondern immer in ihrer Wechselbeziehung mit Räumen. Insofern ist er klar umrissen, lässt zugleich aber genügend Spielraum für unterschiedliche Anwendungen und Erklärungsmuster. In den letzten zehn Jahren ist

eine Konjunktur von Erscheinungen zu verzeichnen, die mit diesem Raum-Zeit-Bezug spielen und in Praxis, Forschung und Lehre wahrgenommen, untersucht und umgesetzt werden: Temporäre Zwischennutzungen und Interventionen im urbanen Stadtraum, das scheinbar Ungeplante, das Experimentelle, Selbstbauprojekte, Formen des Informellen, Alltäglichen, die Bespielung öffentlicher Räume, urban gardening, Mikroplanung,



Dr. Daniela Karow-Kluge ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung an der Fakultät für Architektur der RWTH Aachen. Im Rahmen ihrer Dissertation hat sie sich mit experimentellen Planungsprozessen in öffentlichen Räumen auseinandergesetzt und weitere Publikationen zu temporären Interventionen veröffentlicht.

Bei dem Text handelt es sich um die Einführung des Buches „RAUMaufZEIT. Temporäre Interventionen im öffentlichen Raum.“ (Band zwei) von Willem-Jan Beeren, Ulrich Berding und Florian Kluge (2014)

hands-on- oder handmade urbanism bzw. selfmade city sind nur einige Stichworte, die diesen Trend beschreiben. Trotz zunehmender Wertschätzung finden sich die Befürworter dieser Denk- und Planungsrichtung noch immer mit dem Vorwurf konfrontiert, keine »echte« Planung, »echte« Architektur oder »echte« Forschung zu sein. Schaut man in die Ursprünge des Entwerfens, Bauens und Forschens zurück, fragt man sich, warum der Erklärungsdruck eigentlich nicht auf der anderen Seite liegen sollte: Das Entwerfen und Planen hat seine Ursprünge in handwerklicher Tätigkeit. Über Jahrhunderte hinweg wurden in Versuch-und-Irrtum-Prozessen Gegenstände hergestellt und weiterentwickelt sowie neues Wissen generiert und bestehendes Wissen verfeinert. Das Konzipieren, Herstellen und daraus Lernen war in einem rekursiven Lernprozess eng verknüpft. Mit Beginn der Neuzeit im 15./16. Jahrhundert wurde dieser verzahnte Prozess aus gleichzeitigem Denken und Handeln langsam aufgelöst. Trial-and-Error-Verfahren, das Durchspielen unterschiedlicher Lösungswege und experimentelle Versuchsanordnungen beschränkten sich nunmehr auf das maßstäbliche Zeichnen auf Papier oder das Labor abseits des realen Alltags (vgl. u.a. KAROW-KLUGE 2010: 24ff.). Der Bezug zum wirklichen Leben und Raum gewann seit dem letzten Jahrhundert wieder an Bedeutung: Anthropologen und (Stadt-)Soziologen der Chicagoer Schule im frühen 20. Jahrhundert und die Situationisten in den 1960er Jahren sind da zu nennen; in der Architekturlehre war das Rural Studio

»Stairway to WIPPERFÜRTH«
– Aktion im Rahmen einer
Lehrveranstaltung des
Lehrstuhls für Planungstheorie
und Stadtentwicklung, RWTH
Aachen
Foto: Ulrich Berding



(seit den 1990ern) Vorbild und Vorläufer für ähnliche Lehrensätze in Deutschland seit der Jahrtausendwende (z.B. das Studio Urbane Landschaften, an der Leibniz Universität Hannover gegründet, oder die Baupiloten in Berlin). Auch die Projekte, die im Buch »RAUMaufZEIT« beispielhaft vorgestellt werden, sind mit Studierenden der Architektur im Rahmen ihrer Ausbildung entstanden, waren aber nie nur Selbstzweck, also das Durchspielen eines Projektes »im Kleinen« von der ersten Idee bis zur Umsetzung im »geschützten« Raum der Hochschule. Den Autoren dieses Bandes ging es immer auch um den Umgang mit den Räumen selbst, um das Wahrnehmen verborgener Raumtalente, um das Ausloten möglicher Einflussnahme – was muss tatsächlich »gestaltet« werden und was als sozialer Prozess inszeniert? – und die verschiedenen Ebenen der Raumproduktion (vgl. BEEREN et al. 2013: 14f.). Die elf Projekte zeigen daher eine Bandbreite unterschiedlicher Herangehensweisen, wie sie die Autoren bereits in ihrem ersten Band beschrieben haben: »Einige Aktionen rücken aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen und virulente Fragen der Stadtentwicklung in den Vordergrund (...). Andere Aktionen heben gezielt die spezifischen Qualitäten von Stadträumen hervor, die von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen werden (...). Einige Aktionen nehmen anstehende Planungsvorhaben experimentell vorweg oder bereiten sie vor« (ebd.: 12f.). Diese Stichpunkte zeigen bereits, dass Räume auf Zeit nicht nur Wert und Wirkung für die Lehre an Hochschulen haben, sondern auch für Wissenschaft und Praxis. In sieben Schlaglichtern wird im Folgenden der Versuch unternommen, Erklärungsansätze für eine wissenschaftliche, praktische und lebensalltägliche Bedeutung herzuleiten, zu belegen oder zu illustrieren. Die verschiedenen Zugänge beschreiben aus unterschiedlichen Perspektiven und mit unterschiedlichen Begrifflichkeiten Beispiele, Phänomene und Methoden von Räumen auf Zeit.

1_Alltägliches wahrnehmen

»Normal« betitelt die Zeitschrift brandeins ihren monatlichen Schwerpunkt im Oktober dieses Jahres lapidar (BRANDEINS 10/2013). Während es in deutschen Fernsehkrimis noch eine klare Dichotomie von Ordnung und Störung, Normalität und Abweichung, gut und böse gibt, stolpert man in anderen Bereichen über Ungereimtheiten: In der Wirtschaft wer-

den zwar Millionen für Innovationsprogramme ausgegeben, Irritationen und Störungen aber gleichzeitig tunlichst vermieden. In der Werbung wird das Normale momentan geradezu klischeehaft inszeniert: Normal heißt echte, authentische, aus dem wirklichen Alltagsleben kommende Menschen. Die Abweichung vom Normalen wird ironisch weichgezeichnet. Andererseits gilt auch: In einer sich ausdifferenzierenden Gesellschaft, in der Individualität und das Besondere, sich von anderen Abhebende zum Lebensprinzip geworden ist, scheint das Normale nicht erstrebenswert und zunehmend ungreifbar zu sein. Wie ist das Alltägliche dann beschreibbar? Lohnt es überhaupt, verborgene Qualitäten ans Licht zu holen? In »Learning from Las Vegas« haben Denise Scott Brown und Robert Venturi Ende der 1960er Jahre das Banale, Alltägliche und vermeintlich Hässliche der zeitgenössischen amerikanischen Stadt erforscht und beschrieben (vgl. VENTURI et al. 1979). Als Vertreter der Ostküsten-Kultur – geprägt von Raumbildern der verdichteten europäischen Stadt – versuchten sie, unvoreingenommen dem alltäglich Anderen zu begegnen. Es gelang ihnen nur bedingt. Ihnen standen dabei ihre eigenen Wertvorstellungen und ein eingeschränkter Methoden- und Darstellungskanon im Weg, der – wie ihre Sehgewohnheiten – an bekannten Maßstäben ausgerichtet war: »Die Methoden der Darstellung, die man als Architekt und Planer gemeinhin gelernt hat, behindern unser Verständnis von Las Vegas. Sie beziehen sich demgegenüber auf wesentlich statische Gegebenheiten, während es hier um dynamische Prozesse geht« (ebd.: 92).

Diese Mühe, sich mit alltäglichen Räumen zu beschäftigen und ihre spezifischen Qualitäten herauszuarbeiten, machen sich Architekten und Planer selten. »Eigentlich sucht sich die professionelle architektonische oder städtebauliche Gestaltung bewusst vom Trivialen, Gewöhnlichen oder Geschmacklosen des städtischen Alltags und der Massenkultur abzugrenzen – Architektur wird gern als ›Baukunst‹, als Teil der Hochkultur verstanden. Ebenso dient die herkömmliche Stadtplanung dazu, durch übergeordnete Leitbilder und bauliche Setzungen für Ordnung und Gestaltung des Stadtraums zu sorgen, und steht damit per se im Gegensatz zum Ungeplanten, Alltäglichen, Ephemerem, Dynamischen in der tatsächlichen Produktion der städtischen Räume« (HAGEMANN 2012: 73). In seinem Artikel »The Generic City« unterstellte Rem Koolhaas in den 1990ern der »eigenschaftlosen Stadt« – außerhalb histo-

risch gewachsener verdichteter Stadtkerne – fehlende öffentliche Räume sozialen Zusammenlebens und Identität stiftende Orte (vgl. KOOLHAAS 1997). Koolhaas' Blick ist höchst normativ und problematisch. Im Vergleich zu Brown und Venturi scheint ihm eine Suche nach möglichen verborgenen Qualitäten des Alltäglichen nicht einmal der Mühe wert. So beschrieb er die »ästhetische Bausünde« Forum des Halles in Paris vor seinem Umbau auch als »die Galapagosinseln der modernen Architektur, auf denen die Geschöpfe einer anderen Evolution aus dem Boden kriechen« (Koolhaas zit n.: MÖNNINGER 2004). Gemeint waren damit die Bewohner der Banlieues, für die das Forum ein wichtiger sozialer Treffpunkt in der Kernstadt Paris' darstellt(e). Nur entsprach die Gestalt dieses sozialen Ortes nicht der visionären Ästhetik vieler Architekten und Stadtplaner. Nicht ohne Grund machte Marc Augés Begriff des Nicht-Ortes in den 1990ern Karriere: Während sich anthropologische Orte durch Vielfalt und Differenzen auszeichnen und Identität stiftend sind – durch Identifikation, Relationen und Historie kennzeichnend – sind Nicht-Orte zweckgebunden entstanden, monofunktional und durch Ähnlichkeit charakterisierbar (vgl. AUGÉ 1994). Diese normativen Einteilungen in starre Kategorien sind auch ein Spiegelbild disziplinärer Raumauffassung, die die unterschiedlichsten Ebenen der Raumproduktion – die sozial-kulturelle, erlebte, ökonomische, naturräumliche und physisch-bauliche – nicht ausreichend zusammendenken, trotz eines erweiterten mehrdimensionalen Raumbegriffs, in dem die Ordnungsdimension von Raum und eine Handlungsdimension – die Entstehung von Raum als soziales und prozesshaftes Anordnen – mitgedacht wird (vgl. u.a LÖW 2001).

2_Normales durch Anormales erkennen

An die eigenen Wahrnehmungs- und Bewertungsgrenzen von alltäglichen Räumen stößt man besonders dort, wo die unterschiedlichen Raumstrukturen nicht den gewohnten entsprechen. Die bekannten Korrelationen von sozial-kulturellem, physischem und ökonomischem Raum in den verdichteten Kernstädten brechen – das hat Las Vegas bereits gezeigt – besonders in den Räumen auseinander, die nicht unserem Bild der gewachsenen Stadt entsprechen, z.B. den städtischen Peripherien, dispersen Stadtregionen, Agglomerationen, Netzstädten, der Zwischenstadt, verstädterten Orten. Bei ihrer Suche nach lo-



»kistenweise« – Aktion
im Rahmen einer
Lehrveranstaltung des
Fachbereiches Architektur,
Alaunus Hochschule für
Kunst und Gesellschaft,
Lehrgebiet Architektur und
Kunst im Dialog, Lehrgebiet
Projektmanagement
Fotos: Claudius Bäuml,
Söhnke Schröder, Willem-Jan
Beeren

kalen Potenzialen »alltäglicher sozialer Orte« als Treffpunkte in der Stadtregion Bitterfeld-Wolfen stellte Andrea Benze fest, dass sich diese »Orte« nicht über eine alleinige Analyse des physischen Raumes und Vorstellungen sozial-räumlicher Beziehungsgeflechte von Kernstädten finden und auf disperse Stadtstrukturen ohne verdichteten Stadtkern übertragen lassen (vgl. BENZE 2012). »Ortsgebundene Kommunikationsstrukturen lösen sich auf und Sozialstrukturen lassen sich nicht mehr bruchlos auf räumliche Ordnungsbilder projizieren« (ebd.: 17). Hier stellt sich die Frage, wie Orte und ihre verborgenen Qualitäten aufzuspüren und beschreibbar sind.

Zunächst lohnt der Blick in die Alltagsforschung anderer Disziplinen. Hier ist insbesondere die qualitative Forschung – das Fächerspektrum reicht von der Ethnographie über die Psychologie und den Sozialwissenschaften bis zu den Kultur-, Erziehungs- und Wirtschaftswissenschaften – zu nennen, die stark am Alltagsgeschehen, -wissen, -handeln und -prozessen orientiert ist. Erving Goffman, einer seiner wichtigen Vertreter, ist u.a. bekannt für seine Studien zur Face-to-face-Interaktion und zur Präsentation des Selbst im Alltag. Ihm kam es darauf an, sich den Beforschten und ihrer Lebensumgebung möglichst authentisch anzunähern, sie ganz aus der Nähe zu betrachten. Gleichzeitig setzte er als Forschungsstrategie relative Verfremdungen und Abweichungen der sozialen Wirklichkeit ein, um weiterreichende Informationen zum Verständnis des Normalen zu erlangen. Paul Drew und Anthony Wootton nannten dies »Untersuchung des Normalen durch das Anormale« (DREW & WOOTTON

1988: 7). Qualitative Forschung nutzt hier »das Fremde oder von der Norm Abweichende und das Unerwartete als Erkenntnisquelle und Spiegel, der in seiner Reflexion das Unbekannte im Bekannten und Bekanntes im Unbekannten als Differenz wahrnehmbar macht und damit erweiterte Möglichkeiten von (Selbst-)Erkenntnis eröffnet« (FLICK et al. 2012: 14).

Harold Garfinkels Forschungsinteresse galt dem praktischen, situativen Alltagshandeln. Er nannte diesen Forschungsansatz Ethnomethodologie. Ihm ging es nicht darum, Phänomene in eine bekannte Kategorie zu subsumieren, sondern herauszuarbeiten, »durch welche praktischen Methoden »etwas« zu »etwas« wird« (BERGMANN 2012: 55), also etwas, was im Alltag zwar gesehen, aber unbemerkt bleibt, wahrgenommen werden kann. Um auf das im routinisierten Alltag Verborgene aufmerksam und dem Forscher zugänglich zu machen, haben Vertreter der Ethnomethodologie wie Garfinkel »Kunstgriffe eingesetzt, die helfen sollen, die opake Alltagswelt aufzubrechen« (ebd.: 58). Einer dieser Kunstgriffe bestand darin, Unordnung zu erzeugen. Damit ist gemeint, dass Garfinkel oder Goffman »Extreme, Abweichungen, Krisen, anomische Situationen und andere »Anormalitäten« als Brücken zum Verständnis von Normalformen« nutzen (WILLEMS 2012: 45). Mit diesen so genannten Krisenexperimenten oder »troublemakers« sollte gezeigt werden, dass »die Alltagswelt verborgene und für selbstverständlich hingegenommene Strukturmerkmale ausweist« (BERGMANN 2012: 59).

3_thinking trough making – Planung als Forschung?

All diese Stichworte – das aus der Nähe Betrachten, Verfremdungen von Alltagsroutinen, Kunstgriffe, künstlerische Abweichungen, troublemakers und Irritationen – ließen sich ohne Weiteres auf »Räume auf Zeit« übertragen. Ihr Interesse gilt dem praktischen, situativen und räumlichen – das wäre die Ergänzung zur Garfinkels Ethnomethodologie – Alltagshandeln bzw. Alltagsraum. Eine ihrer (Forschungs)methoden sind experimentelle temporäre Rauminterventionen. Die Beispiele der im Buch beschriebenen temporären Rauminterventionen beanspruchen für sich nicht, Forschung zu betreiben. Sie sind von Anfang an auch nicht so angelegt, haben aber Potenzial dazu. Ihr Forschungsfeld ist der alltägliche Raum, der durch die temporä-

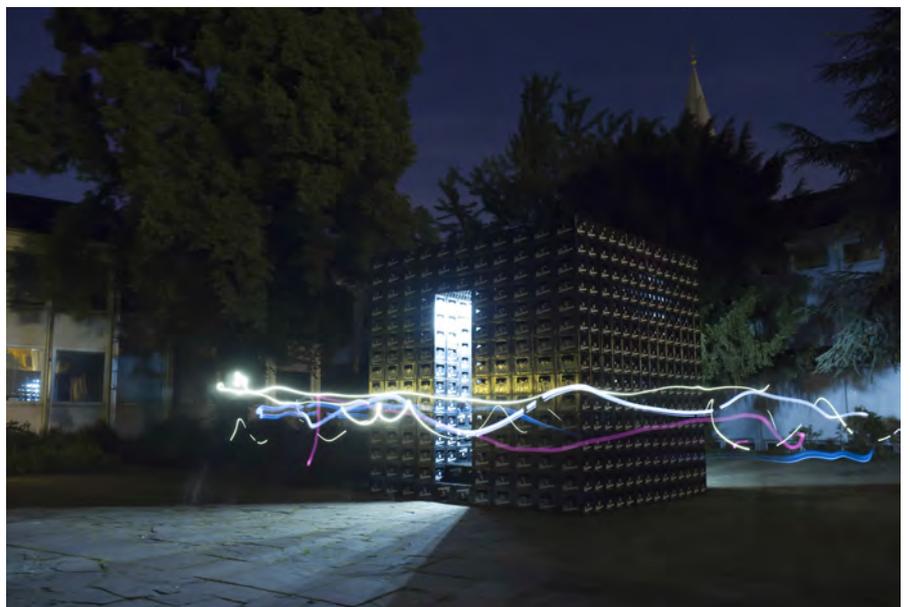
ren Eingriffe verändert wird. Der Alltagsraum wird quasi zum Experimentalraum, und die temporären Rauminterventionen werden zu Versuchsordnungen. Sie bringen neue Erkenntnisse über die Raumwirklichkeit hervor. Insofern können experimentelle temporäre Rauminterventionen eine Forschungsmethode sein, Wissen über spezifische Räume zu generieren. Garfinkels Forschungsansatz der Ethnomethodologie ähnlich, stellen sie eine praktisch-forschende Methode dar, Dinge im Raum zu erkennen, die zwar gesehen, aber nicht wahrgenommen werden – Garfinkel beschreibt sie als »seen but unnoticed« (vgl. BERGMANN 2012: 56). Es geht um das Sichtbare und Unsichtbare, um Wissen und Nicht-Wissen. Sichtbares, Bekanntes und Bewusstes lassen sich in der Regel über klassische Forschungsmethoden wie dem Interview und Beobachtungen abbilden. Die Erkenntnisse daraus spiegeln aber lediglich das Wissen und den Erfahrungshorizont des Forschers – er fragt das ab, was er, ausgehend von seinem bestehenden Wissen, ergänzend erfahren will – bzw. des Befragten wider. Unsichtbare Beziehungsgeflechte, Unwahrgenommenes oder Wünsche – um nur drei Beispiele zu nennen – können nicht unbedingt erhoben werden. Experimentelle Rauminterventionen können dagegen als Kunstgriffe helfen, den routinisierten Alltag aufzubrechen und dem Forscher zugänglich zu machen. Als relationale Verfremdungen alltäglicher Konstellationen erzeugen sie eine Irritation und machen dadurch für selbstverständlich hingegenommene Strukturmerkmale sicht- und wahrnehmbar. Durch den Eingriff können Routinen aufgebrochen, das Bestehende dekonstruiert und Unsichtbares nach außen »gestülpt« werden. Zum Teil können dann – auch durch ein mögliches Scheitern derartiger Interventionen – Erkenntnisse gewonnen werden, auf die der Planer oder Forscher nicht aus war. Zwei Beispiele dazu:

4_Glückliche Zufälle

Als Maßnahme, um Frauen den weiten Weg vom Dorf zu einer Wasserstelle zu ersparen, wurde in einem afrikanischen Dorf ein Wasseranschluss gelegt. Man ging davon aus, dass dieser punktuelle Eingriff positive Auswirkungen auf den Lebensalltag der Frauen haben würde. Es zeigte sich aber, dass ihnen damit zwar der beschwerliche Weg erspart blieb, ihnen dadurch gleichzeitig aber auch ein Stück Privatsphäre genommen wurde.

Der Gang vom Dorf zur Wasserstelle war die einzige Zeit und Raum, in denen die Frauen unter sich sein konnten und Privates austauschen konnten. Ungewollt wurde so ein »echter« Eingriff in den Sozialraum eines Dorfes zum Realexperiment, das durch sein Scheitern sozialräumliche Strukturen dekonstruierte und zu Erkenntnissen führte, die von den Forschern und Planern zuvor nicht gesehen worden waren.

Ein anderes Beispiel illustriert einen planerischen Eingriff Rem Koolhaas' in einem Favela in Rio de Janeiro. Um das steile, schwer zugängliche Viertel zu erschließen und die Wege für die Favela-Bewohner zu erleichtern, wurde ein Fahrstuhl gebaut. Nach der Inbetriebnahme zeigte sich auch hier, dass durch den Eingriff das fein verwobene und kausale soziale Beziehungsgeflecht auseinanderbrach. Der Eingriff hatte auf der einen Seite zwar punktuell positive Einflüsse, auf der anderen Seite wurde die schnellere Zugänglichkeit – nicht nur für die Einwohner selbst, sondern auch für die Obrigkeit – zur Gefahr bei Polizeieinsätzen oder Kontrollen durch die Verwaltung. In der Regel hatten die illegalen Bewohner einer Hütte bei Kontrollen genügend Zeit, die Unterkunft so herzurichten, dass sie der angemeldeten Personenzahl entsprach. Sie konnten so einer Festnahme entgehen. Durch den schnelleren Zugang in das Gebiet gab es diesen zeitlichen Puffer für die Bewohner nicht mehr. Kein Wunder, dass der Aufzug schon kurz nach seiner Inbetriebnahme kaputt war. Wie diese Auswirkungen zu bewerten sind, steht auf einem eigenen Blatt. Interessant ist aber auch hier der (unbeabsichtigte) Erkenntnis- und Wissensgewinn



durch die Eingriffe, die nicht als temporäre Interventionen gedacht waren. Neues Wissen wurde durch Scheitern und zutage geförderes Unwissen erlangt. Das sind die Qualitäten von Realexperimenten und in den Raum eingreifenden Aktionen (vgl. u.a. GROSS et al. 2005, KAROW-KLUGE 2010, KROHN 2012, PETERS 2013).

Ein erneuter Blick in die qualitative Forschung erlaubt es, diese Interventionen auf theoretische Füße zu stellen. Der Soziologe Heinz Bude verweist darauf, dass sich die empirische Forschung bei weitem nicht im Testen und Verifizieren von Hypothesen erschöpft, »sondern eine eigene Praxis experimentellen Theoretisierens [darstellt]« (BUDE 2012: 569). Er zitiert das »serendipity pattern« (Muster des Spürsinn) Robert Mertons (1968): »Serendipity« meint die Entdeckung unvorhergesehener, unnormaler und unspezifischer Daten, die eine neue Sichtweise zwischenmenschlichen Handelns verlangen und eine andere Vorstellung des sozialen Universums mit sich bringen. (...) Aber der »serendipity«-Effekt stellt sich nie von selber ein. Es braucht immer einen Forscher, der sich den Sachen selbst stellt und damit die Routinen der paradigmatischen Komplexitätsreduktion überwindet und aus der Interpretation eine Kunst macht« (ebd.: 569f.). Was Bude vornehmlich auf den Akt der Interpretation und Deutung empirischen Materials (aus Beobachtungen und Interviews z.B.) bezieht – die Entdeckung des Unvorhergesehenen, den Spürsinn und Zufall –, ist temporären Interventionen als Forschungsmethode (ähnlich den »Kunstgriffen« Garfinkels und den »Krisenexperimenten« Goffmans) zuzuschreiben. Dazu gehört ein großes Maß an Offenheit: Von Seiten der planenden Forscher und innerhalb des Prozesses, der durch die Intervention im Raum ausgelöst wird.

5_Ecdynamische Zwischenräume

Kommen wir noch einmal auf den Alltag zurück. Wir sind heute daran gewöhnt, mit immer neuen Ereignissen gefüttert zu werden. Was wir heute verkraften – Schnelligkeit, ständige Veränderungen, hohe Frequenzen – hätte bei früheren Generationen pathogene Auswirkungen gehabt. Besonders in den urbanen Agglomerationen mit hohen Wachstumsraten – in den Megacities – vollziehen sich extreme Wandlungsprozesse. Die Dynamik dieser sich rasch verändernden Orte – manchmal von Tag zu Tag – übt eine Fas-

zination aus und erfährt dementsprechend mediale und wissenschaftliche Aufmerksamkeit. Bei aller Begeisterung für das Neue, Besondere und Unbekannte steht die Frage nach dem Alltäglichen und Identitätsstiftenden in diesen aufgeheizten Umgebungen im Raum. In ihrem Forschungsprojekt »Shanghai XXL« hat die Sinologin Sonia Schoon den Begriff der Ecdynamik als Forschungsinstrument entwickelt, um die extremen Wachstums- und Wandlungsprozesse in Shanghai in ihren unterschiedlichen Dimensionen – baulich-räumliche, wirtschaftliche, politische, gesellschaftliche, ökologische, kulturelle – in ihrer Komplexität und Wirkung auf ihre Bevölkerung erfassen und zusammenführen zu können. Den Begriff der Ecdynamik leitet Schoon aus dem griechischen Begriff ékdysis, der in der Biologie den periodischen Häutungsvorgang (Ecdysis) z.B. bei Schlangen oder Kröten beschreibt, und dem Wort Dynamik ab. Der Begriff Ecdynamik »trägt Prozessen der Neuerung und Veränderung, verbunden mit permanentem Wachstum und beispielloser Dynamik Rechnung« (SCHOON 2007: 50).

Was haben die Wandlungsprozesse der Wachstumsmetropolen nun mit unseren Städten, unserem Alltag und der Wahrnehmung unserer Umgebung zu tun? Was hat der Begriff der Ecdynamik in einem Text zu suchen, der »Räume auf Zeit« reflektiert? Man kann schwerlich behaupten, dass die Städte – in der Regel mittlerer Größe –, in denen die zeitlichen Interventionen, die im Buch »RAUMaufZEIT« beschrieben werden, von extremen Wandlungsprozessen betroffen sind, die vergleichbar sind mit denen in China. Obwohl auch wir vom demographischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und klimatischen Wandel betroffen sind, läuft unser Leben in ungleich ruhigeren Bahnen. Treten wir morgens aus dem Haus, baut sich vor uns das gleiche Stadtbild auf wie am Tag zuvor. Der ecdynamische Raum dagegen »hält kaum an gewachsenen Strukturen fest. Flexibel werden Entwicklungen entschieden und durchgesetzt, die für momentane Interessen viel versprechend erscheinen. Prioritäten werden situativ ge- und versetzt. Man kann auch von einem Raum sprechen, der sich nicht durch langfristige stringente Planung, sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher und städtebaulicher Hinsicht, auszeichnet, sondern wo zum Teil Ad-hoc-Entscheidungen und ökonomische sowie Prestigeinteressen ausschlaggebend sind für weitreichende Maßnahmen, die in Folge konsequent durchgesetzt werden« (SCHOON 2007: 51).



Während es im ecdynamischen Raum besonders schwer fällt, Alltag und Identitäten entstehen zu lassen, zu identifizieren und festzuhalten, erkennen auch wir den Wert alltäglicher Orte meist nicht mehr. Er verschwindet als »Hintergrundrauschen« aus unserem Blickwinkel (BEEREN et al. 2013: 9). Bei immer wiederkehrender Begehung und Handlungsrountinen tritt das Besondere, das Gestaltete in den Hintergrund – egal ob an besonderen oder alltäglichen Orten. »Statt dessen verschiebt sich das Augenmerk hin zum Geschehen (...). Unsere Augen fungieren ja wie »Bewegungsmelder« und wenden sich fast automatisch jeder Art von Bewegung oder Veränderung im Raum zu, während das Konstante, das Statische, schon Bekannte (...) zur Kulisse des Ereignisses wird« (TESSIN 2004: 12). Der gestaltete Raum wird dann zum erwähnten Hintergrundrauschen unseres Alltags und die Bewegung des Betrachters durch den Raum sowie das Geschehen im Raum werden zur Aufführung. Tessin nennt dies »aus der Kulisse heraustreten« (ebd.) und plädiert für eine »Ästhetik des Performativen« (ebd.: 16): Eine performative Freiraumästhetik wendet sich dem Ereignis, Prozess

und Geschehen zu und vom Produkt- und Werkgedanken ab und damit auch von einer Trennung von Produktion und Nutzung eines Raumes. Eine geschehensorientierte Ästhetik richtet den Blick auf die ästhetische Perspektive der Nutzer und das Moment des aus der Kulisse Heraustretens. Räume auf Zeit sind in der Lage, genau diese Momente auszulösen. Auch wenn der Begriff Ecdynamik auf extrem wachsende Städte zugeschnitten ist, kann man ihn an dieser Stelle auf die Räume auf Zeit übertragen und als heuristisches Werkzeug beschreiben. Heuristik beschreibt die Kunst, mit begrenztem Wissen und Zeit zu guten Lösungen zu kommen. Ein bekanntes heuristisches Verfahren ist z.B. das Trial-and-Error. Mit temporären Interventionen wandelt sich der Raum – zumindest zeitweise – und es treten Merkmale und Qualitäten zutage, die zuvor nicht wahrgenommen werden konnten. Beeren, Berding und Kluge beschreiben ihre temporären Aktionen selber als »eine Art Diagnoseinstrument für Stadträume« (BEEREN et al. 2013: 11), mit dem ein Funktionieren oder Nicht-Funktionieren öffentlicher Räume herausgeschält werden kann. Mit dem Begriff der Ecdynamik als

»SPACEmaker« – Aktion im Rahmen einer Lehrveranstaltung des Fachbereiches Architektur, Alanus Hochschule für Kunst und Gesellschaft und des Lehrstuhls für Planungstheorie und Stadtentwicklung der RWTH Aachen
Fotos: Nola Bunke

heuristisches Hebe- und Erkenntniswerkzeug kann vielleicht noch umfassender beschrieben werden, was temporäre Interventionen – speziell für die raumbezogenen Disziplinen – zu leisten vermögen, wenn sie nicht als Event, nette Abwechslung im alltäglichen Stadtraum oder als oberflächliche »Kunst im öffentlichen Raum« abqualifiziert werden sollen.

6_Raumsituationen als städtebauliches Instrumentarium

Bis hier wurde viel über die Bedeutung von Räumen auf Zeit als experimentelle temporäre Rauminterventionen, deren Bezug zum Alltag und deren Bedeutung für die Forschung gesprochen. In der Auseinandersetzung mit qualitativer Forschung beschreiben artverwandte Begriffe wie z.B. Kunstgriff, Krisenexperiment, troublemakers derartige Interventionen. Auch die Architektur und Planung stellt einige Synonyme bereit wie sie zu Anfang aufgezählt wurden. Das überbordende Interesse am Kleinen, Alltäglichen und Ungeplanten ist aber nicht uneingeschränkt positiv zu sehen: Man könnte ihm wahlweise einen voyeuristischen Blick auf das Absonderliche und Exotische im Trivialen, als das das Alltägliche häufig wahrgenommen wird, oder eine ästhetische Verklärung vorwerfen.

Das Verdienst temporärer Rauminterventionen ist, sich mit dem Alltäglichen – ob an besonderen oder normalen Orten – auseinanderzusetzen, Dinge aus der Normalität durch eine Irritation zu rücken, das Unsichtbare sichtbar zu machen, als Forschungsmethode in einem forschenden Erkenntnisprozess Wissen zu generieren und unter Umständen einen Imagewandel eines Ortes einzuleiten. Darüber hinaus erweitert es auch den didaktisch-methodischen und praktisch-instrumentellen Werkzeugkasten von lehrenden und praktizierenden Architekten und Städteplanern. Das ist nicht neu, deren Wert kann aber nicht oft genug betont und als gleichberechtigt neben dem vermeintlich echten Entwerfen echter Architekturen wertgeschätzt werden. Es führt zu Unerwartetem und Neuem. Ein prominentes Beispiel aus der Praxis verdeutlicht dies gut: Zwischen Mai und November 2009 ließ der New Yorker Bürgermeister Michael Bloomberg den Times Square, bekannt als Verkehrsknotenpunkt, temporär in eine Fußgängerzone verwandeln. Dazu ließ er den Times Square für Autos sperren und hunderte bunter Liegestühle aufstellen. Mit dem sechsmonatigen Testlauf

sollte geklärt werden, ob und wie die New Yorker diesen Eingriff annehmen würden. Das Experiment war so erfolgreich, dass der Times Square bis auf eine einzige befahrene Straße dauerhaft in eine Fußgängerzone umgewandelt wurde.

Das Beispiel zeigt, wie das Unnormale im Normalen, die temporäre Raumveränderung so »zu einer Gegenperspektive zur üblichen Betrachtungsweise der Stadt« (HAGEMANN 2012: 79) wird. Statt die Stadt als Ergebnis einer linearen Planungsgeschichte zu begreifen und »in erster Linie die gebauten Fragmente größerer Planungsideen zu betrachten, richtet sich der Blick auf die Zwischenräume, Brüche, Kollisionen und Zufälligkeiten, das vermeintlich Unbedeutende, Banale, Alltägliche. Für die Betrachtung und das Verständnis der ungeplanten Stadtlandschaft muss eine andere Wahrnehmung entwickelt werden, die das eigentlich nicht Wahrnehmbare strukturiert, also das Triviale und Formlose, aber auch das Fragmentierte, Zufällige und Kontrastierende« (ebd.). Den Times Square selber würde wohl keiner als banal oder alltäglich bezeichnen; sein Bild und seine Nutzung als Sinnbild der nie ruhenden Stadt war aber »normal« geworden. Durch das Experiment entstand ein Bruch im Gewohnten, der dem Raum durch eine Umdeutung einen neuen Charakter und Nutzung verlieh. Iain Low drückt es so aus: »By not exploring alternatives, by not experimenting and taking risks, architects are failing to learn by doing, and once again running the risk of producing landscapes of monotony, constructed in the interest of capital rather than comfort« (Low 1998: 343).

Der Begriff der Situation im Titel dieses Beitrags wurde gewählt, da sie räumliche Veränderung, Planung und Handeln in gleichem Maße einschließt. Die Verknüpfung von Planungs- und Aktionsraum im Situationsbegriff scheint für Lern- und Forschungsprozesse geeignet. »Situatives Arbeiten betrachtet den Ort und die ihn bedingenden Zusammenhänge und verknüpft strukturierendes Denken mit umsetzendem Handeln. Die Arbeit gleicht dabei oft einem mathematischen Iterationsprozess, indem der bearbeitete Gegenstand aus immer wechselnden Perspektiven betrachtet und mit unterschiedlichen Werkzeugen behandelt wird« (BADER & MAYER 2006: 183). So beschreiben Markus Bader und Christof Mayer am Beispiel ihres Projektes Kolorado Neustadt die Arbeitsweise von raumlabor-berlin, bekannt für ihre situative Praxis und (temporäre) Rauminterventionen

jeglicher Art im Überschneidungsbereich von Architektur, Kunst, Szenographie, Performance und mehr. Eine dieser situativen Praxen nannten raumlaborberlin in Neustadt »Aktionsknoten«, »eine bewusst herbeigeführte Situation hoher Aktivität und Intensität an einem Ort für eine begrenzte Zeit. (...) Oft transformiert ein Aktionsknoten den Ort des Geschehens temporär sehr stark« (BADER & MAYER 2006: 187). Durch die performativen Interventionen entstehen Raumsituationen, die sich aus ihrem Hintergrund, dem Alltagsraum herauslösen. »[Es ist] die Aufgabe des Planers (...), stillliegende Ressourcen zugänglich zu machen und durch die Herstellung von Verknüpfungen eine Dynamik zu entfachen« (STIFTUNG BAUHAUS DESSAU 2001). Hier schließt sich der Kreis zur qualitativen Forschung.

7_Wirkung und Produktion von Wissen

»Es gibt Leute, die im Gehen sind. Andere sind im Kommen. Was schnell kommt, ist schnell wieder vorbei. Es ist, wie wenn man aus dem Fenster einer Kutsche sieht, nichts und niemand bleibt erhalten« (NADOLNY 1987: 234). Welche Wirkungen ergeben sich aus etwas, was schnell kommt und schnell wieder vorbei ist? Macht es Sinn, einmal im Rampenlicht zu stehen und danach wieder in den grauen Alltag zurückzufallen? Und was passiert danach? Nichts, so lässt sich vermuten, nähme man das Zitat wörtlich. An anderer Stelle des zu Anfang erwähnten Romans »Die Entdeckung der Langsamkeit« stellt sich John Franklin vor, wie sich »aus mehreren gefrorenen Augenblicken Bewegung abbilden ließe« (ebd.: 273). Das können sie bewirken: Neben dem Bestand, Alltag und Hintergrundrauschen ließe sich eine neue performative Raumspur generieren. Diese künstlich herbeigeführten Situationen wirken als Andockstationen. »Das Mittel der öffentlich wirksamen Aktion hilft dabei, dem Abstraktum ›Stadtumbau‹ ein Gesicht und einen physischen Zugang zu geben. Als Planer gewinnt man Informationen über sein Planungsgebiet und kann informell erste Kontakte aufbauen. Ein Planer, der Aktionen initiiert und gestaltet, erzeugt einen Kurzschluss zwischen Planungsarbeit und Planungsgegenstand: er lässt eine Situation entstehen, die das Sein und Bewusstsein am Ort beeinflusst. Eine wahre Aktion referiert nicht nur, sondern ist produktiv!« (BADER & MAYER 2006: 189).



Temporäre Raumsituationen ermöglichen, Raum von Neuem wahrzunehmen, aus Handlungsroutinen auszubrechen; sie regen zum Denken an, erweitern das Vorstellungsvermögen (nicht nur der Laien) und stellen Fragen an den Raum bzw. lösen Fragen beim Betrachter aus. Damit können sie zugleich der Beginn einer wissenschaftlichen Untersuchung sein und Ideengeber für einen zukünftigen (planerischen) Umgang eines Ortes. »Der Planer wird zum Ermöglicher. Er initiiert Prozesse, die sich aus eigener Energie weiter entfalten. Mit einem Minimum an Energie kann so ein Maximum an Wirkung erzielt werden« (STIFTUNG BAUHAUS DESSAU 2001). Mit dieser Art des (forschenden) Planens kann ein neues Navigationssystem für die Planung bereitgestellt werden. So, wie kleine wendige Lotsenboote große Containerschiffe oder Tanker auf ihren Weg in den Hafen begleiten, können temporäre Raumveränderungen helfen, den Möglichkeitsraum auszukundschaften und den Weg für mögliche längerfristige Projekte bzw. Prozess zu bereiten. Sie dienen dazu, Ideen für die Zukunft zu erproben, unwegbares Terrain in tastenden Schritten zu erforschen und Planungsunsicherheiten einzugrenzen (vgl. KAROW-KLUGE 2010).

Es ergibt also Sinn, »Räume auf Zeit« nicht nur als gute praxisorientierte Lehre abzuspeichern, sondern ihren Umsetzungswert für die Praxis und Forschungswert für die Wissenschaft zu betrachten. Und im Sinne John Franklins lohnt es sich auch, sich Zeit zu nehmen, das Alltägliche zu beobachten und verborgene Qualitäten durch kleine Eingriffe ans Licht zu führen. So werden Alltagsräume zu besonderen Orten.

»Grüner wird's nicht« – Aktion im Rahmen einer Lehrveranstaltung des Lehrstuhls für Planungstheorie und Stadtentwicklung, RWTH Aachen.

Foto: Gitta Bremer

Literatur:

- AUGÉ, Marc (1994): Orte und Nicht-Vorüberlegungen zu einer Ethnologie der Einsamkeit, Frankfurt am Main.
- BADER, Markus & MAYER, Christof (2006): Kolorado Neustadt – Aktive Diversifizierung und situative Praxis im Stadtumbau. Informationen zur Raumentwicklung (3/4) 2006, S. 179–189.
- BEEREN, Willem-Jan; Berding, Ulrich & Kluge, Florian (2013): RAUMaufZEIT. Temporäre Interventionen im öffentlichen Raum, Band 1, Aachen.
- BENZE, Andrea (2012): Alltagsorte in der Stadtregion – Atlas experimenteller Kartographie, Berlin.
- BERGMANN, Jörg R. (2012): Harold Garfinkel und Harvey Sacks. In: Flick, Uwe; von Kardorff, Ernst & Steinke, Ines (Hg.): Qualitative Forschung, Reinbek bei Hamburg, S. 51–62.
- BRANDEINS (2013): Alle sind normal. Nur du nicht. In: Brandeins (10) 2013, Schwerpunkt Normal.
- BUDE, Heinz (2012): Die Kunst der Interpretation. In: Flick, Uwe; Kardorff, Ernst von & Steinke, Ines (Hg.): Qualitative Forschung, Reinbek bei Hamburg, S. 569–578.
- CALVINO, Italo (1977): Die unsichtbaren Städte. München.
- DREW, Paul & WOOTTON, Anthony (1988): Introduction. In: dies. (Hg.): Erving Goffman – Exploring the Interaction Order, Cambridge, S. 1–13.
- FLICK, Uwe; Kardorff, Ernst von & Steinke, Ines (Hg.) (2012): Qualitative Forschung, Reinbek bei Hamburg.
- GROSS, Matthias; Hoffman-Riem, Holger & Krohn, Wolfgang (2005): Realexperimente. Ökologische Gestaltungsprozesse in der Wissensgesellschaft, Bielefeld.
- HAGEMANN, Anke (2012): Der Mainstream des Informellen: Urbanistische Forschung zwischen Romantisierung und städtischer Realität. In: Hands-on Urbanism 1850–2012. Vom Recht auf Grün, Wien, S. 70–80.
- KAROW-KLUGE, Daniela (2010): Experimentelle Planung im öffentlichen Raum, Berlin.
- KOOLHAAS, Rem & MAU, Bruce (1997): The Generic City. In: Koolhaas, Rem & Mau, Bruce: S, M, L, XL, Köln, S. 1239–1264.
- KROHN, Wolfgang (2012): Künstlerische und wissenschaftliche Forschung in transdisziplinären Projekten. In: Kunstforschung als ästhetische Wissenschaft. Beiträge zur transdisziplinären Hybridisierung von Wissenschaft und Kunst, Bielefeld.
- LÖW, Martina (2001): Raumsociologie, Frankfurt/Main.
- LOW, Iain (1998): Building and self-reliance. In: Judin, Hilton & Vladislavi, Ivan (editors): blank_: Architecture, apartheid and after, Rotterdam, S. 331–343.
- MISSSELWITZ, Philipp, Oswalt, Philipp, Overmeyer, Klaus (Hg.) (2003): »urban catalyst.strategies for temporary use.« Schlussbericht EU-Forschungsprojekt 2001–2003 über Zwischennutzungen in fünf europäischen Metropolen, Berlin.
- MÖNNINGER, Michael (2004): Der Held des Rückzugs. In: Die Zeit (53) 2004.
- NADOLNY, Sten (1987): Die Entdeckung der Langsamkeit, München/ Zürich.
- PETERS, Sibylle (Hg.) (2013): Das Forschen aller, Bielefeld.
- PROMINSKI, Martin (2004): Landschaft entwerfen. Zur Theorie aktueller Landschaftsarchitektur, Berlin.
- SCHILD, Margit (2005): Verschwindendes: Temporäre Installationen in der Landschafts- und Freiraumplanung. Ein Beitrag zur Diskussion. Beiträge zur räumlichen Planung Heft 79, Hannover.
- SCHOON, Sonia (2007): Shanghai XXL – Alltag und Identitätsfindung im Spannungsfeld extremer Urbanisierung, Bielefeld.
- SEGGERN, Hille von; Werner, Julia & Grosse-Bächle, Lucia (2008): Creating Knowledge. Innovationsstrategien im Entwerfen urbaner Landschaften, Berlin.
- STIFTUNG BAUHAUS DESSAU (2001): Weniger ist mehr – Experimenteller Stadtumbau in Ostdeutschland, Dessau.
- TESSIN, Wulf (2004): Gestalt oder Geschehen? Anmerkungen zu einer Freiraumästhetik des Performativen. In: Stadt + Grün (6) 2004, S. 11–17.
- VENTURI, Robert; Scott Brown, Denise & Izenour, Steven (1979): Lernen von Las Vegas. Zur Ikonographie und Architektursymbolik der Geschäftsstadt, Braunschweig/Wiesbaden.
- WILLEMS, Herbert (2012): Erving Goffmans Forschungsstil. In: Flick, Uwe; von Kardorff, Ernst & Steinke, Ines (Hg.): Qualitative Forschung, Reinbek bei Hamburg, S. 42–51.



Ausgabe III|2014

Weihnachtsmarkt Dortmund (Foto: Klaus Selle)

Lesetipps

pnd | online
www.planung-neu-denken.de



Lese- und Filmtipps III|2014

Raum auf Zeit

Beeren, Willem-Jan; Berding, Ulrich & Kluge, Florian (2014): »RAUMaufZEIT. Band 2«

Im Buch »RAUMaufZEIT. Band 2« werden elf Beispiele vorgestellt, die – wie schon im ersten Band – eine Auswahl temporärer Interventionen im öffentlichen Raum zeigen, die die Autoren in den vergangenen Jahren in vielen Städten initiiert, entwickelt und umgesetzt haben. Die illustrierte Darstellung der konkreten Beispiele wird theoretisch eingeraht durch ein Geleitwort von Prof. Dr. Hille von Seggern sowie eine Einführung von Dr. Daniela Karow-Kluge.

Der Begriff RAUMaufZEIT spielt mit dem Moment des Augenblicks nicht nur als Beschreibung einer kurzen Zeitspanne, sondern immer in ihrer Wechselbeziehung mit Räumen. Den Autoren dieses Bandes geht es bei ihren Projekten immer um den Umgang mit den Räumen selbst, um das Wahrnehmen verborgener Raumtalente, um das Ausloten möglicher Einflussnahme – was muss tatsächlich »gestaltet« werden und was als sozialer Prozess inszeniert? – und die verschiedenen Ebenen der Raumproduktion. Die elf im Buch vorgestellten Projekte zeigen eine Bandbreite unterschiedlicher Herangehens-

weisen, wie sie die Autoren bereits in ihrem ersten Band beschrieben haben: Einige Aktionen rücken aktuelle gesellschaftliche Fragen der Stadtentwicklung in den Vordergrund, andere heben die spezifischen Qualitäten von Stadträumen hervor, wiederum andere Aktionen nehmen anstehende Planungsvorhaben experimentell vorweg oder bereiten sie vor.

In den letzten zehn Jahren ist eine Konjunktur von Erscheinungen zu verzeichnen, die mit diesem Raum-Zeit-Bezug spielen und in Praxis, Forschung und Lehre wahrgenommen, untersucht und umgesetzt werden. Mit den elf Projekten und ihrer theoretischen Untermauerung wird der Versuch unternommen, umfassender zu beschreiben, was temporäre Interventionen – speziell für die raumbezogenen Disziplinen – zu leisten vermögen, wenn sie nicht als Event, nette Abwechslung im alltäglichen Stadtraum oder als oberflächliche »Kunst im öffentlichen Raum« abqualifiziert werden sollen. Ihr Verdienst ist, sich mit dem Alltäglichen auseinanderzusetzen, Dinge aus der Normalität durch eine Irritation zu rücken, das Unsichtbare sichtbar



<http://www.raumaufzeit.eu/veroeffentlichungen/>

zu machen, als Forschungsmethode in einem forschenden Erkenntnisprozess Wissen zu generieren und unter Umständen einen Imagewandel eines Ortes einzuleiten. Darüber hinaus erweitert es auch den didaktisch-methodischen und praktisch-instrumentellen Werkzeugkasten von lehrenden und praktizierenden Architekten und Städteplanern. Das ist nicht neu, deren Wert kann aber nicht oft genug betont und als gleichberechtigt ne-

ben dem vermeintlich echten Entwerfen echter Architekturen wertgeschätzt werden. Es ergibt also Sinn, die elf Beispiele dieses Buches nicht nur als gute praxisorientierte Lehre abzuspeichern, sondern ihren Umsetzungswert für die Praxis und Forschungswert für die Wissenschaft zu betrachten.

Ein Lesetipp von Daniela Karow-Kluge

Alles eine Frage des »menschlichen Maßstabes«?

The Human Scale. Bringing Cities to Life. Dänemark 2012; Regie: Andreas M. Dalsgaard, mit Jan Gehl u.a.



<http://www.thehumanscale-film.de/>

»Ein Plädoyer für lebenswerten öffentlichen Raum« heißt es im Klappentext zur DVD, mit der dieser Film verbreitet wird. Das trifft es ziemlich gut: Quer über den Globus, am Beispiel der inneren Bezirke von sieben Metropolen, werden Zustand, Entwicklung und Potenziale öffentlicher Räume gezeigt – und Anregungen zu deren Umgestaltung gegeben. Die Kernbotschaft ist aus dem Lebenswerk Jan Gehl's und vielen seiner Publikationen gut bekannt: Es gilt, den motorisierten Individualverkehr zurückzudrängen (»wir haben mit dem Verkehr unseren Lebensraum zerstört«, heißt es u.a. im Film) und Freiraum für ein breites Spektrum zahlreicher Aktivitäten, die ausdrücklich über die Konsumangebote der CBD's hinaus gehen, zu schaffen. So soll nicht nur die Aufenthaltsqualität sondern auch die Umweltsituation in den inneren Städten verbessert werden – beides also Schritte auf dem Weg zur nachhaltigen Stadt.

Man kann gegen diesen Film manches einwenden. Wie es sich für ein Plädoyer gehört wird hier viel ausgeblendet, bleiben Gegenargumente und skeptische Fragen ungesagt. Alles wird der griffigen Grundbotschaft untergeordnet. Schon die Konzentration auf die Innenstadtbereiche gibt zu denken – und lässt nach dem »Rest« der Stadt fragen. Auch die Abwesenheit ökonomischer und politischer Aspekte wäre in einer wissenschaftli-

chen Auseinandersetzung mit dem Thema unentschuldig. Es scheint so, als müssten nur die Stadtplaner ihr Denken verändern – und schon wird alles gut. Nicht zuletzt fällt auf, dass bei diesen Kontinente übergreifenden Konzepten für öffentlichen Räume kulturelle und soziale Unterschiede keine Rolle zu spielen scheinen. Alles wird über einen Leisten geschlagen. Und besonders schlecht gelaunte Zeitgenossen könnten auch noch anmerken, dass der ganze Film eine recht unverblühte Werbung für das Büro Gehl ist.

Alles das ist zwar richtig, trifft aber das Projekt nicht: Der Film will einfach sein, allgemein verständlich. Er hat eine Botschaft. Die soll eingängig vermittelt werden. Und das gelingt. Dabei wird nicht apodiktisch ein Dogma verkündet, sondern hergeleitet – aus Beobachtungen, kurzen historischen Rückblicken, Erfahrungen mit einzelnen Projekten. Studierende, die diesen Film – wie sich zeigt: mit großem Interesse – sehen, haben hernach eine Orientierung. Die Botschaft ist angekommen.

Und so wünscht man sich mehr solcher Filme. Zu den vielen Themen der Städte. Die einfach und klar sind. Auch wenn nicht alles nur eine Frage des »human scale« ist.

Ein Filmtipp von Klaus Selle

Raum – Mensch – Gerechtigkeit

Martin Schneider: Raum – Mensch – Gerechtigkeit. Sozialethische Reflexionen zur Kategorie des Raumes. Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn, 2012, 726 Seiten, Hardcover, ISBN 978-3-506-77542-9, 89,00 Euro

Ich muss gestehen, dass ich nach der Lektüre dieser Dissertation von Martin Schneider zur Verräumlichung sozialer Ungleichheit etwas ermattet, aber auch erfüllt war. Daher gleich vorweg: Es ist weder empfehlenswert noch sinnvoll, dieses Buch in einem Durchgang zu studieren. Zu vielschichtig sind Quellenanalysen, Fußnoten, Anregungen und weiterführende Literaturhinweise. Schneider, ein unter anderem in partizipativen Dorf- und Regionalentwicklungsprozessen erfahrener Sozialethiker und katholischer Grundsatzreferent, ist ein lebender Beleg dafür, dass sich die Elternzeit (auch) als Mann durchaus kreativ nutzen lässt. Ausweislich des Vorworts (S. 16) hat Martin Schneider die vorliegende Dissertation – immerhin 726 Seiten stark – in der Kinderbetreuungsphase und zudem in den Räumen verfasst, in denen er selbst bereits seine Kindheitsjahre verbrachte; insofern gibt es Parallelen zu dem Rezensenten dieses gehaltvollen, wirklich anregenden Buches.

Wollte man sämtlichen Aspekten in einer Buchbesprechung gerecht werden, müsste man wohl notwendig scheitern. Kurz gefasst, geht es Martin Schneider um die verantwortliche Gestaltung von Räumen.

Überzeugend – und für sich genommen jeweils schon eine separate Dissertation wert – sind die von Schneider tiefdringend bearbeiteten Hauptthemen, beispielsweise der Raum als Thema in Theologie und Sozialethik (S. 21-91) sowie die Raumtheorieansätze in Geographie und Soziologie (S. 114-193). Außerordentlich gut gefällt mir auch der Abschnitt zur »Entwicklung und Ausdehnung des Lebensraumes«, der psychologische, moralisch-ethische, religiöse, ökonomische und juristische Aspekte des Raums untersucht (S. 311-398). Die Facetten reichen hier beispielsweise von der »Geopsych« Willy Hellpachs, über die unheilvollen Auswirkungen der klassischen Geopolitik Friedrich Ratzels – von Schneider unter »Raum als Unwort« subsumiert – bis hin zur Bindung an Räume zur Schaffung von Raumidentität. Nicht zuletzt die Theologie beschäftigt sich mit der im Raum materialisierten sozialen Teilung, die sich etwa in der personenbezogenen Wohneigentumsförderung auf Kos-

ten der öffentlichen Bauförderung nicht nur in den »banlieus« Frankreichs manifestiert. Auch die Debatte um die Zukunfts- und Finanzierungsfähigkeit des Programms »Soziale Stadt«, die neue Wohnungsnot und die Problematik der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen durch – je nach Sichtweise – kräftige Aufwertung respektive Gentrifizierung in boomenden Agglomerationen macht deutlich, dass sich (Stadt-)Planung in Deutschland zukünftig verstärkt mit sozialethischen Belangen zu befassen hat. Zweifellos muss das Soziale neu gedacht werden, etwa im Sinne der von Schneider thematisierten sozialethischen Zugänge, der räumlichen Gerechtigkeit (S. 399 ff.) sowie des Faktors Wohnen als globale Welt- und Raumeignung (S. 393). Die ungleiche Verteilung von Boden fordert kritische Überlegungen hinsichtlich der Balance der Machtverhältnisse in einer Gesellschaft nach wie vor heraus. Eigentümer und Nicht-Eigentümer werden a priori auf Grund ihrer Rechtsstellung ungleich behandelt. Letztere nehmen nicht an der Wertsteigerung ihres Grund und Bodens teil; mehr noch, sie subventionieren diese Wertsteigerung der Eigentümer durch ihren Wunsch nach einer Wohnung oder ihr Angewiesensein auf öffentliche Infrastruktureinrichtungen mit. Mit Schneider könnte man daher die Aufteilung der Erde in diejenigen Grundstücke, die nun in privatem Eigentum gehalten werden, als eine »parzellierte Privatisierung« bezeichnen, die global betrachtet durchaus der Logik des Washingtoner Consensus der Weltbank folgt (S. 292). Die Privatisierung eines Teils der Erdoberfläche zugunsten der Wenigen ist insbesondere dann problematisch, wenn sie den sozialen Lebensbereich der Vielen ernsthaft beschneidet. Pierre Bourdieu spricht insoweit von »neoliberaler Invasion« (S. 515). Insbesondere bei dem Wohneigentum ergebe sich auf diese Weise sowohl ein Gleichheits- wie auch ein Verteilungsproblem. Das Eigentümerbelieben in Gestalt der »Baufreiheit«, das im Sinne der Rawlschen Differenztheorie auch als negative gesellschaftliche Gleichheit wirken kann (aber nicht muss), zeigt sich auch in Leerstand und Segregation. Kapitel 5 der Publikation ist m. E. nach der Kernabschnitt. Dort widmet sich



<http://www.schoeningh.de/katalog/titel/978-3-506-77542-9.html>

Schneider der räumlichen Dimension individueller Freiheitsrechte (S. 401-491). Der Schutz des eigenen Raums dient der Freiheit des Einzelnen. Gleichzeitig gibt es eine räumliche Dimension von sozialer Gerechtigkeit im Sinne eines Vorrangs der sozialen vor der räumlichen Nähe (S. 516), der kulturellen und ethnischen Segregation und von Peripherisierungsprozessen in Deutschland, die Schneider unter dem Terminus »Spatial Injustice« (E. Soja) zusammenfasst. Auffallend ist, dass der Autor für die Kategorisierung des Raums fast vollständig ohne Verweise auf Baugesetzbuch oder Raumordnungsgesetz auskommt. Eine Ausnahme findet sich in Fußnote 2673 auf S. 564. Dafür überrascht Schneider den Leser mit Querverweisen zum Grundgesetz (Raum und Verfassung) im Rahmen der »sozialethischen Zugänge« und der räumlichen Dimension der Freiheitsrechte. Er nennt die Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 16 GG), den Zugang zum Raum des Internets, aber auch die Verletzungen der Privatsphäre durch Netzwerkplattformen, das Briefgeheimnis, die Gewährleistung der Vertraulichkeit, die Integrität informationeller Selbstbestimmung und vor allem das Persönlichkeitsrecht aus Art. 2 GG. In diesem Abschnitt hätte durchaus auch Art. 14 GG (Eigentumsgewährleistung) seinen Platz gehabt, nimmt doch Privatheit eine umstrittene sozialethische Bedeutung ein. Räume verändern sich selbst in dem Maße, wie sich dasjenige ändert, was sich in einem Raum abspielt. Die globalen Entgrenzungsprozesse, so Schneider, bedeuteten nicht ein Ende des Raumes, sondern eine permanente Konstitution von Räumen (S. 643).

Zwischenfazit: Die Monographie zieht ihre Stärke sowohl aus der Integration sozialethischer Gedanken in die Raum- und Ressourcennutzung, als auch aus der Konkretisierungsmöglichkeit dieser Aspekte für die Raumplanung.

Der Zugang zu Rohstoff- und Energiequellen fungiert in Anlehnung an Eva Barlösius als »Gerechtigkeitsmaß für Ressourcen«. Mehr denn je geht es um einen sachgerechten Ausgleich zwischen der zukünftig auf Klimaneutralität und Energieeffizienz hin ausgerichteten Raumnutzung und dem Grundstückseigentum als einer räumlichen Dimension der Freiheitsrechte und der Menschenwürdegarantie (S. 401 ff.). Möglicherweise wird die Förderung der regenerativen Energien gleichsam als sozialethischer Auftrag zukünftig auch dazu führen, dass die hierfür erforderlichen Flächen in kommunalem

Eigentum zur lokalen Energiesuffizienz genutzt werden. Einige spannende Fragen ergeben sich hieraus: Wird die Energiewende Instrumente für eine sozialpflichtige Bodennutzung wie Teilhabe, räumliche Inklusion und Gemeinschaftsgüter wiederbeleben können? Es gibt einigen Grund zur Annahme, dass die Energiewende in den Regionen und Kommunen Deutschlands auf fruchtbares Terrain fällt, wenn Lasten und Gewinne gerecht verteilt werden. Langfristig jedenfalls ist die Mitwirkung – Schneider folgend: Beteiligung statt Verteilung – sämtlicher Bodeneigentümer und -nutzer zur Realisierung der Neuerungen im Energiesektor erforderlich. Dabei ist die Energiewende eine nachgerade einmalige Chance, die Debatte um Gemeinschaftsgüter mit Rohstoff- und regenerativen Energiefragen zu verknüpfen und vielleicht auch die Problematik der Peripherisierungstendenzen mit zu verarbeiten. Schneider verknüpft die sozialethische Frage der Peripherie und des »Ausblutens« bestimmter ländlicher Gebiete mit der Zentrum-Peripherie-Dualität; er verweist auf die »Verschärfung von negativen Kontexteffekten durch die Kultur der Perspektivlosigkeit« (S. 544 ff.), die in städtischen Gebieten regelrecht einer Logik der Gettoisierung gleichkäme. Kritisch setzt sich Schneider mit der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse auseinander, argumentierend, dass eine Neuinterpretation des Gleichwertigkeitspostulats erforderlich ist zugunsten einer Gleichwertigkeit nicht als Einebnung sämtlicher Unterschiede, sondern der Berücksichtigung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Dazu zählten ein gewandeltes Staatsverständnis, die Globalisierung der Ökonomie sowie der demographische und sozioökonomische Strukturwandel (S. 566-586). Dass die Wirtschaftskraft im Osten pauschal schrumpft, wie der Autor behauptet, kann in dieser Pauschalität keineswegs behauptet werden. Da fehlt es der Arbeit an aktuellen, belastbaren Daten; Daten kommen ohnehin nur sehr wenige vor. Überhaupt vermisse ich in den Schlusskapiteln das »Fleisch«, d. h. aussagekräftige Belege und Raumbispiele für die Thesen, die zwar mit umfassender Literatur belegt werden, aber eben doch nur deskriptiv aufgeführt und nicht verifiziert werden. Der Verfasser bietet kaum konkrete Handlungsalternativen oder Gesetzesinterpretationen beispielsweise des Gleichwertigkeitspostulats aus Art. 72 Abs. 2 GG. Wenn Schneider ausführt, dass einerseits boomende Regionen sich durch eine hohe Wohn- und Freizeitqualität auszeichnen und andererseits traditionel-

le Industriestädte wie die Ruhrgebietsstädte, wie Braunschweig/Salzgitter und »insbesondere die ostdeutschen Städte« (S. 576) zu den Verliererregionen gehören, klingt dies doch arg nach Allgemeinplätzen, Pauschalurteilen und ist im Übrigen sachlich teilweise falsch und mittlerweile widerlegt. Das Schlusskapitel 6 leitet ein Zitat von Marc Augé ein: »Wir müssen lernen, den Raum neu zu denken«. Schneider plädiert für einen Paradigmenwechsel – weg von der Verteilungs- und hin zur Beteiligungsgerechtigkeit. Mir fehlt allerdings auch hier die Einbettung dieser finalen Analysen, Konzepte und Forderungen in das Planungsrechtsregime. Konkret: Wie bekommen Raumplaner diese Ansätze in das Recht und in die Planungssysteme hinein?

Es drängt sich der Verdacht auf, dass der Autor der Versuchung unterlegen ist, sämtliche, auch randständige Theorien zu Raum und Raumkonzepten darlegen und die relevante Literatur dazu auswerten zu müssen. Zahlreiche, in sich verschachtelte Exkurse mit bis zu fünf Gliederungsebenen erschweren die Übersicht. Möglicherweise wären bei über 700 Seiten Text, wenigen graphischen Auflockerungen, 3055 Fußnoten statt (lediglich) sechs Hauptkapitel mindestens 10-15 Abschnitte zielführender gewesen.

Ein abschließendes Stichwortverzeichnis wäre bei einem Standardwerk wie diesem mehr als segens- und hilfreich. Zahlreiche wörtliche Zitate verlängern die Arbeit unnötig und bringen nicht immer den erhofften Erkenntnisgewinn, jedenfalls für mich nicht. Das umfangliche Literaturverzeichnis fällt etwas willkürlich, möglicherweise sogar einseitig aus. Denn viele national und international namhafte Raumtheoretiker, Raumplaner, Bodenpolitiker und Landmanager sucht man dort vergeblich. Dafür finden sich beispielsweise 16 verarbeitete Werke von Henri Lefebvre oder 13 Publikationen von Peter Sloterdijk.

Dennoch ist das Opus wegen seiner tiefgehenden sozialgeographischen und ethischen Gedanken zur Erlangung von Gleichheit, Öffentlichkeit, Partizipation und Kooperation eine Fundgrube. Das »Zuviel« an Information ist wohlwollend in Kauf zu nehmen. Abschließender Hinweis: Analog zu juristischen Veröffentlichungen steht das Wichtige, wirklich Prägnante in diesem Text nicht selten (erst) in den Fußnoten.

Eine Rezension von Fabian Thiel

Hinweis: Eine gekürzte Fassung dieser Buchbesprechung ist in der Zeitschrift Raumforschung und Raumordnung, Heft 72 (2014), S. 269-271, erschienen.

